3/99 (Nr. 69) 19. Jg. 8,– DM

SCHWARZER FADEN

Vierteljahresschrift für Lust und Freiheit



Nach dem Krieg ist während dem Krieg

Inhalt Nr. 3/99 (Nr.69)

Impressum/Inhalt

Autonome A.F.R.I.K.A.-Gruppe: Thesen für einen neuen Anti-Militarismus .... S. 4

Edo Schmidt: War .... in the name of love .... S. 11

Ulrich Bröckling: Am Ende der grossen Kriegserzählungen? .... S. 16

Ulrich Bröckling: Kriege gibt es nur, weil es Staaten gibt Facetten anarchistischer Militärkritik........ S. 21

Kurzes zu "Germania" modernisiert, Totalverweigerer verurteilt,
SAC-Aktivist ermordet, neuer CNT-Film erschienen,
Mumia Abu-Jamal Hinrichtung aufgeschoben,
Offener Brief: Naziamokfahrer war kein Verkehrsunfall,
Nachbereitung der Weltwirtschaftsgipfeldemo
Termine zu EXPO-Aktivitäten........ S. 29

Wolfgang Haug: Die Bewegung für einen libertären Kommunalismus steckt gleich in der Krise........ S. 37

Gunnar Schedel: Die sanften Zensoren (Anthroposophen gegen Alibri-Verlag) .... S. 42

Lutz Neuber: Das Kontinuum der Geschichte aufsprengen – Walter Benjamins geschichtsphilosophische Thesen ......S. 48

Markus Henning: Bakunins Staatlichkeit und Anarchie .... S. 55

Johannes Hilmer: Arthur Lehning zum 100. Geburtstag .... S. 58

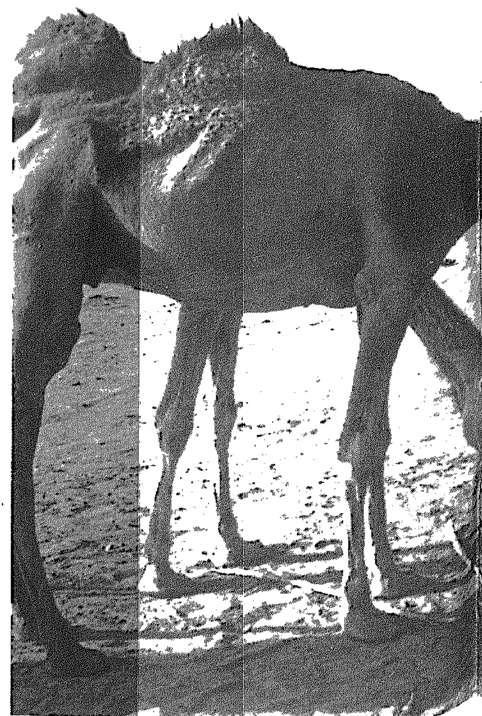
Bettina Meier: Deutsche Frauen im spanischen Exil, Teil 1 .... S. 60

Marianne Kröger: Ernst Federn - Psychoanalyse des Terrors........ S. 65

SF-Spendenliste, Internet etc. S.67

Titel: Nina Krahé

Foto: R. Maro



Auf die nächste Nummer verschoben:
Jens Petz Kastner: An der Kreuzung links abbiegen... (über Pop)

Liebe LeserInnen,
wir brauchen weiterhin Eure Hilfe bzw. Eure ABOs dringend für den Erhalt der Zeitschrift. Wir brauchen Eure Bereitschaft Förder-ABOs zu 50.-DM oder monatliche Spenden a 10.-DM für den Faden einzurichten.

Redaktions- und Anzeigenschluß: SF-70 (1/2000): 17.02.2000

Trefft uns im Internet (gleich zweimal):
http //www.txt.de/trotzdem
http://www.comenius-antiquariat.com/anares/verlage/tv.htm

Bestellkampagne zur Finanzierung neuer Bücher

Drei Bücher stehen konkret zur Veröffentlichung an, die Kosten belaufen sich auf ca. 33.000.-DM.

Es handelt sich um;

- Claude Lanzmann: Shoah - Dokumente über die Massenvernichtung der Juden
- Noam Chomsky: Die politische Ökonomie der Menschenrechte und
- Martin L. Hofmann: Indian War - Der Fall Leonard Peltier

Der Trotzdem-Verlag möchte diese Titel mit Hilfe einer Bestellaktion finanzieren. Er schickt allen Interesssierten (per mail, Post, Fax) einen Bestellzettel des Verlags zu und macht das Angebot einen bzw. 2 Titel für 25.-, 3 bzw. 4 Titel für 50.- und 5 Titel für 100.-DM zu bestellen. Bitte meldet Euch massenhaft:

Fax: 07033-45264, Trotzdem-Verlag, PF 1159, 71117 Grafenau

Genossenschaft??

Der Trotzdem-Verlag überlegt sich derzeit, den Verlag im Jahr 2000 in eine Genossenschaft umzuwandeln. Dazu wurde vor ein drei Wochen eine Umfrage gestartet, wer sich mit einer Einlage von 500.-DM (bzw. 2,3,4 etc. Einlagen) an einer solchen Umfrage beteiligen würde. Diese Umfrage dient lediglich zur Feststellung der Bereitschaft, (noch keine verbindliche Mitgliedschaft!) d.h. aufgrund der Rückläufer können wir entscheiden, ob wir im nächsten Jahr die Genossenschaft konkret ausarbeiten und bewerben. Im Moment sammeln wir, unser Ziel sind zunächst **400 bis 500** potentielle GenossenschafterInnen. Eine solche Basis würde es ermöglichen dem Verlag eine neue Organisationsstruktur zu geben und sinnvoll weiterzuarbeiten. Wir sind sehr gespannt!

Trotzdem-Verlag, PF 1159, 71117 Grafenau, e-mail: trotzdemusf@t-online.de



Impressum:

Redaktions- & ABOadresse:

Schwarzer Faden, PF 1159
D-71117 Grafenau
Tel. 07033-44273, Fax 07033-45264
e-mail: trotzdemusf@t-online.de

Einzelpreis: 8.-DM
ABO (4 Nrn.): 30.-DM
Kontoverbindung:
Postgiro Stuttgart: Kto. W. Haug, Ktonr. 57463-703, BLZ 600 100 70
Erscheinungsweise: 4 x jährlich
Auflage: 2500
Herausgeber:
Trotzdem-Verlag/W. Haug, Grafenau
ISSN: 0722-8988, ZIS-Nr. 701

Namentlich gekennzeichnete Beiträge stehen unter der Verantwortlichkeit der VerfasserInnen und geben nicht die Meinung des Herausgebers oder des presserechtlich Verantwortlichen wieder.

Verlag, Satz & Vertrieb: Trotzdem-Verlag, Grafenau

Druck & Weiterverarbeitung: Druckcooperative, Karlsruhe

Das **Redaktionskollektiv** entscheidet über Inhalt und Form der Zeitschrift. Ein Anspruch auf Veröffentlichung besteht nicht. Der Abdruck erfolgt honorarfrei. *anti-copyright:* Nachdruck von Texten ist unter Angabe der Quelle und Zusendung eines Belegexemplars ausdrücklich erwünscht.

Redaktion dieser Ausgabe:
Wolfgang Haug, Jan Jacob Hofmann, Andreas Ries, Harald Romacker, Herby Sachs (V.i.S.d.P.), Boris Scharlowski, Dieter Schmidt, Kai Twelbeck.

MitarbeiterInnen dieser Ausgabe:
Autonome A.F.R.I.K.A.-Gruppe, Ulrich Bröckling, Markus Henning, Johannes Hilmer, Marianne Kröger, Bettina Meier, Lutz Neuber, Gunnar Schedel, Edo Schmidt

Mitarbeit: Der SF versucht eine Mischung aus aktuellen politischen Ereignissen, Internationalismus, Aktualisierung libertärer Theorie, Aufarbeitung freiheitlicher Geschichte und einer Kultur- und Medienkritik von unten. Eingesandte Artikel, Photos, Graphiken etc. sind erwünscht!

Technologie: Wir wünschen uns die Artikel auf 3 1/2-Zoll-Disketten. Am besten im Textverarbeitungsprogramm Word, als RTF-Datei auf MAC- oder DOS-Basis oder als **e-mail: trotzdemusf@t-online.de**

Auslieferung an den Buchhandel:
BRD: Trotzdem-Verlag, Grafenau
Österreich: Anarchistische Buchh., Wien
Schweiz: Anares, Bern

Gegen wessen Kriege welchen Widerstand?

Thesen für einen neuen Anti-Militarismus

von autonome a.f.r.i.k.a.-gruppe

Während elf Wochen nach dem 24. März 1999 bombardierte die NATO unter Mitwirkung der Bundeswehr in einem unerklärten Krieg die Bundesrepublik Jugoslawien. Gegen diesen Krieg formierte sich in keinem der beteiligten Angreiferländer eine nennenswerte Anti-Kriegsbewegung. Der folgende Text versucht thesenhaft, die Ursachen hierfür zu analysieren und mögliche Handlungsoptionen in zukünftigen, ähnlich gelagerten Auseinandersetzungen zu diskutieren. Denn, so lautet eine Kernthese der nachfolgenden Überlegungen, der Kosovo-Krieg war neben und nach dem zweiten Golfkrieg 1990/91 Prototyp einer neuen Art von Konflikten, die zugleich symbolischer und materieller Ausdruck der neuen Weltverhältnisse sind.

Die Schwäche der Antikriegsbewegung in diesem Konflikt manifestierte sich auf allen Ebenen. Auf diskursiver Ebene gelang es nicht, den Argumenten der Kriegsbefürworter eine in irgendeinem Sinne kohärente, d.h. logisch geschlossene, geschweige denn eine in der öffentlichen Diskussion wirksame Argumentation entgegenzusetzen. Auf politisch-praktischer Ebene gelang es nicht, angemessene Formen des symbolischen oder auch praktischen Widerstands zu finden, so dass nicht einmal innerhalb der – ohnehin nicht starken – linken Oppositionsbewegungen wirksam gegen den Krieg mobilisiert werden konnte. Um die Gründe hierfür zu verstehen, ist es sinnvoll, zunächst einen Blick auf das diskursive Szenarium um den Krieg zu werfen. Im folgenden beziehen wir uns vor allem auf die deutsche Situation; es hat aber für uns den Anschein, dass sich die Verhältnisse in zahlreichen anderen Angreiferländern kaum unterschieden haben.

Zwei Seiten der Okzidentalen Ideologie: Mehrheitsgesellschaft und Bellizisten

Die Wahrnehmung des Kosovo-Kriegs in der Gesellschaft war durch einen verbreiteten kulturalistischen (differentialistischen) Rassismus strukturiert, der sich – in Anlehnung an Edward W. Saids Begriff des »Orientalismus« – mit dem Begriff des »Balkanismus« bezeichnen lässt. Im Diskurs des Balkanismus wird der Südosten Europas zu einem geographischen und symbolischen Raum, in den der »freie Westen« oder das »zivilisierte Mitteleuropa« Gewalt und Barbarei verorten. Hierbei wird an kollektive Bilder einer vor-zivilisierten Welt der Stammeskrieger in den »Schluchten des Balkans« angeknüpft. Diese Welt steht im grundsätzlichen Gegensatz zur westlichen, bürgerlichen Zivilgesellschaft. Völkermord und Barbarei werden über die Bilder des Balkans als etwas dem »freien Westen« Äusserliches symbolisch ausgelagert. Ethnische Konflikte, so der Diskurs des Balkanismus, sind auf dem Balkan Normalität, nach ihren Ursachen braucht nicht gefragt zu werden. In der Konsequenz ergibt sich aus der Logik des Balkanismus vor dem Hintergrund der Kosovokrise die Handlungsalternative: Entweder (polizeilich) eingreifen oder den Balkan sich selbst überlassen. (...)

Auch die Kriegsbefürworter argumentierten vor dem Hintergrund einer stillschweigend vorausgesetzten Überlegenheit des zivilisierten »freien Westens«, zogen daraus allerdings die entgegengesetzte Konsequenz. (...)

Gegen Indifferenz und Wurstigkeit der Mehrheitsgesellschaft setzten die Kriegsbefürworter einen stark moralisierenden Diskurs. Vor dem Hintergrund der serbischen Politik im Kosovo wurde von Völkermord gesprochen; die NATO-Bombardements wurden mit dem Argument legitimiert, es gelte, ein neues Auschwitz zu verhindern. Die militärische Intervention wurde so als »Kampf gegen das absolut Böse«(vgl. a. Tony Blair in Grossbritannien) inszeniert. Wie zuvor im Falle Saddam Husseins und des Irak während des Golfkriegs wurde nun das politische und militärische Handeln von Milosevic und der Bundesrepublik Jugoslawien mit den Nazi-Verbrechen verglichen. Der politische Imperativ »Nie wieder Auschwitz« wurde auf die Bürgerkriegssituation umgemünzt. Dabei ging es weniger darum, »die Deutschen« durch Relativierung von Auschwitz von ihrer historischen Schuld zu entlasten (was möglicherweise ein gern gesehener Nebeneffekt sein mag), als vielmehr darum, die Diskussion des Konflikts



Foto: C.Ditsch/version

von der politischen auf eine moralische Ebene zu verlagern: Die Anrufung der Verbrechen von Auschwitz liess es offenkundig illegitim erscheinen, über politische Interessen, Motive und Handlungsalternativen in diesem Konflikt zu diskutieren. Die moralisierende Entpolitisierung mündete letztlich in der Propagandafloskel, wer Milosevic nicht militärisch bekämpfe, sprich Jugoslawien nicht bombardiere, paktiere realiter mit ihm und beteilige sich letztlich durch Wegschauen an einem Genozid. Es ist bezeichnend, dass das Führungspersonal der »Berliner Republik« einerseits eine neue deutsche Normalität beschwört, die nicht mehr an die Verbrechen des Nazi-Faschismus erinnert werden will. Andererseits sind sie sich nicht zu schade, die »Moralkeule« (und nur in diesem Zusammenhang macht ein solcher Begriff Sinn) Auschwitz als wirksames propagandistisches Mittel zu schwingen, um möglichen moralisch argumentierenden Widerspruch gegen ihre Kriegspolitik zu delegitimieren.

Zumindest in der Bundesrepublik, aber auch in anderen europäischen Staaten gelang die Durchsetzung dieses Diskurses nicht zuletzt, weil das politische Führungspersonal nicht mehr im Verdacht steht, nazistische (bzw. andernorts kolonialistisch-imperialistische) historische Kontinuitäten zu verkörpern. Darüber hinaus konnten Schröder, Fischer (ebenso wie Blair, Solana, Clinton und Co.) eine Art '68er Bonus verwerten, der immer noch für Freiheit, Gerechtigkeit und Menschenrechte steht. Anders als jede konservative CDU-geführte Regierung waren sie in der Lage, die Behauptung zu verkörpern, in diesem Krieg gehe es um Menschenrechte (vgl z.B. jene BILD-Zeitungstitelseite : »Schaut in ihre Gesichter«). Ihr »humanitärer Fanatismus« (Franco »Bifo« Berardi) verknüpfte die mörderische Gewalt der Stealth-Bomber mit der Inszenierung von Zweifeln und Gewissensbissen und verkaufte das Ganze als ethisches Handeln. Gegen diesen »Kriegshumanismus« (Dirk Kretschmer) der gewendeten Ex-68er bekamen die linken und antimilitaristischen KriegsgegnerInnen keinen Fuss auf den Boden. Das haben sie sich bis zu einem gewissen Grad selbst zuzuschreiben. Letztlich ergibt sich die Möglichkeit, Auschwitz im Sinne eines »militärischen Humanismus« (Ulrich Beck) zu instrumentalisieren, auch aus der schlechten linken Tradition, alles und jedes mit dem Faschismusetikett zu überziehen (vgl. Schönberger/Köstler 1992, 95ff.). Insofern zeigten die Ex-68er nur, dass sie ihre Lektion gut gelernt haben. Sie nahmen die linke Tradition der unaufhörlichen Moralisierung politischer Konflikte mit auf die Regierungsbank und spielten auf dieser Klaviatur mit einer Lautstärke, angesichts der selbst der CDU-Vorsitzende Wolfgang Schäuble noch als Gemässigter erschien. Die Retorsion des moralischen Imperativs »Nie-wieder-Auschwitz«, also die Vereinnahmung eines kritischen Begriffs und das gleichzeitige In-Sein-Gegenteil-Verkehren (vgl. z.B. »Solidarpakt«) entspricht einem gängigem Muster gegenwärtiger Herrschaftsdiskurse. In diesem speziellen Fall braucht sich eine Linke, die jahrzehntelang mit falschen oder verkürzten Faschismusvorwürfen Politik (ge)-macht (hat), allerdings nicht zu wundern, dass andere mit solchen Argumenten nun ihr eigenes Spiel spielen.(...)

Ruhe an der Heimatfront

Bei der Suche nach Ursachen für die Schwäche der Antikriegsbewegung liegt es nahe, auf ein Erklärungsmuster zurückzugreifen, das zum Standardrepertoire linker Denkfiguren gehört: die Öffentlichkeit wurde durch die bürgerlichen Medien manipuliert, Hauptgrund für die Schwäche der KriegsgegnerInnen sei mithin die Effizienz der Propaganda der Kriegstreiber gewesen.

Dem ist entgegenzuhalten, dass die Medienbilder des Krieges nicht allein Produkte der NATO-Propagandamaschinerie waren: Die Berichterstattung war nicht gleichgeschaltet. In der Konsequenz ließ sich die Fiktion eines klinisch sauberen Krieges seitens der NATO nicht aufrechterhalten. Es standen genügend Medieninformationen zur Verfügung, aus denen sich die Schlussfolgerung ziehen liess, dass die Strategie der NATO in diesem Konflikt auf ein »bewusstes und delibertäres Mürbe-Bomben der serbischen Bevölkerung« (Bussemer) hinauslief. Dass diese Informationen folgenlos bleiben, liegt zum einen daran, dass der durch die bellizistischen Politiker vorgegebene Interpretationsrahmen des Konfliktes in den Medien weitgehend unhinterfragt übernommen wurde. Die Medienöffentlichkeit zweifelte zwar den Wahrheitsgehalt der täglichen NATO-Frontreports an, nicht aber die grundsätzliche Interpretation des Konflikts als »Kampf für die Menschenrechte«. Dass diese Interpretation unhinterfragt durchgehen konnte, mag zum Teil auch daran liegen, dass alternative Lesarten des Konflikts durch die linke Antikriegsbewegung selbst unzureichend waren. Deshalb greift die Behauptung einer weitgehenden Medienmanipulation zu kurz: Die Lage an der »Heimatfront« war weniger durch die Stärke der Kriegspropaganda gekennnzeichnet als durch das Fehlen jeder überzeugenden Gegenargumentation. Die Verunsicherung hinsichtlich der Legitimität des Krieges, welche in Teilen der Bevölkerung durchaus bestand, musste deshalb sprachlos bleiben. (...)

Zwar gab es in der Bevölkerung keine Kriegsbegeisterung und keinerlei Bedürfnis, etwa großdeutsches Hegemonialstreben in glorreichen Kriegseinsätzen durchzusetzen. Die Handlungsmöglichkeiten für eine antimilitaristische Bewegung vergrösserten sich dadurch jedoch nicht im geringsten. Im Gegenteil: Hier zeigt sich eine Form von Indifferenz, die weder von Kriegsbefürwortern noch von Kriegsgegnern mobilisiert werden kann. Konflikte wie der im Kosovo erscheinen als undurchschaubar, die Leute wollen wohlstandschauvinistisch ihre Ruhe haben. (...) Gegenüber dieser Haltung greifen weder moralische Appelle noch das sonstige vorhandene symbolisch-politische Instrumentarium der Linken. Es ist eine Frage, die seitens der linken Kriegsgegner kaum je diskutiert wurde, wie mit dieser »Heimatfront neuer Art« umzugehen ist.

Vom Elend der Kritik

Angesichts des Krieges bezogen die linken Kriegsgegner, soweit sie nicht in ratlosem Schweigen verharrten, häufig in reflexhafter Weise die üblichen Schützengräben.

Dazu gehört der Versuch, die Verhältnisse unbedingt und in jedem Fall mit der (anti)deutschen Brille betrachten zu wollen. Diese negative Deutschlandfixierung nimmt nicht einmal die einfache Tatsache zur Kenntnis, dass sich die Situation weder in Grossbritannien noch in den meisten anderen europäischen Ländern wesentlich anders dargestellt hat. Gerade weil von Antideutschen immer wieder vorgetragen wird, die deutsche Balkanpolitik sei für die Auflösung Jugoslawiens ursächlich gewesen, lässt sich fragen, ob hier nicht deutscher Grössenwahn nur mit umgekehrtem Vorzeichenpräsentiert wird. Slavoj Zizek (Die NATO - die linke Hand Gottes?) und Immanuel Wallerstein (»Bombs away!«) verweisen dem gegenüber darauf, wie problematisch es ist, Milosevic zum Protagonisten des multiethnischen Jugoslawien zu stilisieren. Gerade seine schon 1987 einsetzende Entfesselung des »Gespensts ethnischer Leidenschaften« (Slavoj Zizek:Die doppelte Erpressung) sei es gewesen, die das Ende des multiethnischen Nachkriegsjugoslawien eingeläutet habe.

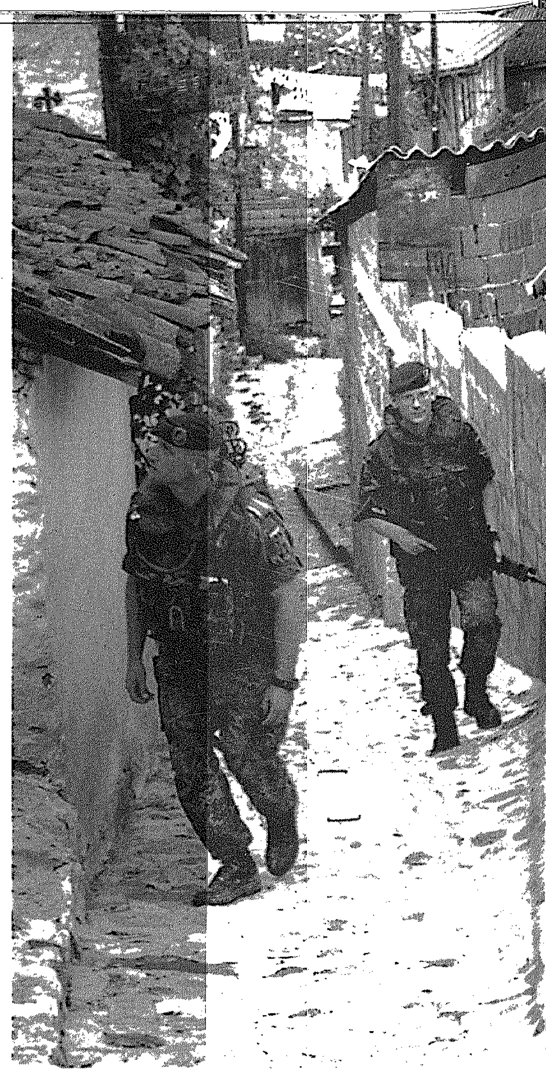
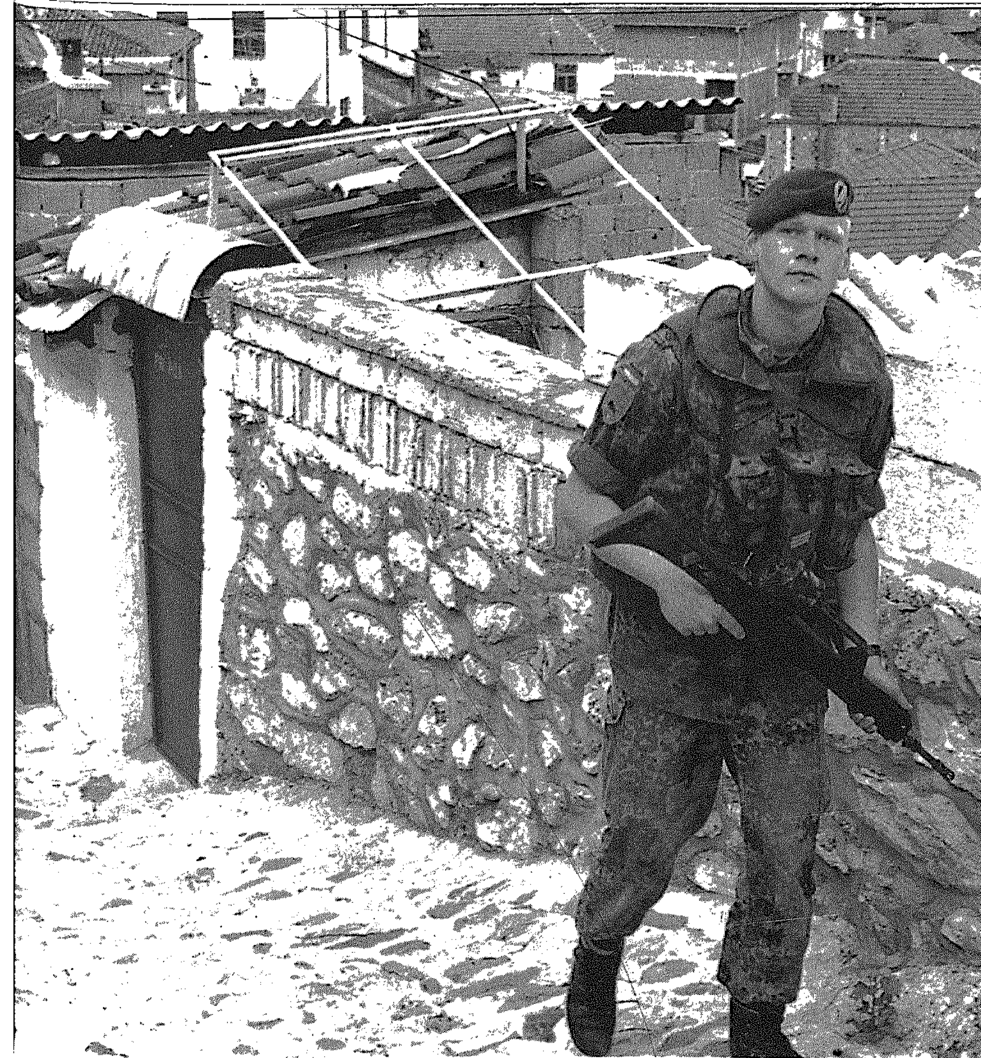


Foto: C.Ditsch/version

Auch Kriegsgegner, die aus der Logik eines traditionellen Anti-Imperialismus argumentierten, reproduzierten in letztlich hilfloser Weise gewohnte, aber unzureichend gewordene Erklärungsmuster. Sie versuchten verzweifelt klarzumachen, dass die Bombardierung Jugoslawiens in Wirklichkeit um ökonomischer oder geostrategischer Interessen willen erfolgte. War eine entsprechende Argumentation im Falle des Golfkriegs (wo sie unter der Parole »Kein Blut für Öl« vorgetragen wurde) noch einigermassen plausibel, wurde es im Falle des Krieges gegen Jugoslawien schwierig, die »wirklichen« ökonomischen Interessen hinter dem Kriegseinsatz auszumachen. Wir gehen davon aus, dass das weniger an einer besonders perfiden Verschleierung der wahren Kriegsgründe liegt sondern eher daran, dass die Folie einer traditionellen Imperialismuskritik auf die Konstellation dieses Krieges nicht passt (vgl. a. Alain Kessi, NATO/Kosov@). Die Demaskierungs-Strategie mit dem Versuch, die »eigentlichen« Kriegsgründe aufzudek-



ken, erwies sich in dieser Situation als politisch wirkungslos. Es konnte ihr nicht gelingen, die Moralisierung der Politik durch die Kriegstreiber zu diskreditieren.

Postfordistische Kriege – Auseinandersetzungen neuen Typs?

Von verschiedener Seite wurde versucht, dem spezifischen Charakter des Krieges Rechnung zu tragen und diesen als Auseinandersetzung neuen Typs ohne Rückgriff auf verkürzte traditionelle Erklärungsstereotype zu untersuchen. Zu nennen sind hier insbesondere die Analysen von Robert Kurz (Ökonomie der Ausgrenzung) sowie die Überlegungen italienischer postoperaistischer Theoretiker wie Marco Revelli, »FrancoBifi« Berardi, Toni Negri u.a. (Thomas Atzert: Das Imperium schlägt alle). (...)

Es kann an dieser Stelle dahingestellt bleiben, ob der derzeitige ökonomische Umbruch und die damit einhergehenden Konflikte eine fundamentale Krise markieren, das Wetterleuchten von Armageddon, wie Kurz es beschwört, oder lediglich den Übergang zu einem neuen (in den Begriffen der Regulationsschule: postfordistischen) Regime fortdauernder kapitalistischer Akkumulation. Marco Revelli und andere italienische Theoretiker neigen der zweiten Lesart zu und interpretieren den Konflikt als typisch für das neue, postfordistische Akkumulationsregime. Revelli beispielsweise bezeichnet die NATO-Intervention als »extreme (politische) Synthese« des Postfordismus (zit. n. Atzert).

Einig sind sich die Analysen darin, dass der Ausgangspunkt des Krieges gegen Jugoslawien in dem Epochenbruch liegt, der sich auf politischer Ebene mit dem Datum von 1989 verbindet und der auf ökonomischer Ebene eine grundsätzliche Veränderung des warenproduzierenden Weltsystems markiert: Im Zeichen einer Weltökonomie, die von globaler Integration der Warenproduktion und des Weltmarktes gekennzeichnet ist, werden immer grössere Segmente der Weltgesellschaft von der ökonomischen Entwicklung abgekoppelt und fallen aus dem Regime der globalisierten Produktion heraus. Zugleich lassen auch die entwickelten kapitalistischen Staaten den Anspruch fallen, eine gleichmässige soziale und ökonomische Entwicklung anzustreben, wie er paradigmatisch durch das Modell Deutschland des fordistischen Klassenkompromisses der Nachkriegszeit formuliert worden war. Anstelle dessen werden soziale Ungleichheit und gesellschaftliche Ausgrenzung akzeptiert und durch ethnische oder biologische Naturalisierungen gerechtfertigt. Diese Entwicklung betrifft bestimmte gesellschaftliche Bereiche innerhalb des freien Westens ebenso wie ganze Volkswirtschaften in den Peripherien; die Unterscheidung von Erster, Zweiter, und Dritter Welt wird dabei »tendenziell enträumlicht«. Im Ergebnis entsteht eine weltumspannende »strukturelle soziale Apartheid« (Joachim Hirsch). (...) Es entsteht eine weltregional gestaffelte Ausgrenzungshierarchie, die von einem Kern aus NATO und EU und wenigen mit ihnen assoziierten Ländern (z.B. Ungarn) über Satrapen- und Operettenstaaten (Kroatien) bis zu völlig unselbständigen von internationalen Organisationen oder Bandenkriegern »verwalteten« Protektoraten (Kosovo) reicht und zugleich eine Verelendungshierachie bildet. »Unter diesen Bedingungen geht es den politischen und wirtschaftlichen Eliten nicht mehr um die Sicherung von Territorien oder Volkswirtschaften, sondern um das ›Funktionieren‹ des Prozesses insgesamt. (…) Es geht um die Sicherung gesellschaftlicher Funktionszusammenhänge, um die Absicherung gegen die Globalisierungsrisiken« (Bendrath). (...)

Die Logik des globalen Ausgrenzungs- und Sicherheitsimperialismus konstituiert ein neues gemeinsames Meta-Interesse zwischen den kapitalistischen Blöcken. Trotz aller Konkurrenz entsteht eine gesamtkapitalistische Geopolitik, in der die NATO unter Führung der USA zur gemeinsamen westlichen Weltpolizei wird und das Gewaltmonopol beansprucht. Als Folge ist das Ende der völkerrechtlichen Souveränität angebrochen, der

Kapitalismus kann seine eigene internationale Rechtsordnung nicht mehr anerkennen.

Diese Analysen liefern einen Interpretationsrahmen für den Krieg, in dem klar wird, dass es nicht der übermächtige US-Imperialismus war, der etwa der BRD seine spezifischen Interessen aufzwang, und auch nicht umgekehrt die BRD den US-Koloss listig im Dienste teutscher Geopolitik über den Tisch zog. Allerdings ist einzuschränken, dass materialistische Globalanalysen, wie sie oben skizziert wurden, notwendigerweise pauschalen Charakter haben und deshalb Fragen offenbleiben. (...)

Hinsichtlich der innerjugoslawischen Konflikte und der Ethnisierungsprozesse, die dem Krieg vorausgingen, unternahm Alain Kessi (Kosov@/NATO) einen ersten Versuch, deren Eigendynamik in Bezug zur weltgesellschaftlichen Entwicklung zu analysieren. Auf die symbolischen Aspekte der NATO-Intervention schliesslich soll im folgenden Abschnitt kurz eingegangen werden.

Clinton, Du Milosevic Du

Den symbolischen Rahmen des Kosovokonflikts kennzeichnet der slowenische Psychoanalytiker Slavoj Zizek mit der Feststellung, dass »ein Phänomen wie Milosevics Regime nicht ein Gegensatz zur neuen Weltordnung«, sondern ihr Symptom ist, das »ihre versteckte Wahrheit« ans Tageslicht befördert. Regimes wie das von Milosevic (oder, im Zusammenhang mit dem zweiten Golfkrieg, Saddam Hussein) seien nicht das Andere des freien Westens, sondern vielmehr »seine eigene Kreatur«, »ein Monster« nach Hausmacherart.

Figuren wie Milosevic markieren die Gestalt der neuen Weltordnung in ihren ausgegrenzten, ökonomisch abgeschnittenen Sektoren: Gangster, Bandenführer jeglicher Art, ob in Belgrad oder in der Inner City von L.A. Vor diesem Hintergrund erscheint es sinnvoll, den Krieg gegen Jugoslawien in Analogie zu einer Polizeiaktion, einer Razzia zu analysieren. Bei einer Polizeirazzia muss es nicht notwendigerweise darum gehen, eine materielle Bedrohung auszuräumen oder die betroffene Gegend dauerhaft unter Kontrolle zubringen. Noch viel weniger geht es darum, für die dort lebenden Menschen, potentielle Gangster allesamt, erträgliche Lebensbedingungen herzustellen: Weder die Herrschaft der Gangs noch die Verhältnisse, die sie begründen, werden letztlich angetastet. Wesentlich ist dagegen, dass die Polizeiaktion Definitionsmacht begründet, materiell durchsetzt oder bestätigt: Definitionsmacht darüber, was eine Bedrohung darstellt und was nicht, wer guter Bürger ist und wer Krimineller, was toleriert wird und was nicht. Es geht darum zu zeigen,dass die Herrschaft der Gangs subaltern ist und auf die stillschweigende Duldung durch die übermächtige Gewalt des Staates (im Weltmassstab: der kapitalistischen »westlichen Wertegemeinschaft«) angewiesen bleibt. Die scheinbare Willkür, mit der von dieser Verbrechen in manchen Situationen abgestraft werden und in anderen nicht, ist Teil eines Kontrollregimes, in dessen Rahmen »Gewalt und Recht ununterscheidbar werden« (Giorgio Agamben, zit. n.Atzert) . Nachdem eine Gruppe (so wie ,«die Serben«) einmal als Kriminelle und Delinquenten definiert ist, hat sie letztlich keinen Anspruch mehr auf irgendwelche Rechte. Die Logik des Polizeiregimes interessiert sich nicht für Unterscheidungen zwischen Soldaten, Deserteuren und Zivilisten, Regierenden und Regierten. Die Barbarei des Westens zeigt sich nicht zuletzt auch in der Gleichgültigkeit, mit der bei solchen Polizeiaktionen tote Zivilpersonen als unvermeidliche »Kollateralschäden« in Kauf genommen werden.

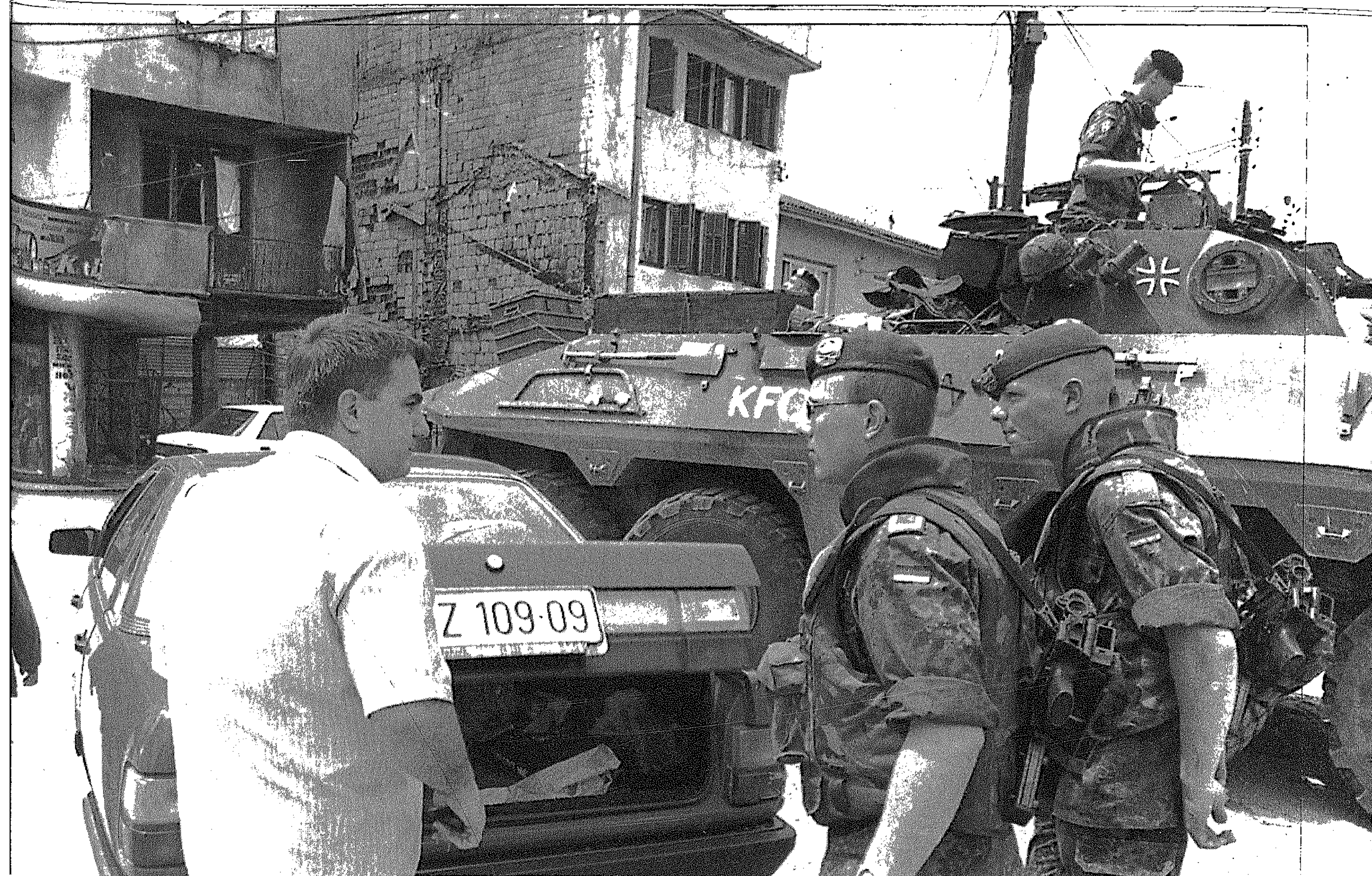
In der Logik von Polizeiaktionen liegt auch, dass die aggressive Moralrethorik, mit der diese begründet werden, nichts mit den realen Ergebnissen zu tun haben muss. Es ist interessant zu beobachten, dass sowohl Saddam Hussein wie auch Milosevic zunächst zum Abbild des absolut Bösen stilisiert wurden, es dann aber keinesfalls nötig war, die Kriege gegen diesen neuen Hitler auch zu gewinnen: Die Logik dieser Kriege war eben nicht die eines Kampfes für die Menschenrechte und gegen die Barbarei, sondern die einer Polizeirazzia, mit der ein paar lokale Gangs aufgemischt werden, um zu zeigen, wer Herr im Hause ist. In diesem Sinne agierte die NATO erfolgreich, ihre Intervention im Kosovokonflikt konstituierte zugleich ein Kontroll- und Polizeiregime für ganz Südosteuropa. (Es sei hier auch an die im Zusammenhang mit dem Konflikt von Fischer und Co. abgehaltenen ,Balkankonferenzen' erinnert, in denen die herbeizitierten Regierungschefs der südosteuropäischen Staaten im Hinblick auf den Krieg die Rolle eines Komittees »Bürger helfen der Polizei« spielen durften.) Mit der Abstrafung Milosevics und der Installierung der UCK im Kosovo gelang es der NATO tatsächlich, sich als »linke Hand Gottes« (Zizek) zu etablieren.



Foto: C.Ditsch/version

Was nun?

Vor dem Hintergrund, dass analytische Alternativen offenbar kaum interessieren und praktische Handlungsmöglichkeiten fehlen, droht innerhalb der Linken eine weitere Ausbreitung des Zynismus. Welche praktischen Konsequenzen ergeben sich aus dieser Situation für politische Akteure, denen reine Negation und



wohlfeile Distinktion nicht genügen? Wie lässt sich eine »Dritte Seite« formulieren, die sich der Scheinpolarisierung zwischen »zivilisiertem« Westen und vermeintlicher »Barbarei« verweigert und gleichzeitig politische Wirksamkeit entfaltet?

Eine praktische Ursache für die Lähmung der linken Opposition gegen diesen Krieg mag aus dem linker Politik zumindest in Deutschland immanenten Zwang resultieren, moralisch Stellung zu beziehen: Wir sind die Guten. Dieser Zwang führt zur Lähmung, wenn es darum geht, sich in einer Auseinandersetzung zwischen Kontrahenten zu positionieren, für die man sich bei Verstand nicht entscheiden darf. Das hat sich schon im Golfkrieg gezeigt, und ähnliche Konstellationen sind auch in künftigen militärischen Konflikten zu erwarten. Vor dem Hintergrund der Entwertung kommunistischer und sozialistischer Utopien öffnet sich der Raum für nationalistische, rassistische und 'fundamentalistische' Ideologien. Auseinandersetzungen, die im Zeichen dieser Ideologien ausgetragen werden, können verschiedene Dimensionen haben: Repression, Pogrom oder Revolte. Eine eindeutige Bewegungsrichtung ist schwer auszumachen, es gibt jedoch kaum mehr eine Möglichkeit, sich vorbehaltlos mit einer Partei zu identifizieren. Das Argument, dass Nicht-Solidarisierung mit Figuren wie Saddam Hussein oder Milosevic der Kriegspropaganda das Wort rede, geht am Kern der Sache vorbei. Einmal davon abgesehen, dass linksradikale Kritik nun das allerletzte ist, was seitens der Kriegstreiber als Legitimation herangezogen werden müsste: Es kommt gerade darauf an, deutlich zu machen, dass Machthaber wie Milosevic nicht Gegner der »neuen Weltordnung« sind, sondern deren Produkte. Milosevic und NATO brauchen sich für ihre jeweils partikularen Interessen. Es wäre ein lohnender Versuch in diesem Sinne die Totalitarismus-Theorie vom Kopf auf die Beine zu stellen: Clinton, Schröder und Blair auf der einen und Milosevic auf der anderen Seite als Repräsentanten zweier Pole der Totalität des Kapitalismus?

Erste Schritte

1. Die Handlungsmaxime »der Feind meines Feindes ist mein Freund« gehört endlich auf den Müllhaufen der Geschichte. In einer Zeit des globalisierten und entfesselten Kapitalismus macht es keinen Sinn mehr, sich mit Staaten oder nationalen Identitäten zu solidarisieren. Vielmehr muss das Ziel sein, sich mit gesellschaftlichen Gruppen oder Organisationen auszutauschen und gemeinsame Handlungsperspektiven zu entwikkeln. Im Falle dieses Krieges erwies es sich als wesentliches Defizit, dass die Antikriegsbewegung vor dem Krieg praktisch keine Kontakte zu oppositionellen Gruppen in Ex-Jugoslawien geknüpft hatte. Immerhin gab es Ansätze hierfür: Alain Kessi (Kosov@/NATO), Florian Schneider (»Zivile Ziele« und »Balkanien«) und Mark Terkessidis über ARKZIN [http://www.arkzin.com/index.html] (Die Fiktion vom wilden Balkan) haben versucht, bestehende Möglichkeiten aufzuzeigen.

2. Es wurde erneut deutlich, dass der ausserparlamentarischen Opposition zumindest hierzulande jede soziale Erdung fehlt. Wir müssen schleunigst daran gehen, Bündnisse für konkrete politische Projekte zu schliessen, die über den gewohnten Umkreis hinausreichen. Die Versuche der Initiativen

»Kein Mensch ist illegal« [Link – Cross the border], den eigenen Handlungsraum zu erweitern, sind dafür ein Beispiel. Wer dabei Angst hat, die reine Lehre zu missachten oder sich sonstwie die Finger schmutzig zu machen, verfolgt kein politisches Projekt, sondern betreibt Kritik um der Distinktion, sprich um des wohlfeilen Gut- bzw. Klugmenschentums willen. Wir müssen jene Distinktionslinken alleine zurücklassen, denen es nicht um gesellschaftliche Veränderung, sondern allein um die Frage geht: Spieglein, Spieglein an der Wand, wer ist der radikalste/kritischste im ganzen Land.

3. Es stellt sich die Frage, in welcher Weise einer diskursiven Formation wie dem Kriegshumanismus entgegenzutreten ist. Hier hilft es nicht, eine Desavouierungsstrategie unter Hinweis auf die 'wirklichen', imperialistischen oder sonstigen Motive der Kriegstreiber zu betreiben. Wegweisend wäre vor allem eine Kampagne für die Öffnung der Grenzen für die Flüchtlinge gewesen. Der Aufruf »Break the logic of war! Desert! Open the borders!« war ein Versuch hierfür. Eine breitere Auseinandersetzung darüber hätte offensichtlich werden lassen, wie humanitär diese Kriegsbefürworter tatsächlich sind.

Es ist nicht der geniale ideologische Schachzug, und es sind auch nicht die Massen, an denen es uns mangelt. Es bedarf vielmehr neuer sozialer Netzwerke all derer, die sich in Widerspruch zu den herrschenden Verhältnissen setzen wollen. Hierfür benötigen wir einen langen Atem, eine ausserordentliche Frustrationstoleranz und die Bereitschaft sich verwickeln zu lassen. Dabei sollten wir nicht selbst Sicherheits- und Ausgrenzungsmechanismen im Kleinen (re)-produzieren, sondern die Fähigkeit entwickeln, »fuzzy networks« über ideologische Differenzen und unterschiedliche Motivationen hinweg zu knüpfen.

Literatur:

Thomas Atzert: Das Imperium schlägt alle.Italiens Kriegsgegner diskutieren den postfordistischen Krieg. In: Jungle World Nr. 25, 16.5. 1999, S. 27. Online:http://www.nadir.org/nadir/periodika/jungle_world/_99/25/27a.htm.

Ulrich Beck: Der militärische Euro. Humanismus und europäische Identität. In: Süddeutsche Zeitung, 1.4. 1999.

Ester Bejarano/Kurt Goldstein/Peter Gingold: Offener Brief an die Minister Fischer und Scharping, in: Frankfurter Rundschau, 23.4. 1999. Vgl. a. ak427, 10.6. 1999, S. 6f. Online: http://

Ralph Bendrath: Die postmoderne NATO. Fragmentierte Herrschaft und globalisierte Gewalt. In: Zivilcourage 23 (1997), 4, August 1997, S. 6-9.Online: http://www.antimilitarismus.de/

Franco Bifo Berardi: Offener Brief an die Männer und Frauen von'68, die die Macht haben. In: englisch: http://www.desk.nl/_nettime/

„Break the logic of war! Desert! Open the borders!" Online: http://copyriot.com/une.farce/ .

Boris Buden: The Official Bastard(ARKZIN)-statement on the war in Yugoslavia - Saving Private Havel, 20.4. 1999. Online:http://www.nettime.org/nettime.w3archive/199904/msg00330.html.

Thymian Bussemer: Der Kosovo-Krieg und die Medien. Info-Desaster oder Punktsieg des Journalismus. In: Vorgänge 38 (1999) 3, Nr. 147, S.1-10.

Cynthia Cockburn: Online:http://www.copyriot.com/unefarce/portal/encore/wib.html.

Alex Demirovic: Balkankrieg, Postfordismus und Global Governance. In: diskus 48 Jg. (1999) Nr. 2, S. 16-23. Online:http://www.copyriot.com/diskus/2_99/3.htm.

Frieder Dittmar: Warum Bielefeld nicht zwischen Bagdad und Belgrad liegt.Grüne Kriegsgewinnler und die Neue Linke. In: diskus 48. Jg. (1999) Nr.2, S. 12-15. Online: http://www.copyriot.com/diskus/2_99/2.htm.

Alain Kessi: Kosov@/NATO. Ökonomie des Krieges und der Kommunikation.In: com.une.farce Nr. 2/1999. Online:http://www.copyriot.com/unefarce/no2/kosovo.html. Gekürzt auch in: diskus 48 Jg. (1999) Nr. 2, S. 5-11 sowie in: Scharzer Faden (1999) Nr. 1 (Nr. 68.).

Dirk Kretschmer: Die Last der Krieger. Über den rot-grünen Kriegshumanismus und die (Un-)Möglichkeiten eines bewegten Antimilitarismus. In: diskus 48. Jg. (1999) Nr. 1, S.5-8. Online: http://www.copyriot.com/diskus/1_99/1.htm.

Robert Kurz: Ökonomie der Ausgrenzung. Der globale Krisenkapitalismus und der Balkan. jungle world, 5.5. 99 Online:http://www.nadir.org/nadir/periodika/jungle_world/_99/19/15a.htm.

Robert Kurz: Immer wieder zweiter Weltkrieg. Wie die radikale Linke ihre Opposition gegen die Menschenrechtskrieger unglaubwürdig macht. In: Jungle World Nr. 30, 21.7. 1999, S. 6. Online:http://www.nadir.org/nadir/periodika/jungle_world/_99/30/06a.htm.

Materialien für einen neuen Antiimperialismus Nr. 6: Die Ethnisierung des Sozialen, Berlin 1993. Online:http://www.nadir.org/nadir/archiv/Internationalismus/jugoslawien/materialien_06/.

Edward W. Said: Orientalismus. Frankfurt/Berlin/Wien 1981.

Florian Schneider: Zivile Ziele. In: Süddeutsche Zeitung, 1999. Online:http://www.copyriot.com/unefarce/portal/encore/zizi.html.

Florian Schneider: „Balkanien" - Land ohne Grenzen. In: Freitag Nr. 18,30.4. 1999. http://www.freitag.de/1999/18/99181301.htm.

Klaus Schönberger/Claus Köstler: Der freie Westen, der vernünftigeKrieg, seine linken Liebhaber und ihr okzidentaler Rassismus oder wie die Herrschaft der neuen Weltordnung in den Köpfen begann. Marbach a.N./Tübingen 1992. Vertrieb: Trotzdem-Verlag, Grafenau.

Ole See: Kein Krieg ohne Interessen, in: Friedensblätter für die Friedensbewegung in Baden-Württemberg. Nr. 44/September 1999.

Mark Terkessidis: Die Fiktion vom wilden Balkan, in: taz, 12.4. 1999.Online: http://www.copyriot.com/unefarce/portal/encore/fiktion.html.

Immanuel Wallerstein: „Bombs away!" In englisch: http://www.desk.nl/_nettime/

ZAK Tübingen: Auschwitz im Kosovo? Zur Gleichsetzung von Massenvertreibungen mit der NS-Vernichtungspolitik. In: ak 427, 10.6. 1999,S. 6.

Slavoj Zizek: Die doppelte Erpressung, In: ZEIT, 14/1999 vom 31.3. 1999,Online: http://www.ZEIT.de/archiv/1999/14/199914.serbien_.html.

Slavoj Zizek: Die Nato - die linke Hand Gottes? Über die Selbsttäuschung des Westens oder: Warum der Konflikt auf dem Balkan sobald kein Ende finden wird, in: DIE ZEIT 26/1999 vom 24.6.1999. Online:http://www.archiv.zeit.de/daten/pages//199926.zizekii._.html.



Foto: C.Ditsch/version

WAR! ...in the name of love

Thesenpapier zur Veranstaltung »'Demokratische Propaganda' - Wie in der BRD der NATO-Krieg gegen Jugoslawien vorbereitet wurde« vom 27. Oktober 1999 in der B@racke, Münster

von Edo Schmidt

Vorgeschichte

»Ich bleibe dabei, daß wir auf Kampfeinsätze im Augenblick weder materiell noch psychologisch vorbereitet sind. (...) Es geht auch nicht nur darum, die Soldaten, sondern die ganze Gesellschaft auf diese neuen Aufgaben (weltweiter Kampfeinsätze - E.S.) vorzubereiten. Bei Blauhelmeinsätzen ist das schon gelungen. (...) Auf Dauer ist eine Beschränkung auf Blauhelm-Einsätze nicht realistisch. (...) Das kann sich alles entwickeln.« (Volker Rühe in: 'Der Spiegel', 30/1992)

»Für die Zukunft sehe ich die erhebliche Gefahr, daß die Bundesregierung, Koalition und Generalität nach den Gesetzen der Salamitaktik Anlässe suchen und Anlässe schaffen werden, um die Barrieren abzuräumen, die es gegenüber der Außenpolitik des vereinigten Deutschland noch gibt.« (Joseph Fischer in: 'Die Woche', 30.12.1994)

These 1: Die Installation eines Feindbildes: »Die Serben«

Während der bundesrepublikanischen Anerkennungspolitik (Genscher) gegenüber den Folgestaaten Jugoslawiens: Slowenien, Kroatien, Mazedonien, Montenegro und Bosnien-Hercegovina, wurde ein einseitiges Feindbild für den gesamten Jugoslawien-Konflikt benannt: Serbien bzw. die sog. Altkommunisten der Bundesrepublik Jugoslawien. Ob im Konflikt um die Souveränität Kroatiens oder Bosniens, immer war Milosevic der Buhmann, obgleich seine Kontrahenten Tudjmann oder Izetbegovic ihm i.b.a. Kriegs- und Volksverhetzung in nichts nachstanden. Es gab in den Medien also schon früh ein Feindbild, ein völkisch-nationalistisches, nämlich das »der Serben«. Neben den Investitionsinteressen bundesrepublikanischer Großunternehmer muß nach weiteren Gründen für diese Außenpolitik gesucht werden:

»Fragt man sich nach den Motiven, so kann vermutet werden, daß die deutsche Außenpolitik eine Zersplitterung begünstigte, um die Möglichkeit der Herausbildung einer starken politischen Kraft in Osteuropa zu verhindern und insbesondere den Einfluß Rußlands zu schwächen. (...) Eigenständige Entwicklungspfade werden im europäischen Haus oder vor der Tür der Europäischen Union nicht geduldet. Milosevic ist das vom Prozeß der europäischen Integration

erzeugte Monster.« (Alex Demirovic: Balkankrieg, Postfordismus und Global Governance; in: diskus Nr. 2; Frankfurt a.M. Juni 1999)

These 2: Propaganda braucht Mythen.

Durch fingierte Meldungen wurden die Bevölkerungen der europäischen Staaten und der USA »auf Kriegskurs gebracht« und z.B. o.g. Feindbilder vertieft. Das folgende Beispiel ist eines von vielen, bei dem zumindest »unklare« bzw. undurchsichtige Nachrichten einseitig interpretiert und verbreitet wurden:

Am 15. Januar 1999 wurden im Kosovo-Dorf Racak 45 Tote aufgefunden. Am folgenden Tag bezichtigte der Leiter der OSZE-Mission, William Walker, sofort serbische Polizeikräfte des Massakers an unschuldigen albanischen Zivilisten und sprach von »außergerichtlichen Hinrichtungen und Verstümmelung von unbewaffneten Zivilisten albanischer Herkunft« (NZZ, 25.1.1999). Nach Ausführungen eines Korrespondenten der Springer-Zeitung »Die Welt« (18.1.1999) hätten die serbischen Täter »auch das Hirn aus dem Schädel gelöffelt«. (Diese oder ähnlich grauenhafte Bilder sind typisch für »demokratische Propaganda«.)

Serbische Vertreter stritten dies ab und beschuldigten ihrerseits die UCK, Manipulationen an den Leichen vorgenommen zu haben. Sie seien nachträglich in Zivilkleidung gesteckt und zusammengetragen worden, um ein Massaker vorzutäuschen. Dennoch brachten die westlichen Medien ausschließlich Walkers Version dieses Vorfalles in Racak.

Spätere Untersuchungen ergaben jedoch, daß diese Menschen aus einiger Entfernung von Geschossen getroffen wurden, woraus geschlußfolgert wurde, daß sie im Kampf starben. Nach den Darstellungen einer Untersuchungskommission, die von der EU eigens für diesen Fall eingesetzt wurde, seien die Toten aus verschiedenen Orten nach Racak zusammengetragen worden. Der entsprechende Bericht wurde – zwar verzögert, aber immerhin – zwei Wochen nach seinem angekündigten Erscheinungstermin veröffentlicht. Dennoch blieb der OSZE-Missionsleiter Walker bei seiner Version eines Massakers der Serben an Zivilisten, was in den meisten westlichen Medien – trotz des Dementis der Kommissionsleiterin Helena Ranta – die verbreitete Version der Geschehnisse blieb:

»Kurz vor der Übergabe des Berichtes legte die 'Washington Post' noch mal nach: die Expertise bestätige, daß ein 'organisiertes Massaker' stattgefunden habe. Ranta dementierte. Beobachter stellten einen direkten Zusammenhang des Zeitungsberichtes zur harten Verhandlungsführung der USA in Paris her und erinnerten an die Rolle der 'Washington Post' bei der propagandistischen Vorbereitung des Golfkrieges 1991.« (BZ; 19.3.1999)

These 3: Der Konflikt zwischen den »westlichen Demokratien« und »den Serben« wurde bewußt zur Eskalation gebracht.

Am Ende der Verhandlungen in Rambouillet stand die Erpressung der serbischen Verhandlungsdelegation, da ihr kurz vor Ablauf eines Ultimatums ein Vertragstext zur Unterschrift präsentiert wurde, den sie nicht kannte, und den sie in der Kürze der Zeit auch nicht hätte prüfen können. Er kam einer Preisgabe der Souveränität der Bundesrepublik Jugoslawiens gleich, da er *»faktisch zur Besetzung des Landes durch die NATO und zu einer Abtrennung des Kosovo geführt hätte.«* (Alex Demirovic: 1999)

In den Medienberichten wurde diese Dimension der »Verhandlungen« jedoch nicht »angesprochen« und stattdessen die »starrsinnige Haltung der Serben« hervorgekehrt. Aber daß *»kein Staat einer solchen Forderung jemals zugestimmt hätte, liegt auf der Hand.«* (Antifaschistische Initiative Heidelberg: Ihre 'Neue Weltordnung' angreifen! Kampf der NATO-Kriegspolitik!; in: Contraste Spezial; Osnabrück Juni 1999).

Noam Chomsky bringt die Entscheidung des Westens, Krieg zu führen, klar zur Sprache: *»Die USA haben einen Kurs gewählt, der, wie sie ausdrücklich anerkennen, die Greueltaten und Gewalt 'vorhersagbar' eskalieren läßt; ein Kurs, der auch einen weiteren Schlag gegen das Regime internationaler Ordnung führt, welches den Schwachen wenigstens ein Minimum an Schutz vor räuberischen Staaten bietet. Auf lange Sicht sind die Konsequenzen jedoch nicht vorhersagbar.«* (Noam Chomsky: Die gegenwärtigen Bombardierungen. Hinter der Rhetorik; in: Contraste Spezial; Osnabrück Juni 1999)

»Vor diesem Hintergrund leuchtet die Beobachtung von Werner Link, Professor für Internationale Beziehungen an der Universität Köln, ein, warum die Kosovo-Albaner nach ebenfalls anfänglicher Weigerung

den Rambouillet-Vertrag unterschrieben haben: 'US-Außenministerin Albright hatte erklärt, es werde keinen Militärschlag gegen Jugoslawien geben, wenn auch die Kosovo-Albaner den Friedensplan ablehnten. Das heißt, die Kosovo-Albaner konnten davon ausgehen, daß ihre Unterschrift zur Nato-Intervention führte. Die Luftschläge würden Jugoslawien bzw. Serbien entscheidend schwächen und damit die Machtverhältnisse zu ihren Gunsten ändern' (Frankfurter Rundschau; 10.4.1999). (...) Die Nato hat sich damit in einen militärischen Entscheidungsautomatismus begeben, der immer weniger von ihr selbst, sondern zunehmend von serbischer und kosovarischer Seite aus gesteuert wurde - und der mittlerweile militärischer statt politischer Dynamik unterworfen ist'« (Lutz Schulenburg: Kamera-Auge. Weder Euren Krieg, noch Euren Frieden; in: Die Aktion. Zeitschrift für Politik, Literatur, Kunst; Heft 191/194; Hamburg 1999).

These 4: In der »Zuschauerdemokratie« wurde durch die »innere Zerrissenheit« ihrer ProtagonistInnen die Zustimmung für den Krieg hergestellt: die »Konsensproduktion«.

Nach Noam Chomsky ist die vorherrschende Demokratieform in den westlichen Industrienationen nicht die der partizipativen Demokratie, sondern eine Art »Zuschauerdemokratie«. Er führt aus, daß die »wilde Herde«, der größte und uninformierte Teil der Bevölkerung, durch Politiker und Intellektuelle geleitet wird, die über die entsprechenden – vorenthaltenen – Informationen verfügen. Diese Form der Demokratie sei auf Propaganda zur »Konsensproduktion« angewiesen, wie eine Militärdiktatur auf die Knute, auf physische Zwangs- bzw. Gewaltmittel also, um die »Stampede« in Schach zu halten. Als Beispiel führt Chomsky die für den Kriegseintritt der USA nötige Verwandlung der US-amerikanischen Gesellschaft um 1916 von einer pazifistischen in eine nach Krieg dürstende - durch das Mittel der Propaganda, gewissermassen einer »demokratischen Propaganda«. Ebenso verhielt es sich während des Golfkriegs, jedoch nicht nur mit der US-amerikanischen Gesellschaft.

Im Falle des NATO-Angriffskrieges gegen die Bundesrepublik Jugoslawien mußte in den westlichen Gesellschaften ebenfalls die Bereitschaft und die Unterstützung des Kriegskurses hergestellt werden. Oft dienten hierzu in der Öffentlichkeit zweifelnde PolitikerInnen und Intellektuelle, die »das kleinere Übel« des Krieges wählten, um ihrem Drang nach »Humanität« nachzugeben: Die *»innere Zerrissenheit der Intellektuellen, gegen den interessegeleiteten, aber für den moralischen Krieg zu sein, trifft sich mit der zerrissenen Haltung der Politiker, die ihre Kriegsführungspolitik als Ergebnis eines moralischen Dilemmas präsentieren und damit eine neue Form der moderierenden Regierungskunst ausarbeiten«* (Alex Demirovic: 1999).

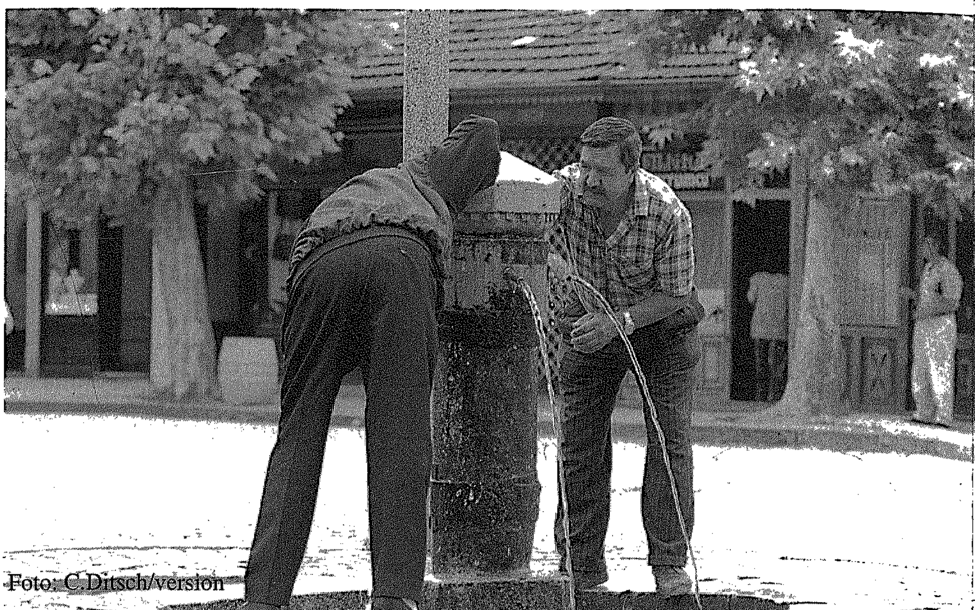


Foto: C.Ditsch/version

Dem hält Noam Chomsky (1999) entgegen: *»Ein Standardargument ist, daß wir etwas tun mußten: wir konnten nicht einfach untätig dabeistehen, als die Greueltaten weitergingen. Das ist niemals wahr. Eine Möglichkeit besteht immer darin, dem hippokratischen Prinzip zu folgen: 'Zuallererst, füge kein Leid zu'. Wenn es keinen Weg gibt, bei diesem Prinzip zu bleiben, dann tu' nichts. Es gibt immer Wege, die in Betracht gezogen werden können. Diplomatie und Verhandlungen sind nie am Ende.«*

Oder, wie die Entscheidung eines Teils der rot-grünen Regierungskoalition in der BRD für diesen Krieg von dem Soziologen Christian Sigrist in einem Interview in der 'graswurzelrevolution' kommentiert wurde: *»Alternativen gibt es (immer), es gibt gute, schlechte, ... aber einfach dieses alternativlose Denken von Anfang an, man kann das nicht anders interpretieren, als mit 'Regierungsfähigkeit'. Die Gefahr des Zerbrechens der rot-grünen Koalition, raus aus dem Regierungsgeschäft, eventuell Neuwahlen und dann das Mandat weg. Es ist das Kleben an der Macht. MMB - Macht macht blöd. Auf der unteren Stufe heißt es Mandat macht blöd, selbst kluge Leute. So kann man das erklären.«* (Der »Siegfrieden« der NATO; in: graswurzelrevolution Nr.240; Sommer 1999)

These 5: Die BRD kämpft im NATO-Angriffskrieg »ihre Vergangenheit« und »den Sonderweg« nieder - dank einer Schlußstrichmentalität, mit der die Verbrechen der NS-Zeit verharmlost werden.

Statt den friedvollen Weg zu gehen, haben sich also bundesdeutsche PolitikerInnen und Intellektuelle öffent-

lich nicht nur für die Kriegsposition vereinnahmen lassen, sondern für diese noch durch ihre zur Schau gestellte »innere Zerrissenheit« geworben (»Schlaflosigkeit«, »kleineres Übel« etc.).

Darüber hinaus wird zur Herstellung des Konsenses nicht auf eine Gleichschaltung der Medien gesetzt, sondern es werden vermehrt gleichlautende, hegemoniale Positionen verbreitet. *»In England knüpft New Labour zur Rechtfertigung des Krieges an den kolonialistischen Diskurs von der Bürde des weissen Mannes an. So wie damals Zivilisation werden heute Freiheit und Menschenrechte verbreitet. In Deutschland wird analog dazu die Formel verwendet, aus den eigenen Verbrechen gelernt zu haben.«* (Alex Demirovic: 1999) So wird der Vergangenheit des NS-Staates nachträglich noch ein positiver Sinn gegeben und die Verbrechen »als notwendiges Lehrstück« verharmlost. Am auffälligsten geschah dies wohl bei der (nicht neuen) Gleichsetzung von Milosevic mit Hitler, oder beim Äußern des Wunsches, KZ's bzw. ein »zweites Auschwitz« durch einen »gerechten Krieg« verhindern zu wollen. Dabei hörten sich viele Intellektuelle und Politiker so an, als könne hierdurch einiges ungeschehen gemacht werden, was durch den deutschen Staat von 1933 bis 1945 verbrochen wurde. Die 1945 erfahrene »Befreiung« sollte nun gewissermaßen durch bundesdeutsche Streitkräfte weitergegeben werden. Jedoch stellten sich »Scharpings KZ's« oft genug als seine Erfindung oder als Wunschdenken heraus; aber die Medien machten alles mit und fanden noch lange nach dem Abzug des serbischen Militärs aus dem Kosovo angebliche Massengräber und KZ's. (Der von den Nationalsozialisten zwar nicht erfundene, dennoch für ihre Propaganda unermeßlich wichtige Begriff des »Konzentrationslagers«, ist in der bundesdeutschen Öffentlichkeit allein schon als eine Verharmlosung von historischen Tatbeständen zu sehen.)

These 6: Die Militarisierung der Politik setzt die Militarisierung der Gesellschaft voraus.

»18. März: Der Krieg kommt näher. Er drängt sich in den Alltag. Dringt in die Köpfe ein, noch bevor er eine Tatsache geworden ist. In der Lokalzeitung: 'Jugoslawische Grenz- und Polizeieinheiten sind westlich von Djakovica aus mehreren Dörfern von Einheiten der kosovoalbanischen Befreiungsarmee UCK angegriffen worden, hieß es in Pristina' (Bergedorfer Zeitung).

Im Kommentar erhält Trittin einen 'Schuß vor den Bug'. Die Sprache eilt den Ereignissen voran. (...)

22. März: 'Vorsicht Milosevic: Im nächsten Flugzeug über Belgrad sitzen keine Vermittler mehr, sondern Kampfpiloten' (Hamburger Morgenpost). (...) (An anderer Stelle steht,) Schröder wolle durch eine 'Ausbildungsoffensive den Mangel an qualifizierten Software-Entwicklern und Technikern' beenden. (...)

24. März: Der Krieg hat begonnen. (...) Der offizielle Kriegs-Diskurs: 'Milosevic zur Vernunft bringen' und 'eine humanitäre Katastrophe abwenden'. (...) Der Kriegskanzler Schröder, vor einer Regalwand mit Buchattrappen, hält eine Ansprache, die überraschende Tatsachen enthält: '(...) Wir führen keinen Krieg, aber wir sind aufgerufen, eine friedliche Lösung im Kosovo auch mit militärischen Mitteln durchzusetzen (...) Ich rufe von dieser Stelle aus alle Mitbürgerinnen und Mitbürger auf, in dieser Stunde zu unseren Soldaten zu stehen.'

Zu was sollen die Bürgerinnen und Bürger 'stehen'? Manfred von Richthofen in seiner Kriegsschwarte Der rote Kampfflieger: 'Es ist ein eigenartiges Gefühl, da hat man wieder einmal ein paar Menschen totgeschossen, die liegen irgendwo verbrannt, und selbst setzt man sich, wie alltäglich, an den Tisch, und das Essen schmeckt einem ebensogut wie immer. Das sagte ich auch einmal zu Majestät, wie ich beim Kaiser zur Tafel befohlen war. Doch Majestät sagte nichts zu mir als: >Meine Soldaten schießen keine Menschen tot, meine Soldaten vernichten den Gegner.<'

26. März: (...) Claudia Büring befragt einen Lebensmittelhersteller über das vermeintliche Verschwinden von 'Serbischer Bohnensuppe' aus den Regalen: 'Die >Serbische Bohnensuppe< ist schon seit 20 Jahren fester Bestandteil in unserem Sortiment (...) Daher nehmen wir mit Besorgnis zur Kenntnis, daß in einigen Supermärkten in Berlin unsere >Serbische Bohnensuppe< offensichtlich nicht erhältlich ist' (Junge Welt). (...)

27. März: Aus der Bundestagsdebatte: 'Fischer sagte: >Ich möchte mit allem Nachdruck zurückweisen, daß von deutschem Boden wieder Krieg ausgeht<' (Die Tageszeitung). (...)

31. März: (...) 'Das Unheimliche am Krieg ist seine Eigendynamik, sei-

ne Unberechenbarkeit' (Die Zeit). Zu Beginn eines TV-Interviews herrscht ein Politiker den Journalisten an, er solle 'nicht von Nato-Bombardierungen sprechen'.

1. April: In Die Zeit (31.3.) (...) findet sich ('Über den Beginn und das Ende einer neuen Weltordnung') die scharfsichtige Analyse von Slavoj Zizek: 'Ob Saddam Hussein oder jetzt Milosevic - immer heißt es: >die Gemeinschaft der zivilisierten Länder gegen ... < Aber auf welchen Kriterien beruht diese Unterscheidung? Warum Albaner in Serbien beschützen, nicht aber Palästinenser in Israel, Kurden in der Türkei et cetera? Und hier bekommen wir es natürlich mit der schattigen Welt des internationalen Kapitals zu tun (...) Was wenn ein Phänomen wie Milosevic' Regime nicht der Gegensatz zur neuen Weltordnung wäre, sondern ihr Symptom, der Schauplatz, an dem ihre versteckte Wahrheit ans Tageslicht tritt?'« (Lutz Schulenburg: 1999)

These 7: Die Militarisierung der Gesellschaft geht weiter und mit ihr werden die nächsten Kriege vorbereitet, während die Repression gegen den Widerstand resp. gegen Opposition zunimmt.

»Obwohl nach mehr als 70 Tagen Luftkrieg gegen Jugoslawien für jeden sichtbar ist, daß die Zerstörung der Infrastruktur und die Verwüstung des Landes verheerend ist und die Rückkehr der Flüchtlinge nicht durch die Bombardierung Jugoslawiens erreicht wurde, ist die Kritik der KriegsgegnerInnen, daß die Folgen des Dauerbombardements offensichtlich im eklatanten Widerspruch zu ihrer moralischen Begründung – der Durchsetzung von Menschenrechten – stehen, wirkungslos geblieben. Eine große linke Antikriegsbewegung ist nicht entstanden. Das hat wohl auch damit zu tun, daß die vorherrschende Begründung, dieser Krieg werde für Menschenrechte geführt, auch vielen, die sich selbst als Linke begreifen, einleuchtet. Die Einbruchstelle für den moralisch aufgeladenen Diskurs der KriegsbefürworterInnen ist die



Foto: C.Ditsch/version

Grundüberzeugung der Neuen Linken, daß Widerstand gegen die staatliche Unterdrückung und Gewalt gerechtfertigt sei. Hier knüpft die offizielle menschenrechtliche Begründung für den »Krieg der Achtundsechziger« an, die nach dem einfachen Schema von sich befreienden Unterdrückten (=gut) und staatlichen Unterdrückern (=böse) funktioniert. Ist dieses Schema erst einmal durchgesetzt, kann den KriegsgegnerInnen auf der moralischen Ebene Paroli geboten werden. Der Konflikt ist auf eine zweiwertige Dumpfbacken-Alternative gebracht: entweder Unterstützung der NATO-Angriffe oder Unterstützung Milosevics.« (aus: Editorial; diskus Nr. 2; Frankfurt a.M. Juni 1999) Dieses Zitat gibt in etwa wieder, was KriegsgegnerInnen sich – auch und gerade von sog. linken KriegsbefürworterInnen – anhören mußten. Und gleichzeitig schritt die Militarisierung der Gesellschaft voran. In Münster gab es z.B. noch während des NATO-Krieges sog. »Soldatenmärsche«. Gegen die Zahlung einer Gebühr von 10,- DM durften sich die BürgerInnen der Stadt an diesen Spaziergängen »im flotten Tempo« beteiligen. Marschiert wurde mit holländischen und deutschen Soldaten (Deutsch-Niederländisches Corps) rund um den Aasee – zur Völkerverständigung, wie es hieß. Auch fand während dieser Zeit das öffentliche Rekrutengelöbnis im Bendler Block in Berlin, der Wehrmachtzentrale während des Zweiten Weltkrieges, bei dem die Wehrmacht bekanntlich einen Vernichtungskrieg gegen JüdInnen v.a. in Osteuropa führte, statt.

Trotz aller Propaganda: Widerstand gegen den Krieg und gegen die Militarisierung der Gesellschaft gab und gibt es, wenn auch nur vereinzelt. In Münster gab es während der gesamten Dauer der Bombardements - und lange danach noch - an jedem Samstag Kundgebungen auf dem Prinzipalmarkt, über die jedoch aus den örtlichen Medien nichts (!) zu erfahren war. Die Kundgebungen waren zwar nie besonders gut besucht, jedoch inhaltlich sehr gut vorbereitet, und störten die »friedliche, den Krieg vergessen machende Atmosphäre« in der Innenstadt erheblich. Auch während des öffentlichen Gelöbnisses im Bendler Block und während der »Soldatenmärsche« gab es bunte, laute und störende Aktionen. Aufrufe zur Desertion gab es auch, sie wurden jedoch mit ungewöhnlich heftiger Repression von Seiten staatlicher Organe gekontert, und nicht zuletzt hier waren wieder einmal starke Zweifel an der Rechtsstaatlichkeit in diesem Land angebracht; ganz zu schweigen von den Gesetzesbrüchen und Rechtsverstößen, die durch diesen Angriffskrieg national und international festzustellen waren.

Welche zukünftigen Kriege kündigen sich durch eine derart eindeutige Militarisierung der Gesellschaft an? Welche veränderten Aufgaben hat die NATO und mit ihr die Bundeswehr bereits und in Zukunft, daß z.B. der Widerstand gegen die Kriegspropaganda der BRD und gegen das Töten bundesdeutscher Soldaten derart heftig angegangen wird? Was wird sich die rot-grüne Bundesregierung noch alles einfallen lassen, um einen Sitz im UN-Sicherheitsrat zu bekommen? Und warum werden Politiker umso beliebter, je chauvinistischer und kriegshetzender sie auftreten?

Am Ende der großen Kriegserzählungen?

Zur Genealogie der »humanitären Intervention«

von Ulrich Bröckling



Foto: C.Ditsch/version

Die kriegerische Gewalt ist wie jede Gewalt zwar nicht stumm, aber sie ist sprachlos oder nur in einem rudimentären Sinne sprachlich codiert: Es gibt das Kampfgebrüll und das Siegesgeschrei, es gibt das Stöhnen und Wimmern der Verwundeten und Sterbenden, doch bleiben die Rede und erst recht das Schreiben dem eigentlichen Gewaltakt selbst entweder vor- oder nachgelagert. Anders als die gängige Wendung glauben machen will: Waffen sprechen nicht, sie töten, verletzen, zerstören. Vielleicht ist es gerade diese Grenze, welche um den Krieg herum die Diskurse wuchern läßt. Vielleicht mobilisiert gerade die Sprachlosigkeit der Gewalt die ebenso vielfältigen wie beredten Anstrengungen, sie zu schüren, zu rechtfertigen, zu preisen, zu verdammen, zu beklagen, zu erklären oder zu beschreiben.

So gegensätzlich die Diskursivierungen des Krieges auch sein mögen, sie teilen mit ihrem Gegenstand die erpresserische Logik der Parteinahme. Über den Krieg zu sprechen, bedeutet immer – gleich ob bewußt intendiert oder entgegen der erklärten Absicht des Sprechers – für oder gegen den Krieg, für oder gegen diesen Krieg oder für oder gegen die eine oder die andere Kriegspartei Stellung zu beziehen. Die Pro- und Contra-Besetzungen können wechseln; was gestern noch als pazifistischer Einspruch ins Feld geführt wurde, dient heute als bellizistische Apologie. Nur Neutralität wird nicht duldet. Wenn dieser – selbst wiederum polemogenen – Codierung auch nicht zu entgehen ist, so verdoppelt nur die Vereinfachungen des grand simplificateur, wer es dabei beläßt. Zumal in einem Moment, in dem – wie für Deutschland spätestens mit dem Kosovo-Krieg offenkundig – vertraut gewordene Rollenverteilungen und Argumentationsmuster brüchig werden, mag es daher sinnvoll sein, nach den diskursiven Ordnungen zu fragen, die unter den dichotomen Sortierungen liegen. In diesem Sinne soll im Folgenden versucht werden, drei Formen neuzeitlicher Rede über den Krieg einander gegenüberzustellen und ihren Transformationen, Überlagerungen und Entmischungen bis zur Gegenwart, d.h. bis zu den Kriegen der neunziger Jahre, nachzugehen: den technisch-soziologischen Diskurs der Totalisierung, den philosophisch-juridischen Diskurs der Souveränität und den historisch-politischen Diskurs der Revolution.

Der Diskurs der Totalisierung

Der Diskurs der Totalisierung erzählt die Geschichte des Krieges als negativ gewendete Modernisierungstheorie: Der Kapitalismus, die moderne Industrie oder wer auch immer als Subjekt des historischen Prozesses figuriert, entfesselt mit den Produktivkräften auch die Destruktivkräfte; der technische Fortschritt macht es möglich, daß die Waffen immer weitere Entfernungen in immer kürzerer Zeit überwinden und zugleich immer größere Zerstörungen anrichten; der republikanisch verfaßte Nationalstaat läßt den Krieg nicht länger »ein bloßes Geschäft der Regierungen [sein], welches sie vermittelst der Taler in ihrem Koffer und der müßigen Herumtreiber in ihren und den benachbarten Provinzen« betreiben – so Clausewitz' (1952: 865) Kennzeichnung der Kabinettskriege des Ancien Régime –, sondern proklamiert mit der allgemeinen Wehrpflicht zugleich das »Volk in Waffen«. Totalisierung bezeichnet eine Dynamik zunehmender Subsumtion, bei der immer mehr menschliche und technische Ressourcen zu Kriegszwecken mobilisiert, immer mehr Menschen den Wirkungen der ins Unvorstellbare gesteigerten Vernichtungspotentiale ausgesetzt werden und der Krieg seine räumlichen und zeitlichen Begrenzungen abstreift.

Seinen Aufstieg erlebte der Totalisierungsdiskurs im Gefolge der Französischen Revolution. Für Clausewitz, dessen Philosophie die Dynamisierungserfahrung der napoleonischen Ära reflektiert, kam mit der Entfesselung militärischer Gewalt der Krieg zu sich selbst: »Die Energie der Kriegführung war durch den Umfang der Mittel und das weite Feld möglichen Erfolges sowie durch die starke Anregung der Gemüter ungemein erhöht worden, das Ziel des kriegerischen Aktes war Niederwerfung des Gegners; nur dann erst, wenn er ohnmächtig zu Boden liege, glaubte man innehalten und sich über die gegenseitigen Zwecke verständigen zu können. So war also das kriegerische Element von allen konventionellen Schranken befreit, mit seiner ganzen natürlichen Kraft durchgebrochen« (Clausewitz 1952: 870). Eskalation bis zum Äußersten war vorprogrammiert, wenn man den Krieg nach dem Modell eines erweiterten Zweikampfs



begriff, bei dem jede Seite die andere niederzuringen sucht. Weil die dazu erforderliche Gewalt sich an der Widerstandskraft der jeweils anderen mißt, ergibt sich Stagnation allenfalls als vorübergehendes Kräftepatt. Seiner Eigendynamik nach tendiert der Krieg dazu, sich zu einem einzigen Vernichtungsschlag ohne Dauer zusammenzuziehen. Eine solche totale »Vereinigung der Kräfte in der Zeit« (ebd.: 287) blieb zu Clausewitz' Zeiten allerdings noch kriegsphilosophischer Abstraktion vorbehalten, in der Kriegswirklichkeit standen ihr die beschränkten Destruktionsmittel sowie das entgegen, was Clausewitz die »Friktionen« im Kriege nannte: politische Rücksichten, Widrigkeiten des Wetters und des Terrains, fehlende Kampferfahrung und -moral der Truppe, Skrupel der militärischen Führer. Die Friktionen wirken als Bremskräfte, sie machen das Handeln im Kriege zu einer »Bewegung im erschwerenden Mittel« (ebd.: 161). Die Geschichte der Kriege erscheint in dieser Perspektive als fortschreitende Anstrengung, durch Modernisierung von Waffentechnik und militärischer Organisation, anders ausgedrückt: durch Steigerung der aufgewendeten Energie, den Einfluß der Friktionen zu minimieren.

Changieren schon Clausewitz' Schriften zwischen Analyse und Programm, so gilt das erst recht für die Doktrin des totalen Krieges nach 1918. Den Ausgangspunkt bildete hier eine Deutung des Weltkriegs, die diesen einerseits als ersten totalen Krieg begriff, andererseits aber der vermeintlich unzureichenden Ausrichtung aller gesellschaftlichen Ressourcen auf den Krieg, mit anderen Worten: der fehlenden Totalisierung, die Schuld an der Niederlage Deutschlands gab. Der logische Widerspruch – ein Krieg, der zugleich total und nicht total gewesen sein soll – bezeichnet ideologisch die Triebkraft der Totalitätslehren: Was diese als Signatur der Epoche deklarierten, sollte zugleich die Zeitgenossen auf unbedingte und uneingeschränkte Leistungs-, Gehorsams- und Opferbereitschaft für künftige Kriege einschwören. Das Attribut »total« markierte einen absoluten Richtpunkt, der allen Forderungen den Charakter des gleichermaßen Unabweisbaren wie Unabschließbaren verlieh. Der apodiktische Bescheid »So und nicht anders ist der Krieg!« bedeutete stets ein kategorisches »So soll er sein!«.

Einig waren sich die Doktrinäre der Totalität darin, daß über den Ausgang eines als langfristig unvermeidbar eingeschätzten »Zukunftskriegs« entscheiden mußte, was 1918 vermeintlich gefehlt hatte: die »seelische Geschlossenheit des Volkes« (Ludendorff 1939: 11ff.). Jenseits von propagandistischem Kalkül und paranoischen Schuldzuschreibungen reflektierte diese Überzeugung den tiefgreifenden Umbruch militärischer Realität im Ersten Weltkrieg. Die Logik industrialisierter Kriegführung implizierte die Transformation der Gesellschaft in eine einzige große Rüstungsfabrik und Kaserne; die in den »Materialschlachten« aufs höchste gesteigerte Destruktion verlangte eine entsprechend gesteigerte Produktion der dazu nötigen Mittel. Mit dem Gegensatz zwischen Zivilist und Militär sollte auch der zwischen Kriegs- und Friedenszeiten verschwinden zugunsten eines nur noch zwischen »heißen« und »kalten« Phasen oszillierenden Dauerzustandes Krieg. Um diese restlose Mobilmachung zu bewerkstelligen, mußte der Krieg zum Rassenkrieg, um den Gegensatz von Freund und Feind bis zum »äußersten Intensitätsgrad« (Schmitt 1932: 27) zu steigern, mußte der Gegner zum »Artfremden« substantialisiert werden.

Mehr noch als die militärische Niederschlagung Nazi-Deutschlands war es die Atombombe, die diesen Phantasmen, nicht aber dem Totalisierungsdiskurs insgesamt eine Ende bereitete. Die Entwicklung der »totalen Waffe« und ihr Einsatz in Hiroshima und Nagasaki machten einen totalen Krieg ohne totale Mobilmachung der Gesellschaft möglich. Seit dem 6. August 1945 ist Clausewitz' idealtypisches Konstrukt des »absoluten Krieges«, eines von allen »Friktionen« freien totalen Entladens der Kräfte, ein technisch realisierbares Projekt. Ein Minimum an Personal reicht aus, um ein Maximum an tötender Gewalt zu erzeugen und ganze Gesellschaften, wenn nicht die menschliche Gattung insgesamt auszulöschen. Am Ende steht das apokalyptische Bild vom Präsidenten (oder Stanley Kubricks verrücktem Wissenschaftler Dr. Seltsam), der den roten Knopf betätigt und damit den nuklearen Vernichtungsschlag auslöst. Und selbst dieser letzte Feldherr und Soldat in einer Person verschwindet noch im Szenario eines durch Computerfehler oder andere Pannen ausgelösten »Atomkriegs wider Willen«.

Die Gleichzeitigkeit von Diagnose und Programm blieb auch im Nu-

klearzeitalter konstitutiv für den Totalisierungsdiskurs, die tatsächlich erreichte Totalisierung des Krieges führte jedoch dazu, daß der programmatische Teil das Vorzeichen wechselte: Das technisch Mögliche war nicht länger das praktisch Gewollte, vielmehr sollte gerade die Fähigkeit zunächst zur einseitigen, dann zur wechselseitigen Totalvernichtung die Realisierung dieser Möglichkeit verhindern. Das System der Abschreckung stellte den totalen Krieg auf Latenz. Um wirksam abzuschrecken, mußte man in der Lage sein, den Krieg zu führen, den Abschreckung verhindern sollte. Zur Glaubwürdigkeit der Abschreckung gehörte auch eine entsprechende »moralische Aufrüstung« nach innen wie außen. In der Dichotomie von freier Welt und kommunistischer Diktatur lebte das Dogma des totalen Feindes fort und wurde mit allen Mitteln der Meinungslenkung geschürt. Die Mobilisierung der Angst, bei der man dem Gegner projektiv genau das unterstellte, was man selbst ihm androhte, zielte jedoch, anders als die NS-Propaganda, nicht darauf, die gesamte Gesellschaft durchzumilitarisieren.

Paradoxerweise ermöglichte, so läßt sich im Rückblick sagen, die Substitution des Krieges durch permanente Kriegsdrohung »eine Demobilisierung, sogar Zivilisierung der Gesellschaft« (Beck 1992). Nimmt man den Grad der militärischen Durchdringung des gesamten sozialen Lebens und nicht das aufgehäufte und unentwegt nachgerüstete technische Destruktionspotential sowie die Virulenz antikommunistischer Feindbilder zum Maßstab, so war die Bundesrepublik vor 1989 verglichen mit der nationalsozialistischen, aber auch mit der wilhelminischen Gesellschaft zweifellos weitgehend entmilitarisiert. Diese Epoche ging 1989 zu Ende. Inzwischen ist der Krieg zurückgekehrt. Atomare Massenvernichtungsmittel, die ja weiterhin zur Verfügung stehen oder verfügbar gemacht werden können, spielen in den öffentlichen Diskussionen und militärischen Planungen allerdings nur noch eine untergeordnete Rolle; die Krisen- und Interventionsszenarien sind unterhalb der Schwelle zur nuklearen Eskalation angesiedelt. Was auf den ersten Blick wie eine »Hegung des Krieges« (Carl Schmitt) erscheinen mag, erweist sich als Rückgewinnung militärischer Optionen, die in der Ära des Kalten Krieges verstellt waren. Gemeinsam ist den unterschiedlichen Szenarien die Exterritorialisierung der militärischen Gewalt. Wie zu Zeiten Friedrichs II. sollen die Bürger in Ruhe ihren Geschäften nachgehen können und im Alltag kaum merken, wenn die Regierung Krieg führt. Anders als damals besitzen sie heute allerdings einen Fernseher, der ihnen erlaubt, vom eigenen Wohnzimmer aus risikolos »live« an allen Fronten dabei zu sein. Gesamtgesellschaftliche Kriegführung bedeutet im Zeitalter der Mediengesellschaft nicht mehr unmittelbare Mobilisierung auch der Zivilbevölkerung für Kriegszwecke, sondern die Notwendigkeit, wie jede Politik auch deren Fortsetzung mit militärischen Mitteln publikumsgerecht zu inszenieren.

Der Totalisierungsdiskurs scheint verschwunden. Liest man die Begründungen und Rechtfertigungen der NATO-Luftkriege gegen den Irak 1991 und gegen die Republik Jugoslawien in diesem Jahr, dann fällt geradezu ein beschwörend anti-totalisierender Gestus auf: Schon der Begriff des Krieges wird, wenn nicht gleich ganz vermieden, nur höchst widerwillig verwendet. Ihrer Selbstdarstellung nach tritt die NATO nicht als Kriegsmacht auf den Plan, sondern als eine Art »bewaffneter Sozialarbeiter in globaler Mission« (von Bredow 1995: 21). Der totale Feind schrumpft zum gemeinen Staatsverbrecher vom Schlage Saddam Husseins oder Milosevics, der Kriegs- mutiert zum Kriminalitätsdiskurs. Die Semantik des Polizeieinsatzes ersetzt die der Schlacht; statt militärische Gegner zu besiegen, wird die Ordnung wiederhergestellt. Der Eifer jedoch, mit dem man betont, daß die Verhältnismäßigkeit der Mittel gewahrt und eine unkalkulierbare Eskalation verhindert werden soll, hat etwas Überschießendes, so als sei man sich doch nicht so sicher, ob die Dynamik der Totalisierung wirklich gebannt sei.



Souveräner und revolutionärer Kriegsdiskurs

Im Unterschied zum Totalisierungsdiskurs, der selbst totalisiert, indem er mit dem unabweisbaren Geltungsanspruch technischer Tatsachen auftritt, stehen souveräner und revolutionärer Kriegsdiskurs in einem Verhältnis der Konfrontation und des wechselseitigen Verweises zueinander. In seiner Vorlesung »Vom Licht des Krieges zur Geburt der Geschichte« hat Michel Foucault (1986) diese beiden Formen der neuzeitlichen Rede vom Krieg unterschieden: Gesprochen wird über den Krieg, so Foucault, zum einen im philosophisch-juridischen Diskurs der Souveränität, zum anderen im historisch-politischen Diskurs der Revolution. Die Souveränitätserzählungen begründen und preisen die gesetzlich kodifizierte und polizeilich gesicherte Pazifizierung und die damit einhergehende Verstaatlichung des Krieges, der an die Grenzen gedrängt und »zum professionellen und technischen Monopol eines sorgfältig definierten und kontrollierten Militärapparates« (ebd.: 9) gemacht wird. Der Diskurs der Revolution dagegen sieht im Krieg »eine dauernde soziale Beziehung«, den »unauslöschlichen Grund aller Machtverhältnisse und -einrichtungen« (ebd.: 10). Diese Rede erinnert daran, daß das Gesetz nicht Befriedung bedeutet, sondern daß unter der imperialen Pax der Krieg weitergeht. Gegen die pyramidalen, maschinenförmigen oder organismischen Gesellschaftskonstruktionen der Souveränität setzt sie ein binäres Modell fortwährender antagonistischer

Kämpfe.«Der Gegner erscheint in dieser Rede nicht mehr als Gegner in einem Spiel oder wenigstens in einem Regelwerk, sondern als der Feind, der unbedingte Feind. Er ist vollkommen fremdartig, gehört einer anderen Rasse an. Diese Redeweise ist zunächst keineswegs biologistisch zu verstehen, sondern führt den Rassenbegriff synonym für die unvermittelbare Andersheit des Anderen, mit dem es am Tage des Sieges keine Gnade geben wird« (Engell 1989: 126).

Während die Wurzeln des Souveränitätsdiskurses bis in die Antike zurückreichen – das Modell souveräner Ordnung ist die Pax Romana –, schließt der revolutionäre Kriegsdiskurs an die millenaristischen Mythologien des Mittelalters an. Der Diskurs breitet sich dann zwischen dem Ende des 16. und der Mitte des 17. Jahrhunderts aus, als die Macht der Monarchen einerseits durch Volkskräfte, andererseits durch Aristokraten infragegestellt wird. In dieser Epoche stehen souveräne und revolutionäre Kriegserzählung sich diametral gegenüber: Gegen die Begründungen des souveränen Machtstaats, wie sie etwa Bodin oder Hobbes liefern, polemisieren die antityrannischen Kampfschriften der Monarchomachen. Deren Linie setzt sich fort in den Abhandlungen der Revolutionszeit. Für den Abbé de Sieyès etwa wird der Adel zur Gegenrasse schlechthin; er läßt sich nicht in den gesellschaftlichen Organismus einfügen, ist »eine Last für die Nation, aber kein Teil von ihr« (Sieyès 1968: 59). Für den dritten Stand proklamiert Sieyès eine Strategie radikaler Spaltung: »Nein, es ist nicht mehr die Zeit, auf die Versöhnung der Parteien hinzuarbeiten. Wie könnte man auf Eintracht zwischen der Energie des Unterdrückten und der Wut der Unterdrücker hoffen?« (ebd.: 123).

Lag schon in der aufklärerischen Forderung nach Volkssouveränität ein Moment der Aufhebung des Gegensatzes zwischen souveränem und revolutionärem Diskurs, so gingen im 19. Jahrhundert beide auf doppelte Weise eine Verbindung ein: Auf der einen Seite wurde die Rede vom absoluten Feind nationalistisch, später auch biologistisch substantialisiert und in dieser Form in den Diskurs der

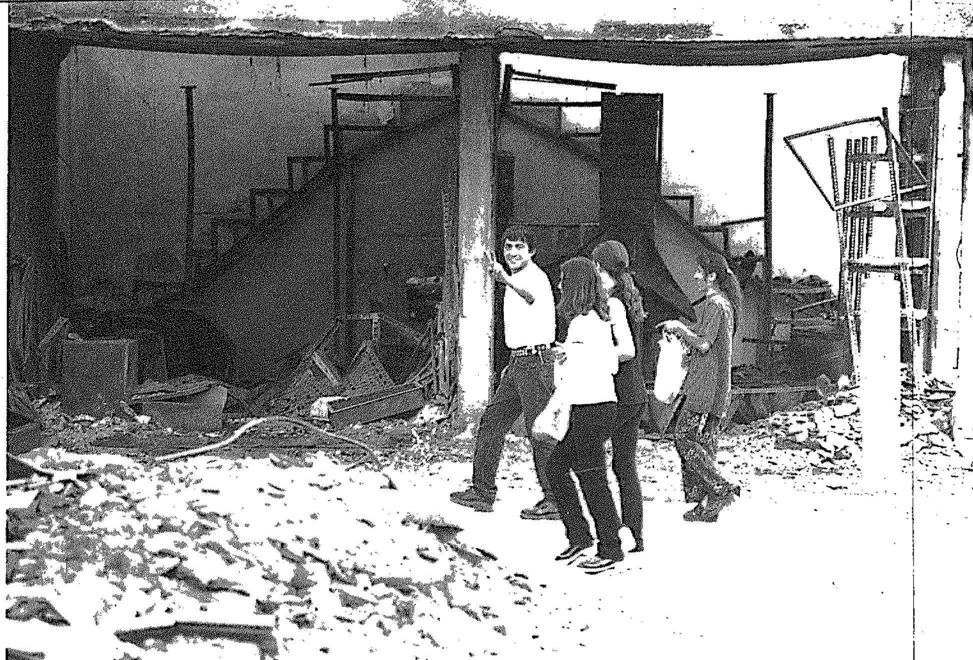


Foto: C.Ditsch/version

Souveränität eingegliedert. Das Motiv einer binären Spaltung der Gesellschaft in zwei feindliche Lager verwandele sich dabei in die monistische Konstruktion eines homogenen Volkskörpers, der sich der Bedrohung durch heterogene Elemente von außen wie innen erwehren muß. Die staatliche Souveränität, deren Glanz und Kraft jetzt »nicht mehr durch magisch-rechtliche Rituale gewährleistet (wurde), sondern durch medizinisch-normalisierende Techniken« (Foucault 1986: 51) der Disziplinar- und Biomacht, nahm das revolutionäre Thema des antagonistischen Kampfes auf, um es strategisch umzudrehen und antirevolutionär nach innen wie imperialistisch nach außen einzusetzen. Diese Transformation zum Staatsrassismus führte in Deutschland vom Franzosenhaß der Befreiungsnationalisten nach 1806, über die Feldzüge gegen den »inneren Feind«, der als »Auswurf der Gesellschaft« symbolisch wie real expatriiert wurde, über die Eroberung überseeischer Kolonien, wo deutsche Truppen 1904 bis 1907 einen Ausrottungskrieg gegen aufständische Hereros führten, bis zur nationalsozialistischen Rassengesetzgebung und Vernichtungspolitik.

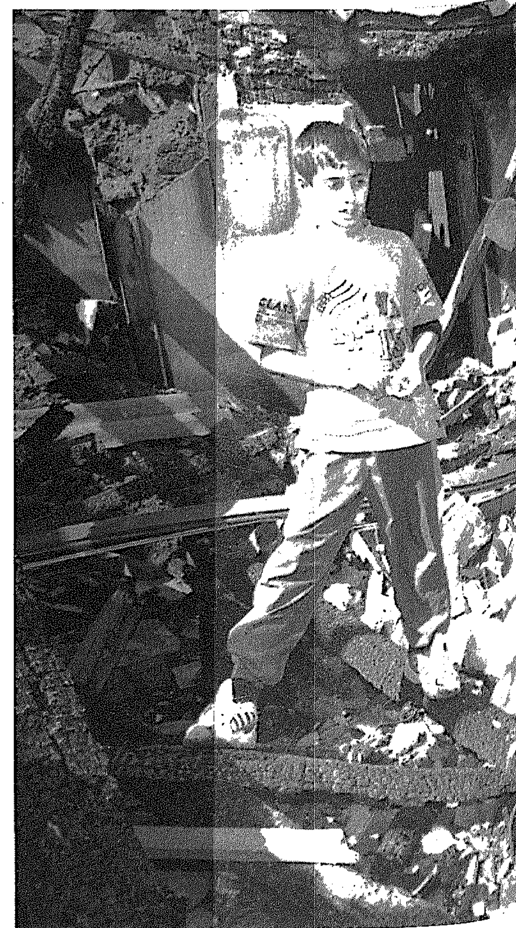
Auf der anderen Seite wurde der Revolutionsdiskurs des »Kriegs der Rassen« zur Lehre vom »Krieg der Klassen« umgewandelt. »Die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft ist die Geschichte von Klassenkämpfen«, heißt es programmatisch im »Kommunistischen Manifest«. In dem Maße jedoch, in dem diese Kämpfe in ein evolutionistisches Schema gepreßt wurden, das die Übernahme der politischen Macht durch das organisierte Proletariat mit geschichtsphilosophischer Notwendigkeit prognostizierte, sickerte der Diskurs der Souveränität in die Rede vom Klassenkampf ein und höhlte sie gleichsam von innen aus. Das Pathos der Befreiung wich staatsmännischem Kalkül. Eine Schlüsselrolle nahm dabei die Dialektik in ihrer Marxschen und mehr noch in ihrer Engelsschen Ausprägung ein: Diese trat zwar als generalisierte Bewegung des Widerspruchs auf, kodifizierte und integrierte jedoch zugleich die Antagonismen als notwendiges Durchgangsstadium für die künftige ebenso umfassende wie rationale Ordnung. In den Staaten sowjetischen Typs schließlich, in denen dem eigenen Anspruch nach die Geschichte der Klassenkämpfe dialektisch aufgehoben war, mutierte der Revolutionsdiskurs zur Verwaltungsprosa einer die gesamte Gesellschaft überziehenden Polizeibehörde, die aus dem »Klassenfeind« eine gleichsam biologische Gefahr machte (Foucault 1986: 52f.).

Die doppelte Verschmelzung von souveräner und revolutionärer Kriegserzählung machte sowohl den Staatsrassismus wie die verstaatlichte Revolution anschlußfähig für den Diskurs der Totalisierung: Zwischen dem nationalsozialistischen und dem sowjetischen totalen Staat besteht dabei jedoch eine fundamentale Differenz: Während der Nationalsozialismus die kriegerische Gewalt gleichermaßen nach innen wie außen entgrenzte, seine Vernichtungsdynamik die Bereit-

schaft zur Selbstvernichtung einschloß und deshalb auch nur gewaltsam von außen aufzuhalten war, radikalisierte die Stalinsche Sowjetunion den Terror gegen die vermeintlichen Feinde im Innern, verfolgte nach außen hin aber eine Strategie der Machtsicherung, was imperialistische Expansion nicht ausschloß, diese jedoch nicht zur raison d´être staatlicher Existenz erhob.

Die Aufteilung der Welt in zwei Machtblöcke nach 1945 mit ihrer Symmetrie nuklearer Overkill-Kapazitäten führte zu einer erneuten Verschiebung zwischen souveränem und revolutionärem Kriegsdiskurs: Im Verhältnis zwischen den Blöcken wurde das Verhältnis antagonistischer Feindschaft zum Kalten Krieg eingefroren, d.h. auf eine Rhetorik wechselseitigen Drohens und Bedrohtseins beschränkt. Beide Seiten produzierten dabei in einem fort das, was Kommunikationstheoretiker eine »double bind«-Situation nennen: Unentwegt betonten sie ihre Kriegsbereitschaft und demonstrierten ihre Kriegsführungsfähigkeit, ließen im gleichen Moment aber durchblicken, daß sie keinesfalls gewillt waren, es wirklich zum großen Show-down kommen zu lassen. Dagegen dominierte im Innern der jeweiligen Einflußsphären der souveräne Diskurs imperialer Pazifizierung. Gleich ob es sich um die Niederschlagung nationaler Aufstände handelte wie 1953 in der DDR, 1956 in Ungarn oder 1968 in der Tschechoslowakei, gleich ob es um die Guerillakämpfe antikolonialer Befreiungsbewegungen ging, stets wurden die Konflikte im Sinne der Ost-West-Spaltung codiert und die Opfer der »Befriedungspolitik« als Agenten, zumindest aber als Wasserträger des jeweils anderen Blocks denunziert. Nachdem schon seit den siebziger Jahren der Kalte Krieg an Virulenz verloren hatte, haben die Erosion der Sowjetunion und der mit ihr verbündeten Staaten auch diese Formation einer spiegelbildlichen Verdoppelung von revolutionärem und souveränem Kriegsdiskurs obsolet werden lassen.

Im Kosovo-Krieg zeichneten sich Konturen einer neuen Konstellation ab: Die Bürgerkriegsparteien berufen sich auf das »Selbstbestimmungsrecht der Nationen« und legitimieren die



Praxis völkischer Segregation aus einer mythischen Geschichtskonstruktion unversöhnlicher Feindschaft. Dem Rückgriff auf die Semantik der revolutionären Kriegserzählung haftet jedoch etwas Hybrides an, das diese zugleich unterminiert: Wenn etwa die serbische Seite zur Rechtfertigung des Anspruchs auf den Kosovo die historische Schlacht am Amselfeld herbeizitiert, so wirkt dieser Rückgriff auf die Vergangenheit eher wie ein PR-Einfall, der das eigene Handeln mit einem Sinn aufladen soll, an den aber weder die Propagandisten noch ihre Zuhörer glauben. Von der ehedem geradezu religiösen Glut kriegsbegründender Mythen ist das augenzwinkernde Einverständnis über eine gute, weil nützliche Story geblieben.

Die NATO und ihre Apologeten wiederum reformulieren den Diskurs der Souveränität im Rekurs auf die Menschenrechte. Die damit verbundene Moralisierung des Krieges dementiert jedoch den erklärten Willen zur Befriedung. Exemplarisch zeigt das Jürgen Habermas´ Essay »Bestialität und Humanität«, ein Lehrstück sou-



Foto: C.Ditsch/version

veräner Kriegserzählung, mit dem der Philosoph des kommunikativen Handelns der deutschen Außenpolitik die rechtsphilosophische Legitimation nachreichte. Habermas rechtfertigt den Krieg als Nothilfe angesichts eines »mörderischen Ethnonationalismus« und deutet die völkerrechtswidrige Intervention um zur militärischen Antizipation einer »durchgehend verrechtlichten kosmopolitischen Ordnung«. Aufgrund des »unterinstitutionalisierten Weltbürgerrechts«, greifbar in der Blockierung des UN-Sicherheitsrats, sei die Menschenrechtspolitik »zum bloßen Vorgriff auf einen kosmopolitischen Zustand [genötigt], den sie zugleich befördern will«. Der offenkundige Rechtsbruch wird so zum vorauseilenden Gehorsam gegenüber einem Noch-nicht-Recht; die Berufung auf künftige Gesetze dient dazu, die Akteure bis auf weiteres von der Verpflichtung auf die geltenden zu entbinden. Aus dem Argument, moralische Normen müßten solange die rechtlichen ersetzen, bis in einem »gemeinsam zu bewältigende[n] Lernprozeß« der »prekäre Übergang von der klassischen Machtpolitik zu einem weltbürgerlichen Zustand« gelungen ist, folgt letztlich ein globaler Interventionszwang. – Menschenrechte werden schließlich in vielen Regionen der Erde verletzt. Weil eine solche Entgrenzung der Kriegführung »weder ökonomisch tragbar, noch politisch durchsetzbar« (Münkler 1999: 683) ist, entscheidet dann doch wieder das machtpolitische Kalkül, wo der »militärische Humanismus« (Ulrich Beck) zuschlägt und wo nicht. Jeder Luftangriff und jede Entsendung von Bodentruppen sind jedoch immer schon gerechtfertigt, wenn sie sich nur auf die Verteidigung der Menschenrechte berufen.

Der israelische Militärhistoriker Martin van Creveld (1998) hat die These aufgestellt, das Zeitalter der modernen Staatenkriege sei vorbei und an ihre Stelle träten low intensity conflicts, die in einer Mischung aus Massaker und Bürgerkrieg dauerhaft dahinschwelen. Manches deutet darauf hin, daß damit auch die Epoche der großen Kriegserzählungen an ihr Ende gelangt. Wenn der souveräne Diskurs keine befriedete Ordnung mehr zu begründen vermag, weil die Moralisierung des Krieges diesen zugleich perpetuiert; wenn der revolutionäre Kriegsdiskurs in der rücksichtslosen Interessenpolitik lokaler Gewaltunternehmer fortwest, die für den Krieg keine andere Begründung brauchen, als daß sie von ihm leben; wenn schließlich der Totalisierungsdiskurs nicht länger den totalen Krieg proklamiert und die apokalyptischen Szenarien wechselseitiger nuklearer Vernichtung auf die ebenso begründete wie diffuse Angst vor unkontrollierter Proliferation der Atomwaffen geschrumpft ist, – dann ist die nicht nur der Krieg, sondern auch die Rede über ihn in der Tat postmodern geworden.

Literatur

Beck, Ulrich. 1992. »Der feindlose Staat.« In: Die Zeit, 23. Oktober

Bredow, Wilfried von. 1995. Die Zukunft der Bundeswehr. Opladen: Leske & Budrich

Clausewitz, Carl von. 1952 (1832). Vom Kriege. Bonn: Dümmler, 16. Aufl.

Creveld, Martin van. 1998. Die Zukunft des Krieges. München: Gerling Akademie

Engell, Lorenz. 1989. Der gedachte Krieg. Wissen und Welt der Globalstrategie. München: Raben

Foucault, Michel. 1986. Vom Licht des Krieges zur Geburt der Geschichte. Berlin: Merve

Habermas, Jürgen. 1999. »Bestialität und Humanität.« In: Die Zeit, 29. April

Ludendorff, Erich. 1939. Der totale Krieg. München: Ludendorffs Verlag

Münkler, Herfried. 1999. »Den Krieg wieder denken. Clausewitz, Kosovo und die Kriege des 21. Jahrhunderts.« In: Blätter für deutsche und internationale Politik, H. 6, Juni, 678-688

Schmitt, Carl. 1932. Der Begriff des Politischen. Berlin: Duncker & Humblot

Sieyès, Emmanuel 1968 (1789). »Was ist der dritte Stand?« In: Abhandlung über die Privilegien. Was ist der dritte Stand?, hrsg. von Rolf Hellmut Foerster, Frankfurt/M.: Insel

Walter Benjamins Wort, seit Bakunin habe es in Europa keinen radikalen Begriff mehr von Freiheit gegeben, benennt das Zentrum anarchistischer Theorie und Praxis: Anarchismus ist Freiheitsbewegung; sein Ziel soziale Ordnung ohne Herrschaft von Menschen über Menschen. Wie die übrigen revolutionären Strömungen des 19. und 20. Jahrhunderts knüpfte auch der Anarchismus an die bürgerliche Emanzipation und das Denken der Aufklärung an, um sie radikalisierend zu überschreiten. Während der sozialdemokratische wie der parteikommunistische Teil der Arbeiterbewegung allerdings die Eroberung der politischen Macht auf ihre Fahnen schrieben, bekämpften die Anarchisten den Staat als mächtigste Zusammenballung organisierter Gewalt. An seine Stelle sollte die freie Assoziation treten, den sozialen Zusammenhang ein Netzwerk freiwilliger, stets kündbarer Vereinbarungen zwischen souveränen Individuen und Gruppen stiften. Der Anarchismus verallgemeinerte das Vertragsdenken des Liberalismus, der uneingeschränkte Freiheit nur für die Sphäre der Ökonomie gelten lassen, auf rechtliche Reglementierung und staatliches Gewaltmonopol zum Schutze des Privateigentums aber nicht gänzlich verzichten wollte.

Dem Ziel der Herrschaftslosigkeit korrespondierte ein anthropologischer Optimismus: Wenn nur die Organe der Unterdrückung und die Ideologien der Autorität abgeschafft wären, so die Überzeugung der Anarchisten, würden die Menschen in spontaner Solidarität ihre Beziehungen regeln. Nicht von Appellen und Petitionen, nicht von Beteiligung an Parlamenten erhofften sie die Befreiung der Gesellschaft, sondern von direkter Aktion und egalitärer Selbstorganisation. Sie propagierten daher Dienstverweigerung, Boykott, Sabotage, Streik bis hin zur allgemeinen Volkserhebung. Ergänzt werden sollten die Aktionen der Nichtzusammenarbeit und Obstruktion durch den Aufbau autonomer, rätedemokratisch organisierter Institutionen: selbstverwalteter Betriebe und Konsumgenossenschaften, freier Schulen oder Siedlungsprojekte. Dem ausgeprägten Voluntarismus der Anarchisten entsprach das moralische Pathos ihrer Schriften: Letztlich sollte alles von der Entscheidung des Einzelnen abhängen, sich in revolutionärer Assoziation mit Gleichgesinnten zusammenzuschließen und die Zersetzung der Macht zu organisieren.

Aus der Kritik des staatlichen Gewaltmonopols folgte zwangsläufig die radikale Opposition gegen seine Exekutoren, insbesondere gegen die Institution des Militärs. Anti-Staatlichkeit war ohne Antimilitarismus nicht zu haben; umgekehrt mußten alle Anstrengungen scheitern, Krieg und Bürgerkrieg aus der Welt zu schaffen, wenn sie nicht zugleich auf die Abschaffung aller staatlichen Macht zielten. Wie für die Anarchisten die Differenzen zwischen Monarchie und Republik gegenüber dem allen Staatsformationen gemeinsamen Prinzip zentralisierter Herrschaft in den Hintergrund traten, so richtete sich ihre Militärkritik gegen jede Form von Heeresorganisation. Es mochte aggressive und weniger aggressive Staaten und Armeen geben, die Durchdringung der Gesellschaft mit soldatischen Wertvorstellungen und Verhaltensnormen mochte ausgeprägter oder weniger ausgeprägt sein – militaristisch war letztlich jedes Militär. Wenn von einem spezifisch anarchistischen Antimilitarismus zu sprechen ist, so kennzeichnet diesen nicht eine originäre Kritik bestimmter Militarismen oder militaristischer Phänomene, sondern die Konzentration auf den konstitutiven Zusammenhang von Staat und Krieg.

Hier liegt auch der wesentliche Unterschied zum Antimilitarismus der marxistisch geprägten Arbeiterbewegung, die zwar das Heer des bürgerlichen Staates als Instrument imperialistischer Expansionspolitik und repressiver Klassenorganisation attackierten, deren Miliz-Konzepte für den kommenden sozialistischen Volksstaat aber trotz aller defensiven Orientierung auf eine Durchmilitarisierung der Gesellschaft hinausliefen – man denke nur an Bebels Vorschläge zur obligatorischen Wehrertüchtigung schon in der Schule.[1] Die Staatsozialisten kritisierten nicht das Prinzip der Subordination unter ein Gesamtinteresse, sondern vielmehr daß die bürgerlichen Staaten eben



dieses Gesamtinteresse zugunsten einer privilegierten Minderheit verrieten. Für die Anarchisten dagegen bedeutete schon die militärische Disziplin (wie die der Partei) den Tod individueller Freiheit; gegen die Zumutungen des Gehorsams proklamierten sie die allgemeine Insubordination. Die strikt antiautoritäre Ausrichtung schärfte ihren Blick sowohl für die sozialpsychologischen Mechanismen der Soldatenfabarikation wie für die Verstaatsbürgerlichung und Militarisierung der sozialdemokratischen und parteikommunistischen Opposition. Auf diese beiden Aspekte konzentriert sich auch der folgende Überblick. Er erhebt nicht den Anspruch einer systematischen Darstellung, so bleibt die Praxis des libertären Antimilitarismus vollständig ausgeblendet, sondern skizziert anhand exemplarischer Fundstücke aus der anarchistischen Publizistik zwei Kernthemen antistaatlicher Militärkritik.

Antimilitarismus avant la lettre

Ich erlaube mir, im Jubiläumsjahr zunächst eine weithin unbekannte Kritik der Revolution von 1848/49,



nur, weil es Staaten gibt

Facetten anarchistischer Militärkritik 1849 - 1934

insbesondere des badischen Aufstands vom Frühjahr 1849, vorzustellen, die lange vor Bakunin, Kropotkin, Landauer oder den Anarchosyndikalisten bereits in nuce alle Argumente des anarchistischen Antimilitarismus enthält. Ihr Verfasser, Christian Gottlieb Abt, ein abgebrochener Theologiestudent und radikaldemokratischer Publizist, veröffentlichte sie im Schweizer Exil wenige Monate nach der gewaltsamen Niederschlagung des Aufstands, der mit einer Meuterei nahezu der gesamten badischen Truppen begonnen hatte. Abt feierte diese Meuterei überschwenglich »als revolutionärsten Act unseres Jahrhunderts (...), vor dem alle Pariser Straßenkämpfe zu kindischen Versuchen herabsinken«: »Tausende von Menschen, zusammengetrieben zu einem abstracten Collectivum, lösten sich, bestimmt durch die Rücksicht auf ihre individuellen Interessen, aufgeklärt über ihren wahren Vortheil, lösten sich auf in ihre natürlichen Bestandtheile, in ihre menschlichen Wesenheiten, Soldaten machten sich zu Menschen.« In diesem Zusammenhang stellte Abt grundsätzliche Überlegungen über die Quellen des militärischen Gehorsams an. Dieser beruhe, so sein Fazit, gleichermaßen auf Gewalt wie auf Moral: »Auf der Gewalt in sofern, als der Einzelne stets die Organisation der Uebrigen als höhere Gewalt sich gegenüber hat, die den geringsten Versuch von seiner Seite, sein Interesse geltend zu machen, schonungslos niederschmettert. Auf der Moral insofern, als dem Einzelnen, eben die freiwillige Unterwerfung unter das Commando, die freiwillige Subordination unter ein ihm fremdes Interesse als sein höchstes solidarisches Interesse erscheint, als das einzige Motiv seiner Thätigkeit gilt. Wie die Unterthanenmoral die wichtigste Stütze der staatlichen, so ist die Soldatenmoral, jene Gesinnung des Einzelnen, welche in der Insubordination das größte Verbrechen, in der Zufriedenheit der Vorgesetzten die größte Befriedigung findet, die Grundlage der militärischen Organisation.« Gegen eine repressionsfixierte Perspektive, die den gehorsamen Soldaten ausschließlich als Opfer militärischer Zwangspraktiken sah, setzte Abt die Erkenntnis, daß keine Herrschaft sich dauerhaft allein auf gewaltsame Unterwerfung stützen kann, sondern der wie auch immer motivierten Loyalität der Befehlsempfänger bedarf.

Bewegte er sich damit noch ganz in den Bahnen traditioneller Kritik an der »freiwilligen Knechtschaft«, wie sie seit dem gleichnamigen Essay des Montaigne-Freunds Etienne de La Boétie als subversive Unterströmung die politische Philosophie der Neuzeit begleitet hatte, so gelangte er im weiteren zu grundlegenden Einsichten in die fatale Dialektik von Revolution und Krieg: Die badische Revolutionsregierung hatte angesichts der Intervention preußischer Truppen vor der Alternative gestanden, entweder kampflos aufzugeben oder das »Fest des Ungehorsams« zu beenden und eine disziplinierte Streitmacht aufzustellen. Mit meuternden Soldaten, die es leid waren, sich gleich von wem herumkommandieren zu lassen, ließ sich weder ein Staat machen noch ein feindliches Invasionsheer zurückschlagen. Trotz angeordneter allgemeiner Mobilmachung und verzweifelter Abwehrkämpfe hatten die Aufständischen schon nach wenigen Wochen vor der preußischen Übermacht kapitulieren müssen. Die militärischen Anführer der Volkswehren und Freikorps gaben nicht zuletzt der mangelnden revolutionären Disziplin die Schuld an der Niederlage. Der Kommandant der badischen Truppen, der polnische General Mieroslawski, forderte gar in jakobinischer Manier, man hätte bei den Revolutionstruppen nicht nur jeder Ausreißerei »durch die furchtbarsten Strafen und ein unnachsichtiges Überwachungssystem« entgegenarbeiten, sondern auch das gesamte »öffentliche Leben in die Feldlager verlegen und daselbst die ganze wehrfähige Nation zur Pünktlichkeit, zur Uniform, zu der heroischen Unempfindlichkeit der regelmäßigen Truppen nötigen müssen« Abt zog die entgegengesetzte Konsequenz und weigerte sich, die durch Aufkündigung des Gehorsams gewonnene Freiheit den militärischen Notwendigkeiten zu opfern: »Wie, ich soll gezwungen werden«, schrieb er, bezogen auf die Ausrufung der allgemeinen Wehrpflicht durch die Revolutionsregierung, »mein Leben aufs Spiel zu setzen, für die Erhaltung von Zuständen, die mich gar nicht interessiren, für die Erhaltung einer Regierung, die meiner Ansicht nach alles verpfuschen muß! Ist das Freiheit, ist das die Errungenschaft der Revolution, das die Frucht meiner langjährigen Opposition gegen die Herrschaft?

Wenn keine Zwangspflicht zu Militärdiensten existirt erwidert man mir, dann kann die Revolution nicht behauptet werden. In diesem Falle, sage ich, hat die Mehrzahl der Bevölkerung kein Interesse für die Revolution und braucht keine Freiheit, und wird sie auch nicht behaupten; wenn aber ihre Interessen an die Revolution geknüpft sind, dann stehen die Kämpfer freiwillig auf, um den Feind ihrer Freiheit zurückzuschlagen. Jede Revolution ist verloren, welche sich nicht auf das Prinzip der Freiwilligkeit stützt, und welche dieses Prinzip nicht zum leitenden Gedanken aller ihrer Maßregeln macht.«

Abts Antimilitarismus avant la lettre speiste sich nicht aus einem Gewaltlosigkeitspostulat, sondern aus seinem radikalen Individualismus. Militärische Organisation und persönliche Freiheit, so seine Überzeugung, schlossen einander aus, und eine Revolution, die diesen Namen verdiente, war nicht mit kriegerischen Mitteln zu verteidigen, ohne ihre Grundlagen zu verraten. Während andere geschlagene Demokraten aus dem Exil das hohe Lied der revolutionären Disziplin sangen, die sie doch nicht hatten organisieren können,9 blieb Abts Urteil aporetisch: »So erfreulich und wünschenswerth auch die Meuterei der badischen Soldaten als politisches Ereigniß erscheinen mußte, als ebenso beklagenswerth und unzweckmäßig mußte sie vom militärischen Standpunkt aus betrachtet werden.«

Der »Sozialist« und »Die Aktion«

Als Abt seine Abrechnung mit der badischen Revolution publizierte, konnte von einer anarchistischen Bewegung noch keine Rede sein. In Frankreich übten zwar Proudhons Schriften – der erste, der das Attibut „Anarchist" zur Selbstbezeichnung wählte – schon seit den frühen vierziger Jahren großen Einfluß auf die junge Arbeiterbewegung aus, doch erst nach 1860 entwickelte sich insbesondere im schweizerischen Jura wie in den romanischen Ländern der Anarchismus unter dem Einfluß Bakunins zu einer sozialrevolutionären Bewegung. In Deutschland wiederum waren es vor allem abtrünnige oder von der Partei ausgeschlossene Sozialdemokraten, die in der Zeit des Sozialistengesetzes die ersten anarchistischen Zirkel bildeten. Die Kritik an der im Vergleich zu den marginalen libertären Keimen übermächtigen Arbeiterpartei nahm deshalb in der anarchistischen Presse großen Raum ein. Anarchistischer Antimilitarismus, das war im Deutschen Kaiserreich zunächst eine publizistische Auseinandersetzung mit dem „proletarischen Patriotismus" und der ausschließlich parlamentarischen Kriegsgegnerschaft der SPD. Zu dieser Engführung trug die staatliche Repression nicht unwesentlich bei, die sich mit besonderer Härte gegen die anarchistischen Organe richtete und eine unzensierte Agitation und erst recht direkte Aktionen massiv behinderte. Solange es nicht offen gegen den Kaiser und sein Militär, sondern gegen die von staatlicher Seite ebenfalls als Vaterlandsverräter diffamierten Sozialdemokraten ging, war die Zensur weniger streng.

In den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg ragten, zumindest in Sachen Antimilitarismus, zwei Zeitschriften und ihre beiden Redakteure aus der radikalen Publizistik in Deutschland heraus: der »Sozialist«, den Gustav Landauer redigierte, und Franz Pfemferts Wochenzeitschrift »Die Aktion«. Beide sahen sich nicht allein als politische, bzw. antipolitische Publizisten. Landauer schrieb selbst literarische Texte und verfaßte zahlreiche literaturkritische und -historische Beiträge; Pfemfert bot mit seiner Zeitschrift den »jungen Wilden« des literarischen Expressionismus ein Forum. Anarchist auch dem eigenen Verständnis nach war von den beiden nur Landauer, der mit dem »Sozialistischen Bund« ein auf kommunitäre Siedlungsprojekte gegründetes Programm der Entstaatlichung verfolgte.14 Pfemfert dagegen ordnete sich – zumindest vor dem Weltkrieg – keiner politischen Organisation zu, sondern wollte mit seiner Zeitschrift, wie er in der ersten Nummer erklärte, »den imposanten Gedanken einer Organisierung der Intelligenz, fördern« und sie zum »Organ des ehrlichen Radikalismus« machen. 1918 schloß er sich zunächst dem Spartakusbund an, fand sich dann bald in der rätekommunistischen Opposition zur KPD wieder und näherte sich in den zwanziger Jahren der anarchosyndikalistischen Freien Arbeiter Union an.

So unterschiedlich der feingeistige Landauer, der Meister Eckart übersetzte, und der Polemiker Pfemfert, der ähnlich Karl Kraus seiner Zeit das Urteil anhand ihrer Zeitungen sprach, im übrigen auch waren, sie trafen sich in ihrer kompromißlosen Ablehnung nationaler Kriegsmobilisierung und des vorauseilenden Gehorsams der Sozialdemokratie. Pfemfert brachte das Programm 1912 auf eine Formel: »In einer Zeit, in der Berufssozialdemokraten es fertigbringen, ein Volksheer, groß und stark an Zahl, zu wünschen, das, bereit dem fremden Eroberer..., in dieser Zeit ist es heilige Pflicht, die Ehre der Vaterlandslosigkeit zu verteidigen.« Landauer erinnerte an die Erkenntnis des »Kommunistischen Manifests«, daß der Proletarier kein Vaterland hat. Der »sozialistisch fühlende Arbeiter«, schrieb er, will keinen Krieg, »weil der Krieg ihm Blut und Tod und Schrecken und Not bedeutet, dabei aber die sämtlichen Interessen der Eroberung- und Staatenpolitik ihn nicht interessieren. Man mag ihm noch so oft sagen, daß die Interessen seiner Unternehmer, solange er im kapitalistischen Staat ein beraubter und entwurzelter Prolet ist, seine eigenen sind und sein müssen, daß es ihm nicht gleichgültig sein kann, wie der Erdball unter den Mächten verteilt wird, er wird immer mit einer Hartnäckigkeit, die dem Staatspatrioten wie Verstocktheit klingen muß, antworten: Mir egal.«

Daß nur eine Minderzahl der Arbeiter, von den Repräsentanten der Arbeiterpartei ganz zu schweigen, in diesem Sinne »sozialistisch fühlte«, das war Landauer wie Pfemfert durchaus bewußt. »Unsere Wirkung beschränkt sich auf einen kleinen Kreis«, konstatierte Pfemfert, »die Parteipapiere beherrschen das Land«. Landauer wiederum entwarf eine politische Psychologie der Deutschen, in der er ihre Kriegs- und Gehorsamsbereitschaft realistisch einschätzte: »Die Deutschen sind in ihrer großen Mehrheit politisch völlige Kinder; die Franzosen übrigens auch. Chauvini-



Foto: C.Ditsch/version

sten, die einen frischen fröhlichen Krieg, wünschen. Malthusianer, die einen Aderlaß für nötig erklären, Oberlehrer, die den Krieg gegen den Erbfeind, predigen, gibt es nicht ganz wenige, und sie haben auch einiges Gefolge, besonders unter den Studierten, Beamten, Handwerken und Bauern. Die allermeisten sind aber für starke und immer vermehrte Rüstungen, bei uns wie in allen Ländern, aus ängstlicher Friedensliebe und dem Wunsche, daß Deutschland, dessen Industrie und Handel seit 1870 einen mächtigen Aufschwung genommen haben, so stark bleibe möge, wie es jetzt ist; Eroberungsgedanken liegen den meisten ganz fern; Elsaß und Lothringen wollen sie behalten, erstens, weil sie von der Schule her gar nichts anderes wissen, als daß das alte deutsche Länder wären, die Frankreich in früheren Jahrhunderten geraubt hätte; zweitens, weil man ihnen gesagt hat, daß diese Länder um der militärischen Verteidigung willen durchaus deutsch bleiben müßten; und drittens, weil sie denken, es sei eine Schande, etwas wieder herzugeben, was man hat. Wenn es nun in der nächsten Zeit auf Grund des Treibens der Regierungen zum Krieg kommen sollte, werden die deutschen Sozialdemokraten kaum eine größere Rolle spielen als 1870, trotz ihren vielen Wählern; darüber sollte sich niemand einem Zweifel hingeben. Das liebe deutsche Volk wird in seiner Gesamtheit tun, und zwar mit Begeisterung und Pflichttreue tun, was die Beamten befehlen.«

So realistisch eine solche Prognose auch war, ein antimilitaristisches Aktionsprogramm ließ sich schwerlich darauf gründen. Solange die Menschen im Bann der Staatlichkeitsideologie standen, blieb dem konsequenten Kriegsgegner nur das individuelle Bekenntnis seiner Überzeugung ohne die Hoffnung, damit den Lauf der Geschichte aufhalten zu können. Landauer steigerte denn auch Pfemferts Einschätzung vom beschränkten Wirkungskreis zu einem geradezu lutherischen »Ich stehe hier und kann nicht anders«: »Kriege gibt es nur, weil es Staaten gibt; und solange wird es Kriege geben, als es Staaten gibt. Die armen betörten Menschen glauben, es sei umgekehrt, und die Staaten mit ihrer Militärmacht seien nötig, weil sonst der Feind käme und das Volk unterjochte; jedes Volk hält sich für friedlich, weil es weiß, daß es friedlich ist; und hält den Nachbarn für kriegerisch, weil es die Regierung des Nachbarn für den Vertreter des Volksgeistes nimmt. Alle Regierungen sind am letzten Ende kriegerisch, weil ihre Aufgabe und ihr Beruf die Gewalt ist. Wer also den Frieden wahrhaft will, muß wissen, daß er vorerst in jedem Lande nur der Sprecher einer ganz kleinen Minderheit ist, und darf seine Entschließungen nicht von irgendwelchen politischen Parteien abhängig machen. Mag doch die törichte Welt sein wie sie will – wenn nur ich vor meinem Gewissen meine Pflicht tue.«

Geschrieben im März 1913. Zwei Jahre zuvor hatte Landauer noch für einen Generalstreik im Falle akuter Kriegsgefahr agitiert, genauer gesagt: zu agitieren versucht: Eine aus seiner Feder stammende, aber nicht namentlich gezeichnete Flugschrift »Die Abschaffung des Krieges durch die Selbstbestimmung des Volkes« war zwar in einer Auflage von 100.000 Exemplaren gedruckt, aber noch vor ihrer Verteilung polizeilich beschlagnahmt und vernichtet worden. Herausgegeben hatte sie ein »Ausschuß für den freien Arbeitertag in Deutschland«, den Landauers »Sozialistischer Bund« ins Leben gerufen hatte, um internationale antimilitaristische Aktionen zu beraten. Landauer erklärte in der Broschüre einem imaginären Dialogpartner nicht nur die zwingende Kraft einer allgemeinen Arbeitsniederlegung, sondern setzte sich auch mit den Argumenten auseinander, die seitens der sozialdemokratischen Mehrheit gegen die General- bzw. Massenstreikforderungen ins Feld geführt worden waren. Dem Einwand Kautskys etwa, ein Streik bei Kriegsbeginn komme zu spät und müsse angesichts der zu erwartenden nationalen Hysterie und staatlichen

Ausnahmegesetze für die Arbeiterbewegung fatale Folgen haben, stimmte Landauer zwar im Grundsatz zu und forderte deshalb, den Streik schon auszurufen, wenn »feststeht, daß eine oder mehrere Regierungen den Krieg wollen«. Um so schärfer jedoch war seine Kritik am Attentismus der SPD, den er als eigentlichen Antrieb der konsequenten Obstruktionspolitik ausmachte, mit der die sozialdemokratische Mehrheit jede Festlegung der Zweiten Internationale auf direkte Aktionen gegen den Krieg sabotierte. Deren »ganze schlaue Beweisführung«, schrieb er, »geht ja von den Furchtsamen aus, deren Prinzip es ist, daß das Heil aus der unheilvollen Tätigkeit der Herrschenden und Bevorzugten und aus dem Abwarten der Arbeiter kommen muß. Diese ungehinderte Tätigkeit der Regierenden in Verbindung mit dem überzeugungstreuen Nichtstun der Gedrückten nennen sie Entwicklung.« Gegen den ebenso fortschrittsgewissen wie lähmenden Geschichtsdeterminismus setzte Landauer den Vorrang des Wollens: »Das ist das Verderben, das über die Menschen unserer Zeit gekommen ist, daß sie äußere, bewiesene, verbriefte Sicherheiten haben wollen. Gerade dadurch werden die äußeren Unsicherheiten ihrer Lage und das innere Schwanken ihres Gemüts und ihrer Gesinnung nur immer ärger. Wo es um das letzte Mittel zur Abwendung gräßlicher Gefahr geht, da kann uns kein Gott und kein Marx bare Sicherheit auf den Tisch zählen. Innen müssen wir die Sicherheit haben, die noch immer den Weg zum Sieg gewiesen hat, und diese Sicherheit hat den Namen Tapferkeit. Wir müssen den Willen haben, und wir müssen´s versuchen.«

Wo Landauer das Pathos des Beginnens beschwor, schüttete Pfemfert seinen Spott über die sozialdemokratische »Revolutions G.M.B.H« aus – »G.M.B.H« stand für »Gesellschaft mit besonnener Haltung« –, zu deren Charakterisierung ihm ein abgedroschener Kalauer gerade gut genug erschien: »›Ick möchte mal wieder nach Norderney.‹ – ›Wieder?‹ – ›Ich habe schon mal gemöcht.‹ (...) Sie hat immer nur gemöcht, diese deutsche Sozialdemokratie, dabei blieb sie. Nie hat sie versucht, ein revolutionäres Vorhaben kühn zu beginnen, nein, so unvernünftig war sie nie. Sie hat nur immer gemöcht.« Daß die Parteimehrheit regelmäßig alle Massenstreikanträge niederstimmte, gleich ob sie von den Linken in den eigenen Reihen stammten oder von Schwesterparteien aus anderen Ländern eingebracht wurden, das erschien Pfemfert nicht als Verrat, sondern als überfälliger Abschied von einem bloß verbalen Radikalismus: die Sozialdemokratie hörte auf »vorzutäuschen, was sie nicht ist«. Aus seiner Sympathie mit Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, den »einzige(n) ernsthafte(n) sozialdemokratisch(en) Antimilitarist(en)«, machte er keinen Hehl, für ihre trotz aller Niederlagen – zumindest vorerst noch – unverbrüchliche Treue zur Partei brachte er jedoch kein Verständnis auf: »Rosa Luxemburg ist klug, geistreich, temperamentvoll, ehrlich. Aber sie hat in der netten Sozialdemokratie, wie sie heute ist, nichts mehr zu suchen. Alles, was sie über den Generalstreik sagt, ist unwiderlegbar. Aber es muß als Unsinn wirken, da sie es innerhalb der Sozialdemokratie sagt.«

Kultursozialistische Gegenentwürfe wie Landauers »Bund«, dessen Mitglieder sich genossenschaftlich organisieren und so gemeinschaftlich ihren Austritt aus Staat und Kapitalismus ins Werk setzen sollten – Landauer nannte das »aktiven Generalstreik« –, waren Pfemferts Sache nicht. War Landauer Antimilitarist, weil er Anarchist war, so verhielt es sich bei Pfemfert umgekehrt: Seine Invektiven gegen den wilhelminischen Staat und dessen staatsfromme Opposition speisten sich aus einem kompromißlosen Antimilitarismus, der die Ideologie der Nation als Treibmittel militärischer Mobilmachung durchschaute: »Die Sozialdemokratie ist stolz auf ihren Internationalismus. In Wahrheit handelt es sich nicht darum, international zu sein, sondern antinational. In Wahrheit ist der Internationalismus Humbug, Schwindel, Phrase. Und es sind nur feige Ausflüchte, wenn man zwischen Nationalismus und Chauvinismus einen Unterschied feststellen möchte. Es gibt hier keinen Unterschied; es ist keine Frage der Vernunft, es ist lediglich eine Angelegenheit des Zufalls, wann die Krankheit Nationalismus chauvinistische Fieberzustände bringt.« Als die »chauvinistischen Fieberzustände« dann im August 1914 epidemisch wurden, gehörten Landauer und Pfemfert zu den mehr als raren publizistischen Stimmen in Deutschland, die sich nicht von der Kriegseuphorie anstecken ließen. Klarer als andere hatten sie das Unheil kommen sehen, aufhalten konnten sie es nicht.



Immer wieder rückte er von der Gewalt ab, aber niemals um jeden Preis.

Hatte vor dem Weltkrieg die Abgrenzung von der Sozialdemokratie die anarcho-antimilitaristischen Debatten dominiert, so rückten in den zwanziger Jahren zwei andere Probleme ins Zentrum der Auseinandersetzung: Zum einen stellten die Industrialisierung und Totalisierung der Kriegführung die traditionellen Kampfmittel des Antimilitarismus in Frage, zum anderen nötigten die Ereignisse in Rußland die Anarchisten dazu, ihr Verhältnis zur revolutionären Gewalt und zur militärischen Verteidigung der Revolution zu klären. Anarchismus in den zwanziger Jahren bedeutete Anarchosyndikalismus, revolutionäre Gewerkschaftsbewegung, die politische Organisation strikt ablehnte und sich ganz auf den ökonomischen Kampf konzentrierte. Während der unruhigen Jahre nach dem Kriegsende konnten die syndikalistischen Grup-



Foto: C.Ditsch/version

pen in Deutschland in einigen Branchen und Regionen zeitweise erheblichen Einfluß gewinnen, in der Stabilisierungsphase der Republik nach 1923 schrumpften sie jedoch wieder auf das Vorkriegsniveau von einigen tausend Mitgliedern.

Antimilitarismus war für die Anarchosyndikalisten elementarer Bestandteil einer gleichermaßen antistaatlichen wie antikapitalistischen Strategie, welche »die Befreiung der Arbeiterklasse durch die Arbeiterklasse selbst« mittels direkter Aktionen gipfelnd im Generalstreik zu erreichen hoffte. Klassenkampf und Kampf gegen Krieg und Militär mußten dabei schon deshalb zusammenfallen, weil die im Weltkrieg deutlich gewordene Tendenz zur gesamtgesellschaftlichen Kriegführung Aktionsformen zur Wirkungslosigkeit verdammte, die sich allein gegen die Institution Militär richteten: Die Kriegsvorbereitung, schrieb 1929 Arthur Müller-Lehning, Sekretär des anarchosyndikalistischen »Internationalen Antimilitaristischen Büros«, ist »heute ganz auf maschinelle und wissenschaftliche Kriegsmittel konzentriert: auf Tanks, U-Boote, Flugzeuge und Giftgas. Weil Verkehrsflugzeuge im Kriegsfall zum militärischen Bereich zu zählen sind, weil die chemischen Industrien ohne weiteres auf die Produktion von Giftgas umgestellt werden können und andere wichtige Industriezweige – so die Petroleum-Industrie – unentbehrliche Kriegsprodukte herstellen, ist eine Unterscheidung zwischen friedlicher Produktion und Kriegsproduktion unter kapitalistischen Bedingungen nicht mehr möglich. Das ganze gesellschaftliche Leben im Kapitalismus, das durch seine ökonomischen Grundlagen den Krieg notwendigerweise immer wieder verursacht, ist zugleich zu einer einzigen Kriegsproduktionsstätte und zu einem einzigen Kriegslieferanten geworden. Kriegsursache, Kriegsvorbereitung und Kriegsinteressen sind einfach nicht mehr zu unterscheiden. Die Richtigkeit der Auffassung des revolutionären Antimilitarismus, daß Krieg und Kapitalismus unverbrüchlich zusammengehören und nur gemeinsam zu bekämpfen sind, war niemals deutlicher als jetzt. (...) Die Entwicklung der modernen Kriegstechnik hat dazu geführt, daß eigentlich kein anderes Mittel übrigbleibt als der Kampf gegen den Kapitalismus selbst.«

Die antimilitaristischen Analysen nahmen die zeitgenössischen Diagnosen einer Totalisierung der Kriegführung auf, die führende Militärs und Protagonisten der politischen Rechten verbreiteten, und wie diese sahen auch sie im Krieg die raison d´être staatlicher Existenz. Doch während Ludendorffs, Soldans oder Jüngers Lehren vom »totalen Krieg« selbst Teil jener »totalen Mobilmachung« waren, die sie beschworen, zogen die linksradikalen Kriegsgegner die entgegengesetzte Konsequenz und propagierten eine alle gesellschaftlichen Bereiche umfassende totale Kriegsdienstverweigerung – wohl wissend, daß zwischen der Einsicht in das Notwendige und den eigenen organisatorischen Möglichkeiten eine große Lücke klaffte. Ihren deutlichsten Niederschlag fand diese Gegen-Totalisierung und Gegen-Mobilisierung in einem geradezu enzyklopädischen »Streitplan gegen Krieg und Kriegsvorbereitung«, den der niederländische Anarchist und Antimilitarist Bart de Ligt 1934 auf einer Konferenz der Internationale der Kriegsdienstgegner vorlegte. De Ligt listete darin für sämtliche Berufsgruppen spezifische Möglichkeiten der antimilitaristischen Propaganda, der Verweigerung, des Boykotts und der Sabotage in Friedenszeiten wie im Fall von Mobilmachung und Krieg auf und nahm damit vieles von dem vorweg, was – gekappt um den sozialrevolutionären Impetus – seit den sechziger Jahren von pazifistischer Seite unter dem Schlagwort der Sozialen Verteidigung propagiert wird. Daß er alle Maßnahmen strikt auf das Prinzip der Freiwilligkeit gründete, verstand sich für einen Anarchisten von selbst; daß die vorgeschlagenen Aktionen auch die Aufforderung zur Zerstörung und Unbrauchbarmachung von Kriegsgerät sowie der kriegswichtigen Transport- und Kommunikationsmittel einschlossen, stand durchaus in Übereinstimmung zum Gewaltlosigkeitspostulat de Ligts, der allein menschenverletzende oder tötende Handlungen konsequent ablehnte und im übrigen betonte, wenn man die Wahl habe, »sollte man es immer vorziehen, Kriegsmittel – in Zeiten der Mobilisierung und Krieg ist sozusagen alles ein Kriegsmittel – in Mittel des Friedens umzuwandeln als sie zu zerstören«.

Über die Gewaltfrage herrschte innerhalb der anarchosyndikalistischen Gruppen keineswegs Konsens: Verfechter prinzipieller Gewaltlosigkeit, die sich auf Tolstoj oder Gandhi beriefen, standen neben Vertretern einer taktisch begründeten Kritik der revolutionären Gewalt, wie sie Müller-Lehning und sein Kollege im Internationalen Antimilitaristischen Büro Albert de Jong formulierten; diesen standen wiederum Positionen gegenüber, die den Aufbau bewaffneter Milizorganisationen forderten.

Eine erste Auseinandersetzung mit dem »roten Militarismus« hatte bereits 1921 der unter dem Pseudonym Pierre Ramus publizierende öster-

reichische Anarchist Rudolf Grossmann verfaßt. Für ihn war es keine Frage, »daß der Antimilitarismus auch den rein defensiven Krieg einer volkstümlichen, revolutionären Regierung oder einer sowjetistischen (sic!) Diktaturminorität oder des sogenannten ,kommunistischen, Proletarierstaats nicht anerkennen kann. (...) Die Ähnlichkeit zwischen bürgerlichem Staat und sowjetdiktatorischem Proletarierstaat wächst und wird zur Identität, wenn wir ihre beiderseitigen Methoden in der Kriegführung vergleichen. Beide besitzen einen Militarismus, der auf zwangsweiser Unterwerfung des Individuums und seiner Individualität beruht, auf der allgemeinen Wehrdienstsklaverei; beide bedienen sich des Volkes und insbesondere des Proletariats gegen die Klassenbrüder des anderen Volkes zur Durchsetzung von vor allen Dingen dem Staate und seinen Machtkoterien förderlichen Interessen; beide geleiten somit zu einem internationalen Völkergemetzel, dessen Wesensgehalt eine gegenseitige Hinschlachtung von Bauern und Arbeitern bildet, gerade aber die das Staats- und Kriegsprinzip verkörpernden und organisierenden Persönlichkeiten in völliger, oftmals feiger Sicherheit beläßt, dies um so mehr, je höher diese in ihrer staatlich geschützten Machtposition stehen.« Der marxistischen Losung von der »Bewaffnung des Proletariats« hielt er entgegen, sie übersehe zum einen, »daß in allen modernen Kriegen, besonders im Weltkrieg, das Proletariat das von allen Staaten meist bewaffnete Soldatenkontingent war und sich in seiner überwiegenden Mehrheit als gefügiges Instrument der Kriegsmordbestialität erwiesen hat«, zum anderen belasse sie »dasjenige innerhalb der Gesellschaft unangetastet (...), was für die ausbeuterischen und machtgierigen Elemente der Bourgeosie und Gegenrevolution das Allerwichtigste ist: Die Waffen, die Munition und die Fortführung wie Steigerung ihrer Produktion.« Einer Invasion fremder Truppen werde eine anarchistisch-kommunistische Gemeinschaft daher keinerlei militärischen Widerstand entgegensetzen, sondern »ein wohl föderativ miteinander verbundenes, sonst aber über das ganze Land verstreutes Widerstandselement des passiven Ungehorsams (...), welches die sozialwirtschaftlichen Mittel der Obstruktion, der Sabotage und des passiven Widerstandes vereint zur Anwendung bringt«.

Anders als de Ligt und Grossmann/Ramus wandten sich Lehning und de Jong gegen militärische Methoden in der sozialen Revolution nicht aufgrund einer Doktrin der Gewaltlosigkeit, sondern »einfach auf Grund revolutionärer Nützlichkeitsüberlegungen«. In ihrer publizistischen Debatte mit dem französischen Syndikalisten Lucien Huart kritisierten sie dessen Milizkonzepte als hoffnungslos antiquiert. »Wir werden uns von der revolutionären Romantik einer gewalttätigen revolutionären Tradition befreien müssen, sei es auch, daß in dieser Tradition der heroischte Kampf der Arbeiterklasse seit einem Jahrhundert verkörpert ist.« Das technische Niveau der Kriegführung diktiere auch einer revolutionären Militärorganisation die Mittel des Kampfes; in einer Zeit der »guerre totale« müsse daher der militärisch geführte Klassenkampf zur »guerre sociale totale« eskalieren. Das bringe nicht nur die Gefahr einer politisch-militärischen Diktatur mit sich, sondern laufe in der Konsequenz auch auf die »Vernichtung der eigenen Massen oder der des Gegners« hinaus, was nichts mehr mit »Organisation der Revolutionsverteidigung«, um so mehr aber mit organisiertem Wahnsinn zu tun habe.

Achtzig Jahre zuvor war Christian Gottlieb Abt in seiner Kritik der badischen Revolution auf das gleiche Dilemma gestoßen, doch während er es nur hatte benennen können, glaubten die Anarchosyndikalisten der Zwischenkriegszeit einen Ausweg aus der fatalen Alternative von Militarisierung oder kampfloser Niederlage der Revolution aufzeigen zu können – nicht militärische, sondern »ökonomische Wehrhaftigkeit«: »Die Macht des Staates basiert hauptsächlich auf der Passivität des Volkes, auf seiner passiven Mitwirkung. Bei einem wohlorganisierten passiven Widerstand fällt der Staat in sich zusammen. Das zweckmäßigste Mittel, den Staat zu vernichten, ist seine Ausschaltung aus dem gesellschaftlichen Leben. Gegenüber dem passiven Widerstand auf ökonomischem Gebiet, gegen Steuerverweigerung, Boykott und Non-Cooperation ist die militärische Gewalt des Staates machtlos, wie der Kampf in Britisch-Indien bewiesen hat.«

Die Kritik der revolutionären Gewalt hinderte Arthur Müller-Lehning und andere anarchosyndikalistische Antimilitaristen nicht daran, sich wenige Jahre später im spanischen Bürgerkrieg auf die Seite der Confederación Nacional de Trabajo (CNT) zu stellen. Nicht ohne Kritik an den Militarisierungsprozessen innerhalb der anarchosyndikalistischen Gewerkschaftsorganisation, aber doch überzeugt, daß der Putsch der faschistischen Franco-Truppen und die Verteidigung der in einigen Regionen kurzzeitig verwirklichten Ansätze freiheitlich-kommunistischer Gesellschaftsorganisation auch bewaffneten Widerstand verlangte. Man mag darin einen Bruch mit den theoretischen Positionen sehen – und Bart de Ligt etwa hielt ihnen genau das vor –, aber in der politischen Konfrontation zumal angesichts der faschistischen Gewalt ließ sich der Gegensatz zwischen Krieg und Revolution nicht zu einer Seite hin auflösen. Die Geschichte sperrte sich gegen allzu eindeutige Antworten. Vielleicht macht gerade das die Radikalität des anarchistischen und anarchosyndikalistischen Antimilitarismus aus: Immer wieder rückte er von der Gewalt ab, aber niemals um jeden Preis.

Anmerkungen

1 „Die Ausbildung der Mannschaften muß dahin gehen, die männliche Jugend so früh als möglich für den Dienst als künftige Vaterlandsverteidiger vorzubereiten. (...) Alle diese Übungen hätten etwa mit dem vollendeten zehnten Lebensjahr zu beginnen und währten bis zum Abgang von der Schule. Vom vollendeten elften oder zwölften Lebensjahr könnten Uebungen mit zweckentsprechend nachgebildeten Waffen vorgenommen werden, verbunden mit Recognoszierungsmärschen und Felddienstübungen. Die Jugend würde sich allen diesen Uebungen zweifellos mit großem Feuereifer widmen" (August Bebel: Nicht stehendes



"Germania"

Die Bronzeplastik auf dem Freiburger Hauptfriedhof stammt von Carl Albiker, der noch andere Städte mit dem Mythos von Heimat und völkischer Stärke "ermutigen" wollte. Bei ihrer "Einweihung" 1929 ermahnte der damalige Freiburger Bürgermeister Bender die Lebenden, "das große Werk der Rettung, Befreiung und des Wiederaufbaus unseres Volkes ... zu Ende zu führen".

Carl Albiker konnte sich demzufolge auch an die neue Zeit nach 1933 gut anpassen, er behielt seinen Lehrstuhl an der Uni Dresden bis 1945 (ganz im Gegensatz zu Dix oder Kokoschka) und produzierte fleißig Monumentalplastiken für das NS-Regime.

Die "Germania" auf dem Freiburger Hauptfriedhof ist das ganze Jahr mit frischen Blumen geschmückt. Zum "Volkstrauertag" findet eine städtisch organisierte Kranzniederlegung statt - zu diesem Anlaß finden sich am Sonntagmorgen in trauter Einigkeit der Oberbürgermeister (SPD), VertreterInnen der Parteien von REP bis Grüne, Veteranen und Burschenschafter ein.

Dieses Jahr erwartete sie eine moderne "Germania". Eine Soldatin der neuen Generation: humanitär, sanitär, sauber, computertechnisiert - das Blut tropft wohldosiert und nahezu unsichtbar aus einer Infusionsflasche und hinterläßt nur eine unauffällige Blutlache auf dem Boden.

Gruppe E.i.k.e, Freiburg



TKDV-Berufungsverhandlung: Christof Haug zu 8 Monaten auf Bewaehrung verurteilt

Die 70. Strafkammer am Landgericht Berlin hat den totalen Kriegsdienstverweigerer Christof Haug zu einer achtmonatigen Freiheitsstrafe zur Bewährung verurteilt. Ihm wird Fahnenflucht und Gehorsamsverweigerung in drei Fällen vorgeworfen. In der ersten Instanz erhielt er im Juni 1998 vom Amtsgericht Tiergarten eine 11-monatige Freiheitsstrafe ohne Bewährung. Diese Strafe war das härteste Urteil gegen einen Totalen Kriegsdienstverweigerer seit Wiedereinführung der Wehrpflicht in Berlin. Die Kosten des Berufungsverfahrens wurden ihm zu zwei Dritteln auferlegt, ein Drittel trägt die Landeskasse.

Auch vor dem Landgericht bestätigte Christof Haug die äusseren Umstände der gegen ihn erhobenen Vorwürfe. Er machte nochmals deutlich, dass für ihn die Wehrpflicht verfassungswidrig ist. Er legte dar, in welcher Weise die Wehrpflicht massiv Grund- und Persön-

lichkeitsrechte verletzt. Daher sei sein konsequentes Verhalten gegen die Wehrpflicht verfassungskonform und nicht zu bestrafen.

Sein Rechtsanwalt Joerg Czech plädierte auf Freispruch. Da die Wehrpflicht nicht mehr verfassungskonform ist, sei die Einberufung rechtswidrig ergangen. Christof Haug ist deshalb niemals Soldat geworden, daher könne er die ihm zu Last gelegten Straftatbestände nach dem Wehrstrafgesetz auch nicht erfüllt haben. Hilfsweise beantragte er die Aussetzung des Verfahrens, um die Verfassungsmässigkeit der Wehrpflicht durch das Bundesverfassungsgericht überprüfen zu lassen.

Der vorsitzende Richter, Dr. Sasse, sieht keine Anhaltspunkte für eine Verfassungswidrigkeit der Wehrpflicht. Die Abschaffung oder Beibehaltung der Wehrpflicht sei eine politische Frage. Hingegen konsternierte die Staatsanwaeltin Jäger zumindest nachvollziehbare Argumente, die Haug und sein Rechtsanwalt gegen die Wehrpflicht vorgebracht haben. Sowohl Staatsanwältin als auch das Landgericht betonten aber, dass die Wehrpflicht verfassungsrechtliche Wirklichkeit sei. Daher müsse das geltende Recht angewendet werden.

Gegen dieses Berufungsurteil werden Christof Haug und sein Rechtsanwalt Revision einlegen.

Christof Haug, dessen Antrag auf Kriegsdienstverweigerung abgelehnt worden war, folgte seinem Einberufungsbescheid im Januar 1996 nicht.

Erst im September jenes Jahres fassten ihn Feldjaeger in Süddeutschland und brachten ihn in die Eutiner Kaserne. Dort blieb er in Zivil und verweigerte alle ihm erteilten Befehle. Nach insgesamt 53 Tage Arrest erhielt er ein Dienstverbot.

SAC-Aktivist von Faschisten ermordet

Ein langjaehriger Aktivist der SAC (Sveriges Arbetaren Confederation - Schwedische syndikalistische Gewerkschaft) wurde von Faschisten ermordet.

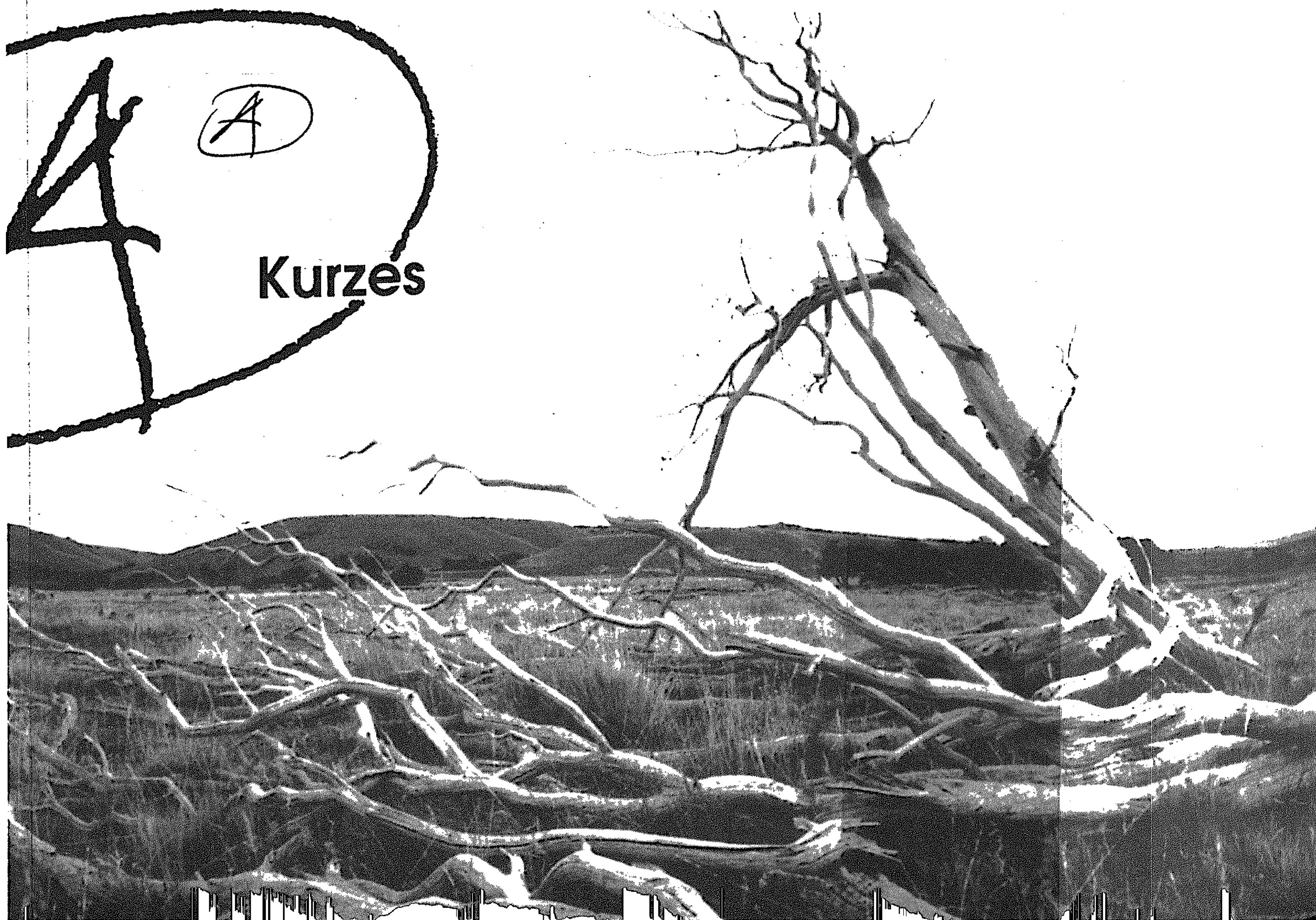
Drei Schüsse wurden ausserhalb seiner Wohnung im Stockholmer Vorort Saetra auf den vierzig Jahre alten Aktivisten abgefeuert, einer davon traf direkt in den Kopf (zwei trafen das Herz, der Übersetzer).

Der Aktivist spielte eine wichtige Rolle bei der Bloßstellung des bekannten Faschisten Robert Vesterlung an seiner Arbeitsstelle im südlichen Stockholm. Der Faschist hatte das Vertrauen seiner Kollegen gewonnen und wurde zum Ortsvorsitzenden der Gewerkschaft gewählt. Nachdem er bloßgestellt worden war, wurde er von seinem Gewerkschaftsposten entfernt, später wurde auf Druck von Gewerkschaftsfunktionären ausgeschlossen.

In Zeitungsartikeln wird Vesterlung mit dem Spruch zitiert "It's time to get tough. (Es ist Zeit hart zu werden)"

Danach heftete sich Vesterlund an die Fersen unseres Aktivisten und bestellte unter anderem dessen Paßfoto (nach schwedischem Recht ein öffentliches Dokument).

Vesterlund war dieses Jahr bereits in einen Autobombenanschlag verwickelt, bei dem ein antifaschistischer Journalist und dessen 8-jährige Tochter schwer verletzt wurden - trotzdem wurde er dazu nie von der Polizei vernommen. Er ist Mitglied in der notorisch gewalttätigen schwedischen Nazigruppe



"Ariska Broderskapet (Arische Bruderschaft).

Vesterlund's faschistische Karriere begann bei der Jugendorganisation der faschistischen Partei "Sverigedemokraterna (Sweden Democrats)".

Im Zusammenhang mit dem aktuellen Mord hat die Polizei am späten Abend des 14. Oktober drei Faschisten festgenommen.

Am 23. Oktober will die SAC in ganz Schweden Mahnwachen durchführen, um gegen faschistische Gewalt zu demonstrieren und unserem gefallenen Genossen zu gedenken. Ähnliche Aktionen von Menschen, die ihre Solidaritaet zeigen wollen, werden unterstützt.

Die Antifaschistische Aktion weiss allzu gut, welche Faschisten zu solchen Taten fähig sind. Solange der schwedische Staat weiter antifaschistische und außerparlamentarische Kräfte als "Staatsfeind Nr. 1" darstellt und angesichts faschistischer Gewalt tatenlos zusieht, solange sind wir gezwungen, uns selbst zu verteidigen.

Die beste Verteidigung ist (ein guter) Angriff. Keine Faschisten auf unseren Strassen!

AntiFascistisk Aktion-Stockholm
Box 381 96
100 64 Stockholm
+46-739 98 01 59 [new]
PG 4849894-3
afastockholm@motkraft.net
www.motkraft.net/afa

Demonstrationen gegen Faschismus, Nazismus und Rassismus

Am Samstag, den 23.10.99 fanden in ganz Schweden Demonstrationen im Gedenken an das unlängst ermordete SAC-Mitglied Bjoern Soederberg statt. Insgesamt zeigten ca. 40 000 Menschen in 20 verschiedenen Städten Schwedens ihre Trauer und Wut. Es war die grösste antifaschistische Aktion in Schweden seit dem zweiten Weltkrieg.

Bjoern Soederberg wurde am 12.10. hingerichtet, nachdem er öffentlich gemacht hatte, dass ein aktiver Faschist zum Obmann in eines Gewerkschaftsclubs gewaehlt worden war.

Am frühen Morgen des 23.10. explodierte eine Bombe vor dem Büro der SAC in der Kleinstadt Gaevle. Das Büro befindet sich in dem Gebäude, das der Geburtsplatz von Joe Hill war, einer Hauptfigur innerhalb der schwedischen und amerikanischen, revolutionären syndikalistischenen Linken.

Joe Hill verließ Schweden und emigrierte in die USA. Dort machte er sich in der IWW ("Industrial Workers of the World") [bei den Wobblies, als Organisator und singender Agitator einen Namen. In einem Justizmordprozess wurde er zum Tode verurteilt und exekutiert.Anm. LPA).

Die Explosion war ein offensichtlicher Versuch, die Menschen so einzuschüchtern, dass sie nicht an den Demonstrationen teilnehmen. In Gaevle nahmen trotzdem 2000 Menschen an der Demonstration teil.

In Stockholm kamen 20.000 Menschen zusammen, um die Reden von SAC-Mitgliedern und 3 anderen Zentralgewerkschaften zu hören. Ein anarchafeminstischer Chor sang antifaschistische Kampflieder und auch ein Vertreter vom Netzwerk gegen Rassismus hielt eine Rede. Rote, schwarze und libertär inspirierte Fahnen dominierten auf der Bühne.

In Göteborg nahmen 8000 Menschen an der Demonstration teil, Reden wurden gehalten, unter anderem von *Helmut Kirschey* (deutscher Antifaschist und Anarchosyndikalist, FAUD und DAS-Mitglied, Freiwilliger in der spanischen Revolution).

In der südschwedischen Stadt Malmö nahmen ungefähr 1000 Leute teil und die Liste ähnlicher Demonstrationen ließe sich bis in den weiten Norden des Landes fortsetzen.

Die Herausforderung, die den schwedisch antirassistischen, syndikalistischen und gewerkschaftlichen Bewegungen jetzt bevorsteht, ist die, ihre Möglichkeiten zusammen zu nutzen, um die Mobilisierung der gesamten schwedischen Arbeiterklasse fortzusetzen - um den Faschismus zu treffen, egal wann und wo er sein hässliches Gesicht zeigt.

kurt svensson
c/o brand
box 150 15
104 65 Stockholm
Schweden
ksvensson@motkraft.net

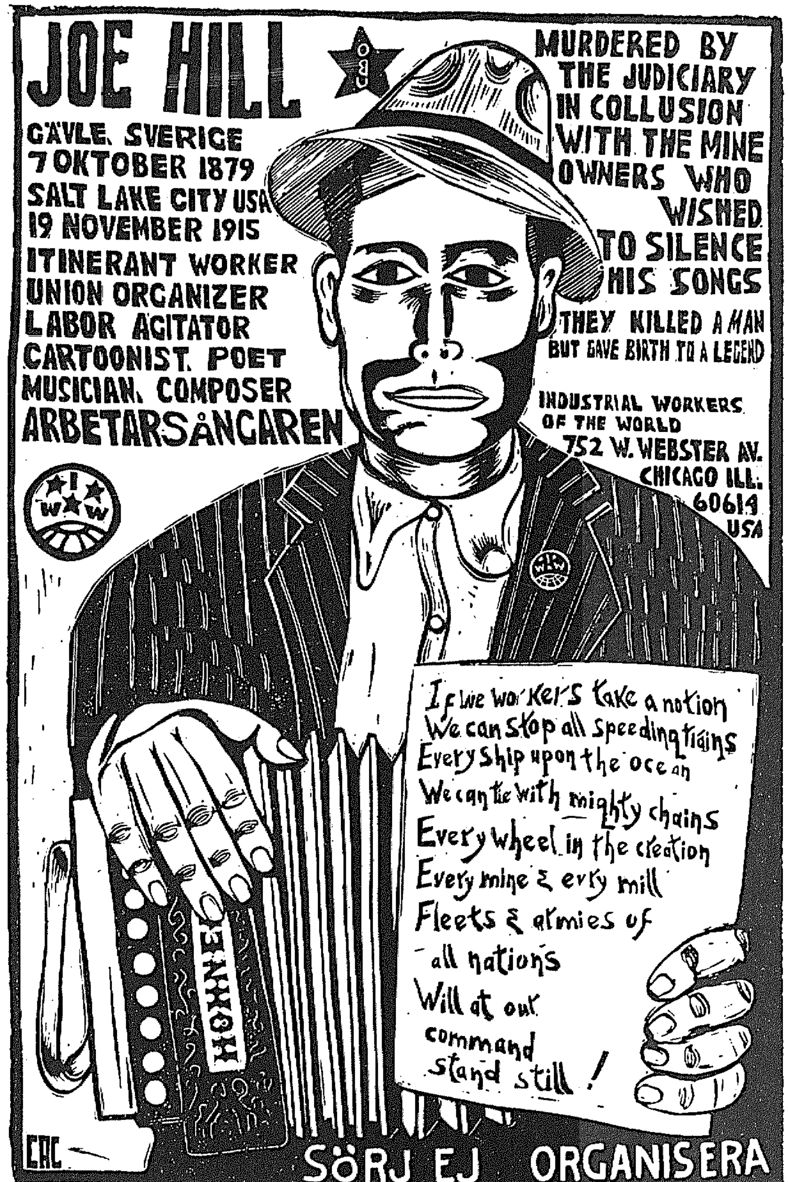
Hamburger Abendblatt vom 25.10.99:

Die Todesliste der Neonazis - Killerkommandos: Hunderte Schweden leben in Angst

Stockholm - In Schweden wächst die Angst vor rechtsradikaler Gewalt. Im ganzen Land gingen Tausende auf die Strasse, um an die Ermordung eines 41-jährigen Gewerkschafters durch Neonazis zu erinnern. Zum ersten Mal schlossen sich alle Gewerkschaften des Landes zu dieser gemeinsamen Aktion zusammen. Wenige Stunden zuvor war ein Sprengstoffanschlag auf ein Büro der Gewerkschaftsorganisation SAC in der ostschwedischen Stadt Gaevle verübt worden. Verletzte gab es dabei jedoch nicht. Allein in Stockholm folgten bis zu 8000 Menschen dem Demonstrationsaufruf. An der Kundgebung auf dem zentral gelegenen Bürgerplatz nahmen auch Vertreter der sozialdemokratischen Regierung teil, unter ihnen Justizministerin Leila Freivald. Auch in Gaevle und dem nordschwedischen Lulea sowie in den südschwedischen Städten Göteborg und Malmö gab es Demonstrationen. Um weitere Gewalttaten zu verhindern, stellte die Polizei vor den Büros der grössten Gewerkschaften Wachen auf. In einer von der Tageszeitung "Dagens Nyheter" veröffentlichen Umfrage sprachen sich 70 Prozent aller Schweden für ein Verbot rechtsradikaler Vereinigungen aus. Neonazis und Rechtsradikale - davor haben die Schweden in diesem Herbst konkrete Angst. Sie ist so massiv, dass eine Reihe von Leuten, die sich bedroht fühlen, bereits Personenschutz bekommen haben. Ein leitender Kripo-Beamter lebt seit Tagen in einem geheimen Versteck.

Am Dienstag vor zwei Wochen war in Stockholm der Gewerkschaftsfunktionär Bjoern Soederberg im Alter von 41 Jahren erschossen worden. Es hatte an seiner Tür in der Stockholmer Innenstadt geklingelt - Soederberg öffnete die Tür und wurde von zwei Maennern mit Kopfschüssen niedergestreckt. Eine Woche später konnte die Stockholmer Polizei drei Neonazis wegen Mordes verhaften. Ihr Tatmotiv war offenbar Rache: Bjoern Soederberg hatte einen Arbeitgeber darüber informiert, dass einer seiner Angestellten aktiver Neonazi ist.

Kurzes Kurzes Kurzes



Der Mord an Soederberg war nicht der erste, bei dem die Täter aus dem rechtsradikalen Milieu kommen. Im Sommer wurden zwei Polizisten von Neonazis nach einem Banküberfall erschossen. Kurz darauf kamen ein bekannter schwedischer Journalist und sein 8-jähriger Sohn beinahe ums Leben. An dem Auto des Journalisten, der seit Jahren über die Aktivitäten der Rechtsradikalen berichtet, war eine Bombe angebracht. Dass Vater und Sohn die Explosion überlebten, grenzt an ein Wunder. Von weiteren Mordplänen erfuhren die Schweden am vergangenen Montag, als die Polizei bei Rechtsradikalen eine Liste mit 700 Namen fand. Alle Genannten sind politisch oder gewerkschaftlich aktiv. Die drei Neonazis, die Bjoern Soederberg ermordet hatten, trugen bei ihrer Festnahme eine Liste mit 25 Namen bei sich - offensichtlich hatten sie den Auftrag, diese 25 Leute zu ermorden. Zu jedem Namen gab es ein Foto. Die Nazis hatten sich die Porträts über öffentliche Bibliotheken, bei der Polizei und der Universitaet besorgt. Ganz oben auf der Todesliste steht der Kripo-Beamte Sten Axelsson. Er gilt in Schweden als hartnäckiger Rechercheur, der es sich zum Ziel gemacht hat, so viele Neonazis wie möglich zu überführen und zu verhaften. Axelsson lebt seit einiger Zeit in einem Versteck und wird rund um die Uhr bewacht. (afp/SAD)

Quelle: http://www.abendblatt.de

DIE UTOPIE LEBEN

95 MIN. (VPS: 22.20)
Dokumentarfilm von Juan Gamero, F. Rios, Mariona Roca und Mitzi Kotnik, TVE, Spanien 1997

DIE UTOPIE LEBEN behandelt die Spanische Revolution und wirft einen Blick auf die anarchistische Bewegung in Spanien.

Der Film zeigt bislang wenig bekannte Seiten der radikalen gesellschaftlichen Veränderungen, die sich während des Bürgerkriegs von 1936 bis 1939 in jenen Gebieten zutrugen, die in der Hand der Republikaner waren.

Zeitzeugen aus den Reihen der Anarchisten berichten über ihre Erfahrungen.

Einige von ihnen, darunter Conxa Paerez, standen Gestalten in Ken Loachs Film LAND AND FREEDOM Pate.

Gesprächspartner sind 30 Überlebende der Spanischen Revolution, die in verschiedenen Teilen des Landes wohnen.

Sie waren alle Anarchisten und hatten verschiedene Aufgaben und Verantwortungsbereiche.

Viele von ihnen leben noch im Exil in Frankreich, Kanada, Mexiko und Venezuela.

Sie sind eigens nach Spanien gekommen, um Zeugnis abzulegen.

Der Dokumentarfilm gibt einen Überblick über die Geschichte der anarchistischen Bewegung seit dem 19. Jahrhundert, die Gründung der CNT (Confedéracion Nacional del Trabajo) und der FAI, die Rolle von Kultur und Erziehung (Modernes Schulwesen), die Vielfalt der Ideen und Aktivitäten im Vorfeld der Zweiten Republik, den Staatsstreich der Militärs, der sowohl einen Krieg als auch eine Revolution (die einzige anarchistische Revolution) auslöste, und insbesondere über die Einrichtung und das Funktionieren der Kollektivbetriebe in den ländlichen und städtischen Gebieten.

Er schließt mit der Niederlage des republikanischen Lagers im Jahre 1939, die der Revolution ein Ende bereitete.

@ljoscha

Hinrichtungsbefehl aufgehoben Bundesrichter setzte Exekutionstermin Mumia Abu-Jamals außer Kraft. Wiederaufnahmeverfahren offen

Mumia Abu-Jamal wird am 2. Dezember nicht hingerichtet! Bundesrichter William Yohn am Distriktgericht in Philadelphia hat Ende Oktober den Hinrichtungsbefehl, den der Gouverneur von Pennsylvania, Tom Ridge, unterschrieben hatte, wieder aufgehoben. Damit kam der Richter einem Teil des Antrages nach, den Mumia Abu-Jamal über seine Anwälte gestellt hatte.

Allerdings bleibt die entscheidende Frage nach einem neuen Verfahren - nur in ihm könnte der Radiojournalist endlich seine Unschuld beweisen - weiterhin offen. Laut Dan Williams, einem von Abu-Jamals Anwälten, wird der Entscheidungsprozess - neues Verfahren ja oder nein - sechs bis sieben Monate dauern.

Das juristische Prozedere ist verwirrend: Die Hinrichtung gilt für solange aufgehoben, wie der Fall vor dem Bundesdistriktgericht in Pennsylvania anhängig ist. Die ersten mündlichen Anhörungen von Verteidigern und Staatsanwaltschaft würden laut Anwälten im Frühjahr erfolgen. Verweigert Richter Yohn dem Todeszelleninsassen Mumia Abu-Jamal aber Anhörungen, zu denen entlastende Beweismittel vorgebracht werden würden, dann zieht er die Schlinge weiter zu und reicht seine Verantwortung schlichtweg weiter. Denn in diesem Fall würde ein neuer Hinrichtungstermin festgelegt, gegen den Mumias Anwälte vor einem anderen Bundesgericht Berufung einlegen müßten.

Mit diesem Vorgehen verbauen Gerichte dem Ex-Black-Panther seit 17 Jahren die juristischen Möglichkeiten zur Rettung seines Lebens. Der heute 45jährige Journalist wurde 1982 wegen Mordes an einem weissen Polizisten zum Tode verurteilt. Mumia Abu-Jamal beteuert bis heute seine Unschuld und verlangt die Wiederaufnahme seines Verfahrens.

Die Hoffnungen ruhen nun auf Richter Yohn. Mumia Abu-Jamals Anwälte werden ihm erste Unterlagen bis Anfang Dezember vorlegen. Die Staatsanwaltschaft hat daraufhin zwei Monate Zeit zu einer Antwort. Intensivste Arbeit stehe im nächsten halben Jahr bevor, heißt es aus dem Anwaltsteam von Abu-Jamal.

Seit Verhängung des Hinrichtungsbefehls am 13. Oktober hatte Mumia Abu-Jamal die Tage und Nächte in der sogenannten Phase 2, einer Isolierungszelle mit Dauerlicht und 24-stündiger Kameraüberwachung, verbringen müssen. Vor jedem Verlassen der Zelle führten die Wächter Kontrollen an allen Körperöffnungen durch. In Phase 2 sind nur Besuche von Anwälten und engsten Angehörigen zugelassen. Die künftige Unterbringung Abu-Jamals ist demnächst wieder die "normale" Todeszelle. Sein Hauptanwalt Len Weinglass berichtete, sein Mandant habe sich am Dienstag nachmittag "erfreut und erleichtert" gezeigt. Denn nach den qualvollen Tagen in Phase 2 könne er endlich wieder schlafen.

Max Bühnel, New York

<http://www.jungewelt.de>

Kurzes

zes

Kurz

Kur

Freiheit
für Mumia Abu-Jamal und alle politischen Gefangenen!

www.berlinet.de/ari/kampagne/mumia

Demo 5. Feb. 2000
14 Uhr Rosa-Luxemburg-Pl. Berlin

Zapatistischer Kaffee

Seit kurzem gibt es einen neuen Kaffee von zapatistischen Basisgemeinden aus Chiapas/Mexico bei einer neuen Kooperative in Hamburg im Vertrieb. Er kommt von der kürzlich gegründeten Kooperative "Mutvitz" (Berg der Vögel) aus der autonomen Region San Juan de la Libertad in Chiapas. Er wird pestizidfrei angebaut und zukünftig von Ecomex als Organico zertifiziert. Wichtig für den zukünftigen Vertrieb wäre zu wissen, wieviele Leute (Weltläden, Soligruppen etc.) sich daran beteiligen mögen, d.h. Vertrieb, Verkauf, Vorfinanzierung. Bitte gebt möglichst bald Rückmeldung an:
Cafe Libertad Kooperative
Gruenebergstr.8, 22763 Hamburg
tel/fax 040-880 11 61
e-mail: cafe-libertad@free.de unter www.free.de/cafe-libertad/ kann mensch auch ein projektinfo finden !

Paatos

Finnischer anarchafeministischer Chor haben ihr erstes Album mit 10 Songs veröffentlicht, die auf traditionelle finnische und internationale Arbeiterlieder und Folksongs zurückgreifen. Englische Übersetzungen der Texte werden mitgeliefert.

Hallà Records, P.O.Box 139
FIN-00131 Helsinki
antti.rautiainen@kolumbus.fi

Gunter Krueschet †

FAUD-Mitglied aus Wuppertal wie Helmut Kirschey ist am 16.September nach langer Krankheit gestorben. Der Trotzdem-Verlag und die Autoren Dieter Nelles und Ulrich Klan verdanken ihm viele Informationen beim Zustandekommen des Buches *"Es lebt noch eine Flamme"*. Geschichte der FAUD im Rheinland. Wir hoffen einen ausführlicheren Nachruf zu bekommen.

SF-Red.

OFFENER BRIEF an den Richter des Amtsgerichtes Tecklenburg Fax 05482-6712

in der Strafsache AZ 8Ds AK 105/98 Hw.

Sehr geehrter Herr Engberding.

Am 19.9.98, vor gut 1 Jahr, wurde Holger S. von Nazis in Rostock angegriffen und lebensgefährlich verletzt. Nach einem wochenlangen Koma kämpft er bis heute mit den Folgen des Angriffs und wird auf unabsehbar Zeit mit den Reha- Massnahmen befasst sein.

Nachdem der Mordkommission das Verfahren entzogen wurde, bevor Gutachten und ZeugInnenaussagen vorlagen, ermittelten Polizei und Staatsanwaltschaft gegen den Täter wegen Verursachung eines Verkehrsunfalles.

Zu Ihrer Erinnerung:

Im letzten Sommer mobilisierten NPD und JN zu einem Naziaufmarsch als Höhepunkt ihres Bundestagswahlkampfes nach Rostock-Lichtenhagen; dorthin, wo Faschisten gemeinsam mit dem deutschen Mob im August 1992 über mehrere Tage ein angekündigtes Pogrom gegen ein Wohnhaus ehemaliger vietnamesischer VertragsarbeiterInnen abhielten. Damals sah die Polizei tatenlos zu und beschäftigte sich hauptsächlich damit, die eher spärlich eintreffenden AntifaschistInnen einzusammeln.

Von Seiten der bürgerlichen Parteien wurde vor allem Verständnis für die rassistischen Gewaltorgien geäussert und die Hetze vom "Asylmissbrauch" forciert.

Betroffenheit wurde nur für das Erscheinungsbild Deutschlands im Ausland mobilisiert, ebenso wie für die Befürchtung, der Tourismus in Mecklenburg könnte Schaden nehmen.

Am 19.9.98 marschierten nun 3000 Nazis in Rostock-Dierkow, nachdem ihnen eine Kundgebung an der Stätte des Pogroms von 92 verboten worden war; geschützt von einem Grossaufgebot der Polizei.

Doch zurück zum Verfahren: es gibt zahlreiche ZeugInnen, die den Tathergang beobachtet haben. Nach ihren Schilderungen hat der Fahrer weder versucht zu bremsen, noch auszuweichen, obwohl dies ohne weiteres möglich gewesen wäre. Ein später erstelltes Gutachten ermittelte die Geschwindigkeit des Wagens beim Aufprall auf ca. 80 km/h.

Die Polizei hat alles dafür getan, den Hergang der Tat zu verwischen.

Mehrere ZeugInnen mussten darauf bestehen, vernommen zu werden, Spuren wurden erst nach Tagen gesichert. Der polizeiliche Unfallbericht wurde stark wertend und verharmlosend formuliert.

Die Staatsanwaltschaft bemühte sich, die Tat als Verkehrsunfall darzustellen und den möglichen politischen Hintergrund der Tat zu leugnen.

Dem scheint das Amtsgericht Tecklenburg nun folgen zu wollen, dessen zuständiger Richter sie in dieser Strafsache seit November 1998 sind.

Angeklagt ist der Fahrer des Wagens wegen fahrlässiger Körperverletzung.

Nachdem Sie als Richter das Verfahren an das Jugendschöffengericht abgeben wollten, da bei der Schwere der Tat das zu bemessende Strafmass nicht ausreichend sein könnte, lehnte das Schöffengericht eine Übernahme ab. Es erteilte die Empfehlung, das Verfahren gegen eine Geldbusse von 2000.- DM einzustellen wegen "Mitschuld des Opfers". Holger S. hat hier als Nebenkläger kein Widerspruchsrecht.

Das Gericht versucht einen Mordanschlag von Nazis als Verkehrsunfall darzustellen. Wir sehen darin den Versuch, faschistische Gewalt zu verharmlosen und gesellschaftlich Akzeptanz hierfür zu schaffen.

Dies findet Ausdruck

* in der Tatsache, dass der Mordkommisssion das Verfahren zu einem Zeitpunkt entzogen wurde, zu dem die Ermittlungen noch gar nicht begonnen hatten

* in der Art und Weise der Ermittlungsarbeit von Polizei und Staatsanwaltschaft

* in der verharmlosenden Anklage wegen Körperverletzung

* und als Krönung in der erwogenen Einstellung des Verfahrens wegen angeblicher Mitschuld des Opfers

Wir wollen das nicht hinnehmen und fordern eine Eröffnung des Verfahrens gegen den Täter!

"Offene Diskussion nach dem Köln-Gipfel":

Vom Gipfel kann es nur aufwärts gehen ... Perspektiven für eine emanzipatorische Bewegung nach dem Desaster von Köln

Eine selbstkritische Analyse der eigenen Schwächen fordert die "Gruppe Landfriedensbruch" von allen Teilen politischer Bewegung, denn: "Köln war im Gesamten und in fast allen Details eine Sache, die nur als schlechtes Beispiel dienen kann ... Fast alle beteiligten Gruppen, sowohl die dominanten als auch die ideenlosen MitläuferInnen, scheuen davor zurück, eine offene, selbstkritische Strategiediskussion zu führen - die einen, weil sie ihre Dominanz erhalten wollen, die anderen, weil sie zur Zeit Willen und Fähigkeit nicht haben, sich selbständig zu organisieren". So jedenfalls steht es im Analysekapitel eines neuen Readers, der die Aktivitäten rund um die EU- und Weltwirtschaftsgipfel in Köln unter die Lupe nimmt. Das Ergebnis etlicher Interviews, Beobachtungen, Auswertung von Protokollen und Papieren ist ernüchternd: Die Kölner Aktionen, eigentlich das wichtigste Ereignis des Jahres für politische Gruppen, wurden von den Führungskadern der verschiedenen Bündnisse sehr bewusst so gestaltet, dass sie in der Sache erfolglos waren.

Wichtiger war Gruppen wie der *oekologischen Linken* oder *WEED* der Dominanzgewinn über das ihnen nahestehende politische Spektrum - Oekoli und andere über das linksradikale, politische Lager, WEED, BUND und andere über die NGOs und etablierteren Institutionen in Deutschland.

40 Seiten Hintergründe und Dokumente im ersten Teil des Köln-Readers bieten einen praezisen Überblick über die Kölner Geschehnisse sowie, als Vergleich, der Aktionen in London am 18.6. Die waren nämlich grundlegend anders organisiert -und bedeutend öffentlichkeitswirksamer. Aus diesem Material filtern die AutorInnen des Readers sieben Hauptkritikpunkte. Zusammengefasst beschreiben sie die Mängel der Kölner Aktivitäten:

1. Die politischen Positionen waren anbiedernd, realpolitisch und nicht geeignet, politische Gegenbilder zu den ökonomisch-neoliberalen, militärischen und imperialistischen Ideen der EU und G7 zu formulieren.

2. Der Wille zur legal-konfliktfreien Durchführung von Demonstrationen und Kongressen schloss nicht nur etliche Aktionsformen aus, sondern verschaffte auch eine schlechte Verhandlungsposition gegenüber Behörden, Polizei usw.

3. Es gelang wenigen Gruppen und Personen, die Kölner Bündnisse zu dominieren. Schuld daran sind die geübt-machtorientierten Funktionärsklüngel, die ihre Dominanz gezielt aufbauten und durchsetzen.

4. Es gelang wenigen Gruppen und Personen, die Kölner Bündnisse zu dominieren. Schuld daran sind die zur Selbstorganisation und strategischer Aktionsplanung zur Zeit unfähigen Basisgruppen und selbstorganisierten Zusammenhänge.

5. In der Vorbereitung der Kölner Aktivitäten gab es nie intensive Diskussionen um Strategien und Aktionsformen, auch keine Auswertung früherer Kampagnen und Aktionen.

6. Im technischen Bereich traten unfassbare Mängel auf, z.B. bei der Pressearbeit, Mobilisierung, Kommunikation usw.

7. Der Unwille zur Strategiedebatte scheint auch nach Köln vorhanden zu sein.

Einen wesentlichen Schwerpunkt der Analyse legt die "Gruppe Landfriedensbruch" auf die Merkmale und Organisationsmuster der von Apparaten dominierten NGOs und der zur Zeit völlig desorganisierten Zusammenhängen autonomer, unabhängiger Gruppen.

Den grössten Anteil überregionaler Organisationskraft nehmen heute die NGOs und ihnen nahestehende Organisationen ein. Sie verfügen vor allem über enorme finanzielle und hauptamtliche Kraft. Damit überdecken sie ihre Schwäche bei der Mobilisierung von Öffentlichkeit. Selbst ihre eigene Basis (Mitgliedsgruppen, Mitglieder) erreichen sie kaum und versuchen es auch nicht. Ihre Arbeitsstrategien sind voll auf die (Lobby-)Arbeit der Apparate ausgerichtet.

Drei Grundtendenzen zeichnen die NGOs aus:

1. Die Nähe zum Staat sowie z.T. auch zur Wirtschaft. Strukturen und Arbeitsformen/-inhalte sind so ausgerichtet, dass eine Einbindung in halboffizielle Gremien und Beiräte sowie die ständige BeraterInnentätigkeit in den Machtstrukturen effizient möglich sind und die Organisationen vom Staat als PartnerInnen akzeptiert werden.
   Radikale oder anders organisierte Gruppen und Zusammenhänge werden von den NGOs ausgegrenzt oder nicht wahrgenommen.

2 Meist herrscht eine typische Verbandsorientierung. Das bedeutet, dass das eigene Image wichtiger ist als der Erfolg in der Sache. Abgrenzungsbemühungen und schnelle, beleidigte Reaktion auf Kritik am Verband kommen hinzu. Typisch für Verbände sind zudem Hierarchien sowie die Hauptsorge um finanzielle Förderungen. All das steht einer wirkungsvollen, vielfältigen Arbeit sowie der Bündnisbildung entgegen.

3 Viele Organisationen oder auch Einzelpersonen neigen zu dominantem Verhalten, um sich oder ihren Verband in den Vordergrund zu bringen.

Neben diesem etabliert-organisierten Teil der Bewegung gibt es viele selbst- oder heute leider meist unorganisierte Gruppen und Zusammenhänge, autonome Einrichtungen usw. Sie zeichnen sich aktuell vor allem aus durch:

1. Ein-Punkt-Bezogenheit, d.h. die Gruppen agieren nur an extremen Reizen am Rande des gesellschaftlichen Geschehens (Castor, Faschoaufmärsche), übersehen aber die viel komplexeren Angriffspunkte in der gesellschaftlichen Mitte. Zudem werden gesamtgesellschaftliche Themen und Visionen gemieden. Vergleichbar mit Ein-Punkt-Orientierung ist die Reaktion auf Repression, z.B. Räumungen, die immer wieder kurzzeitige Aktivitäten aufflackern lassen.

2. Die meisten dieser Gruppen sind desolat oder nicht organisiert, leben von der Substanz früherer Jahre (z.B. materiell) und schaffen es nicht, sich mit anderen Gruppen zu vernetzen, um politische Ziele durchzusetzen.

3. Auch in selbstorganisierten Kreisen spielt der Dominanzaufbau eine wesentliche Rolle. Einigen MacherInnen stehen oft viele KonsumentInnen gegenüber.

In allen Teilen herrschen oft

4. Abhängigkeit von staatlichen Geldern, Genehmigungen oder Gebäuden - selbst die meisten autonomen Zentren gehören dem Staat, der damit die eigene Spielwiese für vermeintliche GegnerInnen schafft).

5. Abgrenzung, Vereinsmeierei und Hang zu zentralistischen Aktionskonzepten.

6. Inhaltslosigkeit, mangelnder Mut zu klaren Positionen, Widerstand und visionären Entwürfen.

Aus dieser Analyse heraus finden sich im Reader perspektivische Entwürfe zu einer Organisation emanzipatorischer Bewegung. Die "Gruppe Landfriedensbruch" lehnt alle Varianten ab, die von oben, d.h. ausgehend von geld- und personalstarken Apparaten politische Aktion initiieren wollen. Das würde Schwächen und mangelnde Mobilisierungsfähigkeit nur verdecken. Köln hätte ja gerade gezeigt, dass Masse nicht gleich Klasse ist. Wichtiger sei der systematische Aufbau von Aktionsfähigkeit in den Basisgruppen. Verbände und Organisationen müssten dazu ihre Prioritäten ändern und ihre Kraft nicht in Apparate stecken, die sich als GesprächspartnerInnen von Staat und Wirtschaft organisieren, sondern in Aufbau, Unterstützung, Mobilisierung und Vernetzung von Basiszusammenhängen. Unabhängige Initiativen und autonome Gruppen müssten dieses aus eigener Kraft bewerkstelligen - bessere Vernetzungs- und Kommunikationsstrukturen könnten dabei ebenso helfen wie der gezielte Aufbau unabhängiger Infrastruktur. Arbeitsräume, Infozentren, eigene Medien usw. könnten von verschiedenen Gruppen gemeinsam aufgebaut und genutzt werden.

Aus der Kritik an der Unkenntlichkeit klarer politischer Positionen wird das Ziel formuliert, neue, radikale bis visionäre Forderungen und Ziele zu erarbeiten. Ihre Attraktivität könnte die Mobilisierung vereinfachen, ihre Radikalität die Durchsetzung von Teilschritten ermöglichen. Modelle und Kristallisationspunkte müssen geschaffen werden, an denen die Positionen und Ziele immer wieder deutlich gemacht, aber auch ausprobiert, verändert, erweitert und diskutiert werden können.

Expo 2000 - Symbol für den Beginn einer starken emanzipatorischen Bewegung?

Der Reader geht über die theoretische Analyse und Darstellung von Perspektiven hinaus. Einige konkrete Anknüpfungspunkte für die konkrete Entwicklung neuer Aktionsstrategien werden genannt. Im Mittelpunkt sehen die AutorInnen dabei die Expo 2000. Sie stelle aus verschiedenen Gründen einen geeigneten Angriffspunkt dar, baulich wie inhaltlich. Da die Expo ein komplettes Zukunftsszenario entwickelt, in dem technische Innovationen und Profitmaximierung im Mittelpunkt stehen, bietet sie eine Gelegenheit, Kritiken und Aktionen aus verschiedenen Bereichen zu bündeln und emanzipatorische Gegenbilder zu entwerfen. Da die Expo zudem mit riesigen Bauwerken in Hannover sowie weltweiten Projekten und Veranstaltungen überall auch viele Aktionsmöglichkeiten bietet, kann sie Aufhänger für den Aufbau einer breiten, aktionsfähigen politischen Bewegung sein, die aus den Teilen von Frauen-, Eine-Welt-, sozialen, Öko-, Jugend- und weiteren Zusammenhängen erwächst, die emanzipatorische Ideen in ihre Arbeit einbinden und darin auch den Schnittpunkt für gemeinsame Forderungen und Bündnis-Aktionen sehen.

Weitere Aktionen

Neben der Expo 2000 finden sich im Perspektiventeil des Köln-Readers weitere Vorschläge für Aktionen, die eine gemeinsame emanzipatorische Position widerspiegeln und der Entwicklung politischer Bewegung dienen können, so z.B. internationale Widerstandstage gegen Neoliberalismus oder die dezentralen Aktionskonzepte zur Rückeroberung öffentlichen Raumes wie "Reclaim the Streets", "Critical Mass" oder die Innen!Stadt!Aktion!

Der Reader in allen Basiszusammenhängen Grundlage sein für eine Debatte über die Neuorganisation politischer Bewegung. Nötig ist sie - das hat Köln nachdrücklich bewiesen!

Der Reader kann gegen 10 DM (einschl. Porto, ab zweitem Expl. 4 DM/Stück) bei der Gruppe Landfriedensbruch bestellt werden: Ludwigstr. 11, 35447 Reiskirchen.

Termine

15.12., 20 Uhr Hannover, Pavillon: AK zu diesem Aktionskalender und regionales Koordinationstreffen. Info: Pavillon.

31.12./ 1.1. in Berlin: Revolutionärer Aktionstag. Info: www.antifa.de

14.-16.1. Hannover: 5. bundesweites Anti-Expo-Treffen Info: Anti-Expo-AG

Februar in Hannover Anti-Gentech-Kongress. Info: ASTA Hannover

»I'd just ask you to save your travel money...«*

Die neue Bewegung für einen Libertären Kommunalismus steckt gleich in der Krise

von Wolfgang Haug

Im Vorfeld der Konferenz in Plainfield/Vermont, der 2.Internationalen Konferenz zum Libertären Kommunalismus gab es viele Entwicklungen zu beklagen gab, die eine Propagierung und Umsetzung des Libertären Kommunalismus in Deutschland erschweren und die Frage aufkommen ließ, wie es weitergehen könnte und wie wir selbst weiterarbeiten könnten. Was ist konkret passiert? Beginnen wir am Ende: es gab keinen deutschen Delegierten bei der diesjährigen Konferenz, der/die direkt über die Vorträge und Perspektiven berichten könnte und es gibt keine konkreten Perspektiven für die internationale weitere Zusammenarbeit - und beides war gewollt!

Von 1998 bis 1999

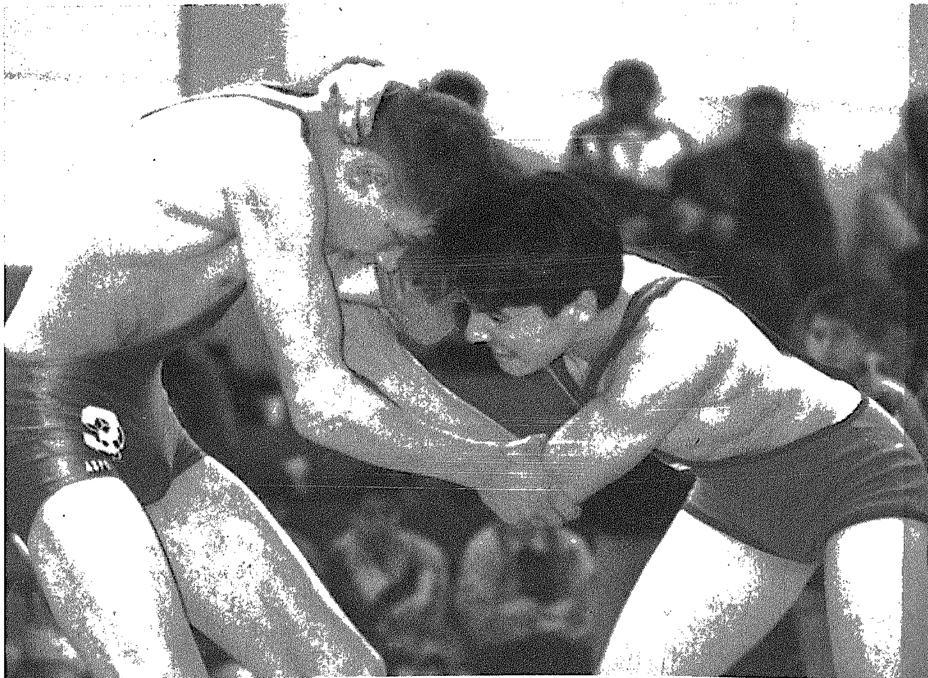
Nachdem auf der letztjährigen Konferenz in Lissabon nur Wolfgang Haug (SF) als Delegierter aus Deutschland anwesend war, sollte dieses Mal Lou Marin (GWR) den *Newsletter für Libertären Kommunalismus* und damit die Diskussionsgruppe vertreten, die in Deutschland Kontakt zur internationalen Diskussion hielt und die Theorie und Praxis des LK fördern wollte. Lou sollte an den Diskussionen teilnehmen und über die Konferenz in Deutschland berichten. Dazu schlug er seinerseits vor, einen Vortrag über Transnationalismus/Kommunalismus zu halten, den er bereits für Lissabon vorbereitet hatte, aber aus persönlichen Gründen nicht halten konnte. Die Ironie wollte es, dass dieser Vortrag, der 1998 noch genehm gewesen wäre, nun 1999 breit diskutiert und in Frage gestellt wurde. Was könnte ein Pazifist wie Nigel Young Positives zum Libertären Kommunalismus beizutragen haben? Oder: will Lou etwa seinen gewaltlosen Anarchismus der Konferenz aufzwingen?

Als deutlich wurde, dass dieser Vortrag nicht gerne gesehen würde, machte Lou von sich aus den Vorschlag ihn nicht als Podiumsbeitrag zu halten, sondern ihn entweder in einer Nebenveranstaltung den Interessierten zu präsentieren oder ganz darauf zu verzichten. Damit schien uns alles gesagt, auch wenn wir - wie schon in anderen Fällen - nicht "glücklich" mit den eng gefassten Auswahlkriterien für die Vorträge waren.

Foto: Sabine Streich



* Zitat von Murray Bookchin an den deutschen Delegierten Lou Marin (Graswurzelrevolution) in einem Brief vom 7.8.99


Foto: Sabine Streich

Allgemein läßt sich im Rückblick festhalten, dass die erfreuliche Atmosphäre der ersten Konferenz in Lissabon mit ihrer spürbaren Offenheit für unterschiedliche Herangehensweisen und für einen von Land zu Land unterschiedlichen politischen Hintergrund im Lauf der Vorbereitung für die 2.Konferenz einer eher engstirnigen Auffassung über die theoretischen Inhalte und über die praktische Planung der Konferenz wich.

Ein geplanter »Screening-Prozess« konnte anfangs gerade noch abgeblockt werden, jedeR TeilnehmerIn sollte vor der Konferenz einen politisch-persönlichen Fragebogen ("Questionnarie") als Teilnahmebedingung ausfüllen (was hat mensch für den LK bereits gemacht, welche Werke gelesen, in welcher Weise ist mensch aktiv? etc.), und dieser Fragebogen sollte zur Grundlage gemacht werden sollte, ob der- oder diejenige zugelassen würde.

So nebensächlich diese Auseinandersetzung auch schien, so bedeutungsvoll erwies sie sich im Nachhinein. Es gab in der Vorbereitungsgruppe für die 2.Konferenz grundsätzlich zwei Positionen: die einen, die sich eine offene Konferenz wünschten, auf der viele Themen behandelt werden könnten und zu der viele Menschen eingeladen werden sollten, mit dem Ziel, die neue Bewegung breiter vorzustellen und praktisch und theoretisch besser zu verankern. Und es gab eine zweite Gruppe, für die es nur um konkrete Fragestellungen ihrer eigenen Weiterarbeit gehen sollte, die sich eine "Fachtagung" wünschten und mal deutlich mal undeutlich ein Avantgardedenken pflegten.

Anfangs schienen diese beiden Ansprüche noch vereinbar; es wurde darüber nachgedacht, eine "Fachtagung" mit einem öffentlichen Fest zu verbinden und sich mit Interessierten in Workshops anschließend an die eigene Tagung auseinanderzusetzen. Aus organisatorischen Gründen konnte dieser für beide Seiten praktikable Kompromiß nicht realisiert werden.

Im Anschluß daran fand nun ein Prozeß statt, den man auch als Beteiligter nur rückwirkend verstehen konnte. Die Mehrheit des IAC (Komitee für die Vorbereitung der Konferenz) blieb bei ihrer Absicht, die Konferenz offen zu gestalten, d.h. auch Interessierte Leute einzuladen oder zu Vorträgen aufzufordern bzw. eigene Vorträge zu planen, von denen man glaubte, sie könnten, Theorie und Praxis befruchten oder zu neuen Einsichten führen. Diese Gruppe verstand auch die bisherigen Veröffentlichungen von Murray Bookchin und Janet Biehl als Grundlagenmaterial, über das sich diskutieren ließ und mit dem man nicht in jeden Punkt übereinstimmen mußte.

Es ist fast unnötig zu sagen, dass wenn ich hier von einer Gruppe rede, sich diese keinesfalls organisiert hatte oder Absprachen getroffen hatte, sondern dass Vorstellungen und Vorschläge aus dieser Gruppe immer die Vorschläge einzelner waren.

Für viele überraschend stießen solche Initaitiven aber zunehmend auf Ablehnung der zweiten Gruppe, von der man im Nachhinein sagen muß, dass sie sehr wohl Absprachen getroffen haben muß und sich in ihrem Verhalten häufig einig zeigte.

Der Beginn der Engstirnigkeit

Dem Vortrag von Chuck Morse (Anarchist Institute) über Nationalismus und Libertärem Kommunalismus wurde nach kontroverser Diskussion noch zugestimmt. Andere Vorschläge, wie ein Vortrag von Mike Small aus Schottland, ein Vortrag von Chuck aus Seattle oder ein Vortrag von Lou Marin aus Deutschland wurden abgelehnt, weil sie in den Augen der Gruppe um Janet Biehl, Murray Bookchin, Peter Zegers (Niederlande), Eirik Eiglad (Norwegen) und Gary Sisco (Vermont) nicht genügend Übereinstimmung mit dem LK aufwiesen.

An die erste Ablehnung, die den Vortrag von Mike Small betraf, schloß sich eine Diskussion an, die ich anstieß, indem ich die Frage stellte, warum die IAC-Mitglieder einem anderen IAC-Mitglied nicht genüged politisches Vertrauen entgegenbrächten und einfach davon ausgingen, dass jede/r versucht etwas Konstruktives beizutragen. Die anschließende Debatte wurde auf der Ebene geführt, Vertrauen habe mensch nur in langjährige Freunde und Genossen, die mensch gut kenne und Vertrauen sei kein politisches Herangehen bzw. man habe die persönliche Kumpanei satt, sie solle im LK verhindert werden. Damit wurde die Aussage "Vertrauen in die Absicht den Libertären Kommunalismus zu entwickeln", verdreht und stattdessen politische Kungelei unterstellt. Als Dan Chodorkoff (Institut für Soziale Ökologie in Plainfield) dafür warb, dass ein ehemaliger Institutsmitarbeiter einen Vortrag über "Internet und Libertärer Kommunalismus" halten möge und dass dieser Mensch integer und ein Gewinn sei, fiel die Antwort gar ironisch bis feindselig aus und endete mit dem Vorwurf des Linksliberalismus:

"Leider haben die meisten Leute, die jetzt in unserem IAC sitzen, viel mehr Kenntnis von und Interesse am Linksliberalismus als von revolutionärem Kommunismus.

Es hat mich sehr enttäuscht, festzustellen, dass ich in diesem Rat Teil einer Minderheit bin. Wenn diese Teilnehmerjagd weitergeht, werden wir alle die Minderheit in einem riesigen Meer werden, das sich langsam nach rechts wendet - das zum Beispiel an staatlichen Wahlen teilnehmen will, oder sich nicht länger den Kopf über die Macht von Staat und Kapitalismus zerbrechen und statt dessen nur das eigene Gewissen durch sanfte Kritik beruhigen will..."

Damit war eine Unterkühlung erreicht, die noch in Lissabon unvorstellbar gewesen war. Jeder, der sich für eine offene Konferenz einsetzte war demnach "linksliberal", die anderen "revolutionär". Das dem nun ganz und gar nicht so ist, erwies sich am Ende der Konferenz, doch gemach gemach...

Alle Versuche zu diskutieren, blieben fragmentarisch, unbefriedigend, weil sich zunehmend herausstellte, dass die Gruppe um Biehl die eigenen Veröffentlichungen für den Stein der Weisen hielt, da durfte nichts in Frage gestellt werden, alles schien plötzlich zu den Grundlagen (essentials) oder zum Programm, das man ja schließlich teile, zu gehören. Fragen wie z.B. ob Mehrheitsentscheidungen der Weisheit letzter Schluß sind, oder ob nicht versucht werden solle, möglichst vieles im Konsens zu entscheiden, wurden einerseits als bereits von Murray entschieden dargestellt, andererseits zum anarchistischen Denken gezählt, das man anscheinend nur noch als zu überwindende Vorstufe zum neuen Denken in libertär-kommunalistischen Kategorien auffasste. Die Kommentare, namentlich von Seiten Peter Zegers aus Amsterdam, häuften sich, dass der Anarchismus vielleicht sogar ein Hindernis zur Entwicklung des Libertären Kommunalismus sei bzw. dass der Libertäre Kommunalismus doch etwas ganz und gar eigenständiges sei, das doch eigentlich mit den anarchistischen Traditionen gar nicht viel zu tun habe. Der Lissabonner Vortrag von Frank Harrison, der den Zusammenhang von Kropotkins und Bookchins Ansatz verdeutlich hatte (vgl. SF-68), wurde demzufolge im Nachhinein gleich mitverworfen.

Diese Auseinandersetzungen im Vorfeld und man muß ehrlicherweise konstatieren, dass sie einen Großteil der Vorbereitungsphase prägten, führten letztlich konsequent zum Ausschluß des deutschen Delegierten, auch wenn wir eine solche Entwicklung sicherlich nicht erwartet hätten. Es sei an dieser Stelle nur eine wirklich gute inhaltliche Auseinandersetzung in den IAC-Diskussionen erwähnt, die zwischen Peter Staudenmeier und Janet Biehl stattfand und die wir im *Newsletter für Libertären Kommunalismus (Nr.2/3)*[1] abgedruckt haben. Dabei ging es um die Infragestellung der Bookchin These, dass die Stadt eine ganz andere Geschichte habe als der Staat, es ging um Föderationsprinzipien überregionaler Zusammenarbeit oder um Selbstverwaltung und Selbstorganisation. Immerhin war diese Diskussion ein Beleg dafür, was man aus der internationalen e-mail-Diskussionsliste hätte machen können und wie damit in Zukunft gearbeitet werden könnte - vorausgesetzt, es läßt sich ein 2:Versuch etablieren.

Die Abschottung wird programmatisch

Wenige Tage vor der Konferenz kam völlig überraschend ein persönlicher Brief von Murray Bookchin, in dem er Lou Marin direkt aufforderte, sein Geld zu sparen, ihn mit pazifistischen Ideen zu verschonen und von der Konferenz wegzubleiben, ein Auszug:

"I fail to understand why you plan to come here and burdon us with ideas, that in my opinion, have nothing to do with libertarian municipalism. Why, in short, are you wasting your money and our time? ... So why annoy people like myself with your contrary views at this libertarian municipalism conference? I have no plans, given my advanced age, ill health, and limited lifespan, to enter into a debate with you about pacifism or other subjects. I'd just ask you to save your travel money for a rousing conference on nonviolence or for celebrations of the good Mahatma."

Murray Bookchin, 7.8.99

Dies entsprach nun überhaupt nicht mehr unseren Vorstellungen von dem, was libertäres Verhalten bedeuten sollte. Murrays Brief war zynisch und abweisend, es findet sich kein Ansatz für eine Diskussionsbereitschaft oder ein menschliches Begegnenwollen. Er übergeht die ihm bekannte Tatsache, dass Lou ein Delegierter war, der bestens vorgestellt worden war und sich auch selbst transparent gemacht hatte. Hinzukommt die Tatsache, dass Murray gar nicht Mitglied des die Konferenz vorbereitenden IAC-Komitees war und dass es allein diesem Komitee zustand, eine solche Ausladung auszusprechen.

Im Anschluß wurde jetzt jedoch deutlich, dass es im IAC eine bestimmte Gruppe gab (allerdings eine Minderheit!), die ein eigenes Interesse verfolgte, die sich stark bemerkbar machte, ohne personell stark zu sein. Sie profitierten von der mangelnden Zeit oder dem mangelnden Interesse vieler anderer, sich jeweils zu Wort zu melden.



Foto: Sabine Streich

Zu dieser Gruppe gehörten Gary Sisco, Janet Biehl (beide US), Peter Zegers (NL) und Eirik Eiglad (N).

Es ist eigentlich unnötig zu sagen, dass diese ganze Diskussion über Pazifismus vollkommen unnötig war. Lou Marin weiss sehr genau, dass Libertärer Kommunalismus nichts mit Pazifismus zu tun hat (nebenbei bemerkt hat er selbst mit Pazifismus nichts zu tun, er ist anarchistischer Antimilitarist, nichts anderes) und er war dennoch am Libertärem Kommunalismus interessiert und wollte ihn in Deutschland in die Diskussion bringen. Zu diesem Zweck hat er einige Vorträge in verschiedenen Städten gehalten und sich fähig gezeigt,

Leute für den Libertären Kommunalismus zu interessieren. "Pazifismus" war kein Dogma, das ihn davon abhalten konnte, aber nun wurde ein anarchistisch-antimilitaristischer Hintergrund offensichtlich ein Hindernis bei dieser Konferenz zugelassen zu werden....

Die Konferenz von Plainfield

Die Konferenz selbst verlief im Hauptteil konstruktiv und – wie uns versichert wurde – auf theoretisch hohem Niveau. Es waren allerdings nur 35 Menschen anwesend, davon fast alle aus den USA. Ein Kanadier, ein Uruquayer, ein Australier, Peter Z. aus Holland, zwei Norweger und zwei neuhinzugekommene Schweden retteten den internationalen Anspruch der 2.Konferenz. Im Gegensatz zur ersten Konferenz fehlten somit neben Deutschland, die Delegierten aus Portugal, Belgien, Spanien, Frankreich, Griechenland und Großbritannien.

Die theoretischen Vorträge liegen uns leider noch nicht vor, wir hoffen, einige von ihnen noch zu erhalten. Das ursprüngliche Ziel der 2.Konferenz, die konkrete politische Praxis weiterzutreiben und die ersten Entwicklungen innerhalb des ersten Jahres zu diskutieren, scheint verfehlt worden zu sein.

Aus den Berichten geht hervor, dass sich am Ende der Konferenz das IAC selbst auflöste, weil es sein Ziel, zwei Konferenzen vorzubereiten, erreicht habe. Damit wurde gleichzeitig die internationale Diskussionsebene per e-mail abgeschafft.

Für viele kam diese Auflösung nach der guten Arbeitsatmosphäre während der ersten beiden Konferenztage überraschend. Sie hatte aber durchaus System und einen politischen Hintergrund:

Offensichtlich hatten 7 Leute (darunter Murray Bookchin, Janet Biehl, Peter Zegers, Eirik Eilad, Gary Sisco) im Vorfeld diskutiert und das Ende dieses Zusammenhangs beschlossen. Das theoretische Feld sei bestellt, sie (Murray und Janet) wollten theoretisch weiterarbeiten, die Praxis solle im Sinne und nach dem Vorbild der Norweger, die landesweit eine Organisation "Demokratische Alternative" aufbauen, entwickelt werden. Alle anderen Ansätze hielten sie für "politisch unreif" und deshalb das Netzwerk für vernachlässigenswert. Die "politisch Unreife" scheint vor allem an der Tradition des Anarchismus festgemacht zu werden. Anarchismus wird auf lediglich zwei Erscheinungsformen reduziert: auf den Anarchosyndikalismus, der sich historisch überlebt habe und auf den sogenannten Lifestyleanarchismus, der sich in der individuellen, autonomen oder stirnerianischen Attitüde erschöpft und gesellschaftlich irrelevant bleibt.

Damit verabsolutieren Bookchin/Biehl allerdings ihre Erfahrungen in den USA und verkennen, dass das Problem des Lifestyleanarchismus in anderen Ländern nicht so auf den Nägeln brennt bzw. dass der Anarchosyndikalismus auch noch heute nicht in jedem Land ohne gesellschaftliche und politische Relevanz dasteht. Doch selbst wenn dies in allen Ländern und Städten in gleicher Weise zutreffen würde, bliebe die Frage, warum soll mensch sich permanent gegen andere abgrenzen, Feindbilder aufbauen, nur um das eigene Konzept in besserem Licht erscheinen zu lassen?

Begeht mensch damit nicht denselben Fehler, den wir Autoritäten vorwerfen? Nur über Feindbilder lassen sich Massen mobilisieren, das weiss jeder Politiker. Soll eine libertäre Alternative ähnlich ansetzen?

Wir glauben nein. Bookchins Broschüren gegen den Lifestyle-Anarchismus und gegen den "Geist des Anarchosyndikalismus" blieben deshalb auch bislang unübersetzt.

Der libertäre Kommunalismus, der von der großen Mehrheit der Konferenzteilnehmer beider Konferenzen als anarchistische Handlungsperspektive für gesellschaftliches Eingreifen im 21.Jahrhundert gesehen wird, wird von der Minderheit flugs zur alleinseligmachenden Theorie und Praxis erklärt, neben der nichts und niemand bestehen kann.

Nun findet diese Einschätzung natürlich keinerlei Entsprechung in der praktisch-politischen Realität. Im Gegenteil, wenn der libertäre Kommunalismus eine Chance haben will, muss seine Konzeption zunächst einmal bekannt gemacht werden, müssen Menschen gefunden werden, die sich ihn in Theorie und Praxis zu eigen machen und ausprobieren. Und an diesem Punkt,

wie diese Menschen gefunden werden könnten und was sie tun sollten, scheiden sich die Geister.

Bookchin/Biehl et al. suchen keine Menschen, die sich produktiv mit Theorie und Praxis des libertären Kommunalismus auseinandersetzen und in der Lage sind, die gewonnenen Vorstellungen in ihre jeweilige konkrete Praxis vor Ort umzusetzem, die den Anpassungsprozess einer "schönen" Theorie auf ihre tatsächliche Praxis vollziehen könnten. Was sie suchen, sind Menschen, die eine "fertige" Theorie anwenden; Menschen, die die einmal in Burlington/Vermont entwickelten Vorstellungen wortwörtlich akzeptieren und Schritt für Schritt in die eigene Praxis umsetzen. Eine neue Avantgarde sucht sich (wieder mal) ihre willige Gefolgschaft.

Solange Bookchin/Biehl et al. darin erfolgreich sind und Menschen wie die politisch unerfahrenen jungen norwegischen Genossen finden, können sie sich auf dem richtigen Weg wähnen. Allzuweit wird sie ein solcher Weg allerdings nicht führen.

Die Bewegung in Burlington

Nun könnte mensch fragen, ob Bookchin/Biehl in Burlington ein praktisches Modell entwickelt haben, von dem sich zurecht sagen ließe, dass es nachahmenswert sei. Wäre dies der Fall, könnte das Erreichte so bedeutungsvoll sein, dass wir uns leichter damit tun würden, uns problematisch oder undurchführbare Theorie- und Praxisteile für unsere eigene Praxis zu akzeptieren. Leider ist dies nicht der Fall.

Die Gruppe der Burlington Greens existiert nicht mehr. Warum erfahren wir eigentlich nirgendwo. Im Gegenteil: in der Originalausgabe von Janet Biehls Buch "Libertarian Municipalism" (Black Rose Verlag, Montréal) wird das Wahlprogramm der Burlington Greens nachgedruckt. In unserer deutschen Übersetzung haben wir diesen Anhang bewußt nicht aufgenommen, weil sich dieses Programm an vielen Punkten zu wenig deutlich von entsprechenden Programmen grün-alternativer Listen unterschied und wir keinen nachahmenswerten Entwurf darn erblickten.

Fragt mensch nun aber nach, weshalb es diese Gruppe gar nicht mehr gibt, so erhält man wenig Greifbares zur Antwort. Janet Biehl bemerkte einmal, dass die Beteiligten "politisch zu unreif" gewesen wären, sich zu faulen Kompromissen mit anderen Parteien hätten verleiten lassen und so die Integrität der Gruppe zerstört hätten, was zum Auseinanderfallen geführt habe.

Das kann sein und kann nicht von Deutschland aus bewertet werden. Diese Aufarbeitung müsste von Beteiligten an den Burlington Greens selbst erfolgen. Von zumindest einem ehemals Beteiligten gibt es den Hinweis, dass unser aktuelles Problem auch das Problem der Burlington Greens gewesen sei. Bookchin/Biehl hätten keine Leute gesucht, die selbständig denken und agieren, sondern Marionetten, die ihre Theorie in die politische Praxis umsetzen und das sei logischerweise nur von kurzer Dauer gewesen.

Wider das lineare Denken Für libertären Kommunalismus

Aus den bislang gemachten Erfahrungen kann es eigentlich nur eine Konsequenz geben: der libertäre Kommunalismus muss weiter kontrovers diskutiert und entwickelt werden, und dies muss ohne Denkverbote möglich sein und in offener Art und Weise geschehen. Es kann nicht angehen, dass (- wie in der Vergangenheit innerhalb des IAC geschehen -) mit dem Verweis auf Textstellen in Murray Bookchins Büchern Diskussionen abgeblockt werden.

Ein zusätzlich internationaler Diskussionsaustausch wäre wünschenswert, aber auch hier wieder: ohne "Aufnahmekriterien", ohne Geheimnistuerei a la "wenn jemand mitlesen will, muss darüber abgestimmt werden." Das Schaffen von Insiderwissen sollte in libertären Zusammenhängen grundsätzlich verunmöglicht werden. Im bisherigen Zusammenhang war es mir beispielsweise untersagt, Diskussionen aus dem IAC in Deutschland weiterzuverbreiten.

Praktische Versuche sollten rückgekoppelt und Erfahrungen für andere verfügbar gemacht werden, - allerdings nicht wie bisher als verbindliches Modell sondern als praktizierbare Möglichkeiten, hierzu sollten erneut internationale Konferenzen organisiert werden.

1 Quelle: Newsletter für libertären Kommunalismus 2/3, bestellbar im ABO für 5 Ausgaben (30.-DM): Trotzdem-Verlag, PF 1159, 71117 Grafenau

Foto: Sabine Streich





Die sanften Zensoren

Esoterik als Gegenmodell zu Vernunft und Kritik

von Gunnar Schedel

Grundlage einer freien Gesellschaft ist eine möglichst freie Kommunikation. Diejenigen, denen zu selbständiger Entscheidung fähige Menschen ein Greuel sind, waren deshalb stets bemüht, die Voraussetzungen freier Kommunikation zu untergraben. Sie kontrollierten die Bildungseinrichtungen oder enthielten ganzen Bevölkerungsgruppen (die nach sozialen, sexistischen oder rassistischen Kriterien ausgewählt wurden) Bildung völlig vor. Die Kirchen und später die Staaten errichteten ausgeklügelte Zensurapparate. Und als die Öffentlichkeit mit Verboten allein nicht mehr zu kontrollieren war, wurden die Menschen mit Propaganda überzogen.

Bis in die Neuzeit hinein handelten die Herrschenden nach der Devise: "Auf hohlen Köpfen ist gut trommeln". Das Wissen war einer schmalen Oberschicht vorbehalten, die Zugangsmöglichkeiten nahmen mit sinkendem Sozialstatus rapide ab. Spätestens im 19. Jahrhundert zeigte sich dann aber, daß im industriellen Zeitalter Arbeitskräfte mit bestimmten Kenntnissen benötigt wurden. Da Ausbildung und (politische) Bildung sich nicht völlig trennen ließen, sahen sich die Herrschenden mit dem Problem konfontiert, daß immer breitere Kreise der Gesellschaft in der Lage waren, ihre Interessen zu formulieren und zu verfolgen. Die Reaktion darauf waren Bestrebungen, das Denken der Untertanen in bestimmte Richtungen zu lenken: Emotionen auslösende Ideologien, allen vor der Nationalismus, sollten die Menschen von ihren eigentlichen Interessen ablenken. Durch den Nationalsozialismus wurde dieses Modell (zumindest in der "westlichen Welt") weitgehend diskreditiert; die "totale Propaganda" wurde durch subtilere Mittel ersetzt. Zum Ende des Jahrhunderts zeichnet sich immer deutlicher ein anderer Trend ab: in der Flut der Reize, Meldungen und Sensationen fällt es dem Individuum immer schwerer, relevante Informationen von irrelevanten zu trennen. Hinzu kommt, daß diese Form "diffuser Propaganda" nicht mehr allein vom Staat oder staatstragenden Gruppierungen ausgeht, selbst von gezielter Beeinflussung kann kaum noch geredet werden; zu viele Stimmen ohne unmittelbares politisches Interesse tragen zum großen Stimmengewirr bei.

Gegen Vernunft, Kritik und Streitkultur

Propaganda kommt immer eine Doppelfunktion zu: sie soll die jeweils propagierten Inhalte den Menschen eintrichtern und zugleich bestimmte Diskursformen durchsetzen und andere diskreditieren. Etwas verallgemeinernd läßt sich sagen, daß der Appell an die großen (kollektiven) Gefühle eher zu den herrschaftlichen Kommunikationsstrategien gehört, während der rationale, auf Argumente gestützte Diskurs eher eine subversive Wirkung entfaltet. Früher waren die Institutionen der organisierten Religionen die natürlichen Verbündeten der Herrschenden; Thron und Altar knechteten die Untertanen gemeinschaftlich und die Kirchen waren dabei zuständig für die emotionale Konditionierung. Heute ist zumindest in der westlichen Welt die ideologische Alleinherrschaft der einstigen Dominanzreligion Christentum gebrochen, die Situation im religiösen (oder ideologischen) Supermarkt ist komplexer geworden. Doch auch die immer besser ins Geschäft kommenden Esoterik-Anbieter haben ein Interesse daran, Rationalität zu zerstören. Die institutionelle Verquickung von einst gibt es nicht mehr und trotzdem wirken die gebetsmühlenartig wiederholten "Weisheiten" der Nirwana-Laller gegen emanzipatorische Bestrebungen. Sie geben eine willkommene "Hintergrundmusik" ab zur neoliberalen Politik und ihren Folgen, die schließlich immer mehr Menschen mitsummen.

Bei aller Verschiedenheit der esoterischen Lehren eint die Obskuranten ein in vielen Fällen schon paranoider Haß auf Vernunft, Kritik und Streitkultur. Dies ist teilweise auf die vormodernen gesellschaftlichen Vorstellungen, in der tatsächlich existierende Interessengegensätze nicht vorkommen, zurückzuführen, teilweise darin begründet, daß die Gurus und ihre Anhänger selten über gute Argumente verfügen. Der Angriff auf den rationalen Diskurs gehört derzeit zu den gefährlichsten Angriffen auf die Demokratie (hier nicht verstanden als fdgo, sondern als Möglichkeit zur Selbstbestimmung). Die Vorstellungen der meisten esoterischen Gruppierungen zielen auf eine Auflösung des politischen Raums, in dem gesellschaftliche Konzepte als Alternativen diskutiert und einander widersprechende Interessen artikuliert werden. Während das Christentum noch den Anspruch hatte, alle Menschen mit der Heilsbotschaft von Jungfrauengeburt und Wiederauferstehung zu beglücken (und Millionen von Menschen massakrierte, wenn sie nur den Mund vor Staunen über soviel Blödsinn nicht schnell genug zu bekamen), verzichten die allermeisten der esoterischen Zirkel und Gemeinschaften darauf, die Durchsetzung ihrer Ideen für die gesamte Gesellschaft in Angriff zu nehmen. Sie begnügen sich damit, möglichst viele der spirituell Suchenden zu erreichen, bestreiten zugleich jedoch die Notwendigkeit, konkurrierende Ideen anhand intersubjektiv nachvollziehbarer und allgemein akzeptierter Kriterien zu vergleichen und zu bewerten.

Wer nun die Gruppen, ihre Ideologien und ihr Verständnis von Kommunikation kritisiert, sieht sich genau damit konfrontiert: auf Argumente wird selten entgegnet, dafür wird die Debatte sofort emotionalisiert und dadurch polarisiert. Hinzu kommt der Versuch, ein Klima der Angst zu erzeugen; der Gegner wird mit juristischen Klagen überzogen wird, neutrale Medien werden mit Gegendarstellungen bombardiert, Autoren erhalten Schmäh- und Drohbriefe. Zugute kommt den Okkult-Gruppierungen dabei ein allgemeiner Trend: Zensur verlagert sich zunehmend weg von direkten staatlichen Eingriff auf die zivilrechtliche Ebene und die Gerichte spielen mit. Für die Betroffenen bedeutet dies eine größere finanzielle Belastung, da Zivilprozesse deutlich höhere Anwalts- und Gerichtskosten produzieren als Strafverfahren. Und da jede noch so absurde Kleinigkeit Gegenstand der Auseinandersetzung sein kann, wird es auch schwieriger, Öffentlichkeit herzustellen (wer interessiert sich schon für Privatfehden, denen auf den ersten Blick keine politische Bedeutung zukommt?).

Anthroposophen gegen Alibri Verlag

Als aktuelles Musterbeispiel für diese Entwicklung kann die Auseinandersetzung der Anthroposophen mit dem Alibri Verlag, dem einzigen deutschsprachigen Verlag, der sich kontinuierlich kritisch mit Kirche, Religion und Esoterik auseinandersetzt, gelten. Der-

zeit hat es den Anschein, als solle der Verlag im Zusammenspiel von bayerischer Justiz und der durch Waldorferziehung und Weleda bekannt gewordenen Gruppierung lahmgelegt werden.

Die Geschichte hat eine recht lange Vorgeschichte und beginnt in Wien. Dort arbeitet der österreichische Regisseur Petrus van der Let seit einigen Jahren an einer Film-Reihe, die Voraussetzungen, Steigbügelhalter und Wurzeln des Nationalsozialismus darstellt. In dem Film, der sich mit den faschistoiden Tendenzen in der Esoterik befaßt, kommt dabei die Rede auch auf Rudolf Steiner und die von ihm begründete Anthroposophie.

Wer Anthroposophen nur als Holzspielzeug und Naturprodukte empfehlende Gutmenschen kennt, sollte sich von dieser Vorstellung verabschieden. Die Anthroposophen sind eine aggressiv vernunftfeindliche Gruppierung und die Maske der Freundlichkeit fällt spätestens dann, wenn der Sektengründer in die Kritik kommt. Für Kritik freilich gibt es vielfältige Gründe: in seinem 28.000-seitigen Werk finden sich Äusserungen zu so ziemlich allen Themen; zu keinem Thema war der als "Menschheitsführer" verehrte Steiner auf der Höhe seiner Zeit, zur Lösung heutiger Probleme hat er nichts beizutragen. Dafür wuchsen auf seiner kruden Irrationalität skurrile Blüten, medizinischer Unsinn ebenso wie eine abenteuerliche Vorstellung von der Entstehung der Welt, die von allerlei Geistern und Ringelreihn tanzenden Zwergen bevölkert wird. In diesem geistigen Horizont bewegt sich auch die Waldorfpädagogik, die unverständlicherweise noch heute als progressiv und kreativitätsfördernd gilt. Schließlich gibt es dutzendweise Stellen, an denen Steiner rassistische und chauvinistische Äußerungen übelster Art äußert.

Schwarzbuch Anthroposophie

Diese bilden einen Kernpunkt eines Buches zweier Autoren aus dem Film-Team, das als *Schwarzbuch Anthroposophie* im Januar 1997 im Wiener Ueberrether Verlag erschien. Bereits gegen die im November 1996 im ORF ausgestrahlte Dokumentation Erlöser: Theosophen, okkulte Orden und Übermenschen hatten die Anthroposophen Stimmung gemacht, u.a. protestierten sie gegen die Förderung des Filmprojektes durch das Österreichische Komitee der Europaratskampagne gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Intoleranz. Gegen das zwei Monate später erschienene Buch gingen diverse Waldorfschulvereine gerichtlich vor. Da das Manuskript auf bis heute unbekanntem Wege in die Hände der Anthroposophen gelangt war, gelang es diesen sehr schnell, Einstweilige Verfügungen zu erreichen, so daß das Buch innerhalb eines Vierteljahres im gesamten deutschsprachigen Raum nicht mehr lieferbar war. Das Vorgehen der Anthroposophen war dabei sehr einfallsreich, es reichte von urheberrechtlichen Schritten gegen das auf dem Cover verwendete Bild des Gurus bis hin zur Bestreitung von Aussagen von Waldorfschülern und -schülerinnen, zu denen die betreffende Schulleitung zunächst nicht bereit gewesen war, eine Stellungnahme abzugeben. Im Zentrum stand jedoch die Auseinandersetzung um die Frage, ob Kinder an Waldorfschulen nach rassistischen und okkulten Weltanschauungen erzogen werden; dies hatten die Autoren allerdings nie behauptet, sondern darauf hingewiesen, daß sich anhand von "Epochenheften" zeigen lasse, daß die unbestritten okkulten und rassistischen Vorstellungen Steiners in manchen Waldorfschulen "nachwirkten" - und auch diese Formulierung fand sich nur im Klappentext. Die Wiener Justiz entschied trotzdem gegen die Meinungsfreiheit, mit einer bemerkenswerten Begründung: "Werden nämlich - wie hier - an der Innen- und Außenseite des Umschlags zum 'Schwarzbuch Anthroposophie' ... Äußerungen veröffentlicht, dann ist auch nur dieser Umschlag maßgebend, nicht aber der sonstige Inhalt des Buches, der in aller Regel nicht die gleiche Publizität wie der zumeist öffentlich ausgestellte Buchumschlag erreicht. Daher ist bei dem flüchtigen Betrachter einer Buchpräsentation nicht auf die im Vorwort oder in den einzelnen Beiträgen enthaltenen Klarstellungen oder Relativierungen über Zusammenhänge zwischen Rudolf Steiner und dem Nachwirken seiner okkultistischen und rassistischen Weltanschauungen abzustellen." Im Sommer 1998 hat der Ueberreuter Verlag angesichts der kaum noch überschaubaren Anzahl an Verfahren mit teilweise sehr hohen Streitwerten (mehrere Hunderttausend ÖS) resigniert und auf eine Neuherausgabe des Buches endgültig verzichtet; auch eine vom Heyne Verlag bereits angekündigte Taschenbuchausgabe wird nicht erscheinen.

Zu diesem Zeitpunkt hatte sich das Kollektiv des Alibri Verlags bereits entschieden, gegen diese Form der Zensur den Autoren eine Plattform zu bieten; im Herbst erschien Waldorf Connection, das sich mit der Zensurgeschichte des Schwarzbuches, den rassistischen und okkultistischen Anteilen an Steiners Lehren und ausführlich mit Theorie und Praxis der Waldorfpädagogik befaßt. Wie kaum anders zu erwarten, lag nach knapp acht Wochen eine Unterlassungserklärung im Verlagspostfach, nicht jedoch von einer anthroposophischen Vereinigung, ein gewisser Josef Dvorak sah sich falsch dargestellt.

Maskenspiel eines "Experten"

Josef Dvorak spielt in der ganzen Auseinandersetzung nur eine Nebenrolle. Er wurde von den Anthroposophen als "Experte" aufgeboten, um die Mitgliedschaft Steiners in einem bestimmten Orden, dem O.T.O., zu widerlegen. Gleichwohl er in einer früheren Veröffentlichung selbst diese Mitgliedschaft behauptet hatte, dementierte er dies 1997 und griff die Brüder Grandt sowie Petrus van der Let scharf an. Da er keine Argumente zu bieten hatte, griff zum Mittel der Verleumdung: vom Arbeitsstil des Regisseurs, dessen Filme über die Ursachen des Nationalsozialismus von der Europaratskampagne gegen Rassismus gefördert und auf der Jüdischen Filmwoche uraufgeführt wurden, fühlte er sich an Goebbels erinnert. Insofern erschien seine Klage gegen den Alibri Verlag von Beginn an als Fortsetzung seiner "Experten"-Tätigkeit mit anderen Mitteln.

In den inkriminierten Passagen in Erlöser und Waldorf Connection geht es inhaltlich um die letztlich nebensächliche Frage, inwiefern Dvorak als seriöser Gutachter zur Bewertung der Verstrickung Rudolf Steiners in die okkultistische Szene zu Beginn des Jahrhunderts angesehen werden kann. Die Autoren hatten zur Klärung dieser Frage

diverse Zeitzeugen und Autoren, die sich wissenschaftlich mit der Satanismus-Szene beschäftigen, zitiert sowie einige Texte von und über Dvorak selbst als Belege angeführt. Auch Dvoraks "Widerruf" wurde in diesem Zusammenhang ausführlich und ohne sinnentstellende Kürzungen zitiert. Das Fazit fiel deutlich aus: Dvorak kann als Experte nicht ernst genommen werden. In einer Talkshow hatte er Sympathien für eine bestimmte Richtung des Satanismus bekannt; mehrfach hatte er sich in den letzten 10 Jahren unwidersprochen als "Satanist" bezeichnen lassen (u.a. in einem 1992 erschienenen Standardwerk über Satanismus, das er - sofern er als Experte ernst genommen werden will - kennen mußte); nachweislich hatte er obskure Rituale zelebriert, von denen er 1992 im Fernsehen noch behauptete, daran sei "nichts gestellt" und die er heute als künstlerische Performances darstellt.

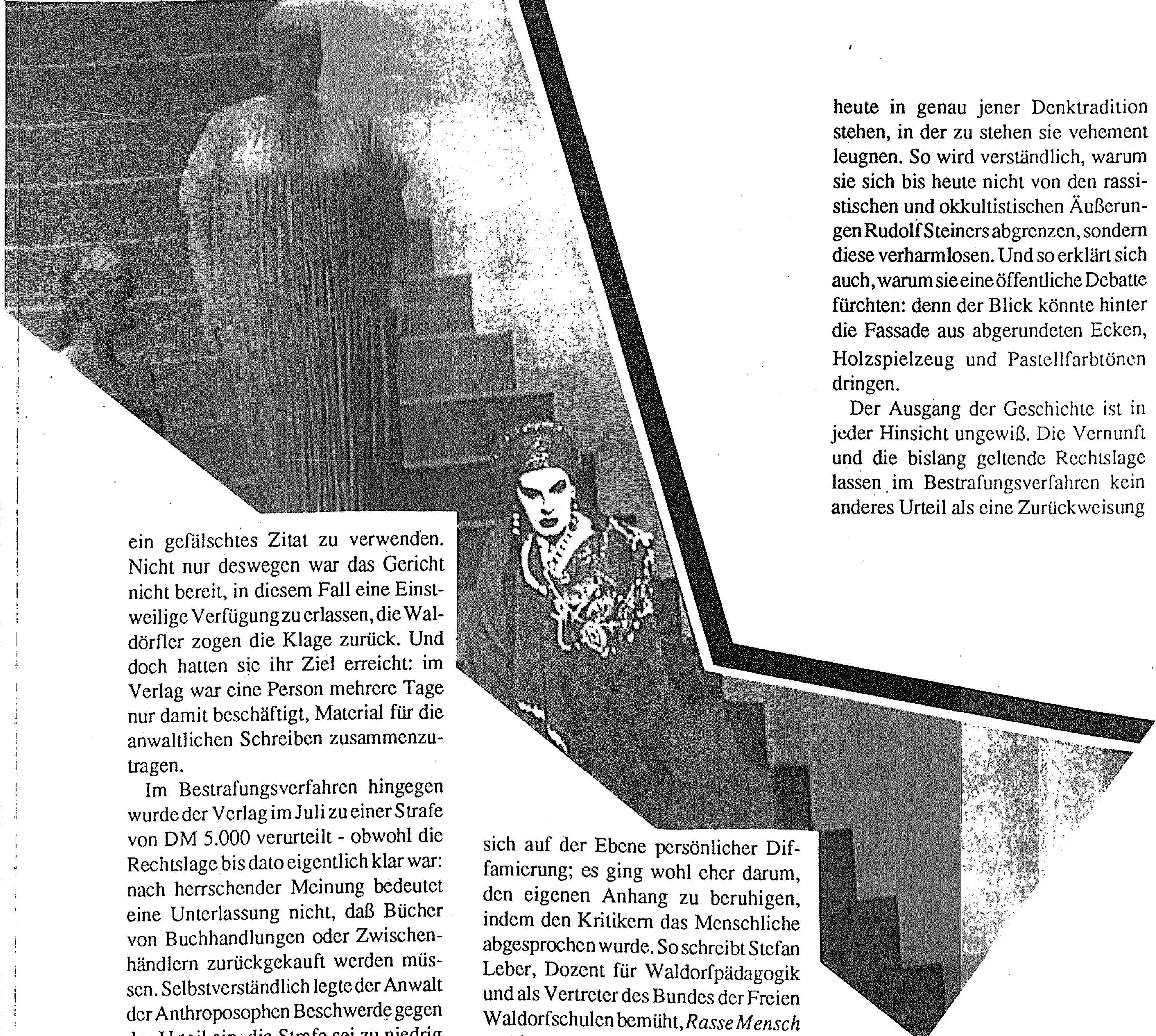
Doch nun bestritt Dvorak in seitenlangen Eidesstattlichen Erklärungen jeglichen Zusammenhang mit der Satanismus-Szene und insbesondere mehrere in den zitierten Stellen enthaltene Tatsachenbehauptungen. Alles unwahr, ironisch gemeint, falsch zitiert, mißverstanden; schon immer sei er Aufklärer gewesen und bei der Durchführung der Rituale habe er stets höchstselbst darauf geachtet, daß Himbeersaft anstelle von Wein verwendet werde. Das Landgericht München nahm die Märchenstunde für bare Münze, übersah geflissentlich alle Widersprüche (so hatte Dvorak sich in einer Fernsehtalkshow einerseits vom Satanismus abgegrenzt, zugleich war als seine These "Jeder Mensch braucht Satan" eingeblendet; auf diese Weise hielt er sich alle Interpretations-möglichkeiten offen) und ging auf die Argumentation, daß durch die Zitate genau jene Kommunikationsstrategie der Doppelzüngigkeit dokumentiert werde, gar nicht ein. So wurden sämtliche neun beklagte Stellen verboten, beide Bücher waren damit nicht mehr lieferbar. Um was es tatsächlich ging, läßt sich unschwer aus der Tatsache ablesen, daß eines der Bücher, aus denen zu zitieren den Autoren nun verboten war, noch im März im Buchhandel bezogen werden konnte; zu keinem Zeitpunkt hatte Dvorak versucht, die Verbreitung des Buches zu unterbinden.

Klagen über Klagen

Ein solches Urteil trifft jeden Kleinverlag hart, zumal es geschickt eingefädelt war, die Auseinandersetzung auf einen "Nebenkriegsschauplatz" zu verlagern. Da es scheinbar um die Reputation eines alternden Okkult-Clowns ging, fiel es schwer, Öffentlichkeit für das eigentliche Thema, die wirren & menschenverachtenden Lehren des Rudolf Steiner und die Diskussionsunfähigkeit seiner Anhänger, herzustellen. Die erste Runde war deutlich an die Anthroposophen gegangen.

Aber das Alibri-Team hatte grundsätzlich mit einer Zensur-Attacke gerechnet und die Neuauflage von Waldorf Connection bereits in Vorbereitung. Als die Anthroposophen merkten, daß die Debatte - anders als im Jahr zuvor - mit dem einen Prozeß nicht zu unterbinden war, legten sie nach. Ab Ende April trudelten nahezu wöchentlich anwaltliche Schreiben beim Verlag ein. Die Zielrichtung war offensichtlich: die Vernichtung des Verlags. In einer offensichtlich koordinierten Aktion waren nach der Urteilsverkündung noch im Buchhandel bzw. bei den Zwischenhändlern vorhandene Exemplare aufgekauft worden. Diese reichte der Anwalt Dvoraks nun bei Gericht ein und forderte wegen angeblicher Verstöße gegen das Verkaufsverbot eine Strafe von DM 40.000. Das Verfahren war noch nicht entschieden, da wurde das im April erschienene Buch *Rasse Mensch* zur Zielscheibe anthroposophischer Zensurbestrebungen. Der Aufsatzband beleuchtet die Wurzeln des Rassismus in den verschiedensten gesellschaftlichen Bereichen; in diesem Rahmen geht Petrus van der Let in einem Teilkapitel auch auf die rassistischen Anklänge in diversen esoterischen Gedankengebäuden ein und stellt sie als Wegbereiter für den nationalsozialistischen, eliminatorischen Rassismus dar. In diesem Zusammenhang wird, als einer unter vielen auch Rudolf Steiner als geistiger Brandstifter benannt.

Durch den ersten Sieg vor Gericht offensichtlich siegessicher ließen die Anthroposophen die zuvor mühsam aufrecht erhaltene Fassade, sie hätten mit dem Verfahren rein gar nichts zu tun, fallen. Die Klage des Bundes der Freien Waldorfschulen gegen *Rasse Mensch* wurde von jenem Anwalt eingereicht, der auch Dvorak vertrat; und einer der im Bestrafungsverfahren benannten "Zeugen" war ohne großen Aufwand als fanatischer Steiner-Anhänger zu identifizieren (dessen Frau wurde Monate später in der Lokalzeitung mit den Worten zitiert *"Wenn uns der Alibri Verlag ans Bein pinkelt, werden wir ihn klein machen"*, was sie daraufhin sofort in einer Gegendarstellung dementierte - ein Vorgehen, das uns im Verlauf des Artikels irgendwo schon einmal begegnet ist...). Teilweise nahm das Ganze groteske Ausmaße an. Auf einer Veranstaltung waren korrekt geschwärzte Exemplare verkauft worden - auch dies wurde beanstandet, die Schwärzungen seien nicht schwarz genug ge-wesen. Und im Verfahren gegen *Rasse Mensch* entblödete sich Rechtsanwalt Gerd F. Hegemann nicht, in seinem Schriftsatz



heute in genau jener Denktradition stehen, in der zu stehen sie vehement leugnen. So wird verständlich, warum sie sich bis heute nicht von den rassistischen und okkultistischen Äußerungen Rudolf Steiners abgrenzen, sondern diese verharmlosen. Und so erklärt sich auch, warum sie eine öffentliche Debatte fürchten: denn der Blick könnte hinter die Fassade aus abgerundeten Ecken, Holzspielzeug und Pastellfarbtönen dringen.

Der Ausgang der Geschichte ist in jeder Hinsicht ungewiß. Die Vernunft und die bislang geltende Rechtslage lassen im Bestrafungsverfahren kein anderes Urteil als eine Zurückweisung

ein gefälschtes Zitat zu verwenden. Nicht nur deswegen war das Gericht nicht bereit, in diesem Fall eine Einstweilige Verfügung zu erlassen, die Waldörfler zogen die Klage zurück. Und doch hatten sie ihr Ziel erreicht: im Verlag war eine Person mehrere Tage nur damit beschäftigt, Material für die anwaltlichen Schreiben zusammenzutragen.

Im Bestrafungsverfahren hingegen wurde der Verlag im Juli zu einer Strafe von DM 5.000 verurteilt - obwohl die Rechtslage bis dato eigentlich klar war: nach herrschender Meinung bedeutet eine Unterlassung nicht, daß Bücher von Buchhandlungen oder Zwischenhändlern zurückgekauft werden müssen. Selbstverständlich legte der Anwalt der Anthroposophen Beschwerde gegen das Urteil ein, die Strafe sei zu niedrig ausgefallen - tatsächlich dürfte es darum gehen, den Verlag durch eine endlose Serie von Gerichtsterminen zu lähmen; als Anfang November erneut über den Bestrafungsantrag verhandelt werden sollte, platzte der Prozeß: Anwalt Hegemann hatte eine Ausweitung des Verfahrens beantragt, auch die zweite Auflage von Waldorf Connection verstoße gegen das Urteil vom Februar.

Doch die Anthroposophen waren nicht allein auf der juristischen Ebene aktiv. Schon im Dezember hatten sie zur inhaltlichen Auseinandersetzung mit den Thesen der Gebrüder Grandt angesetzt. Die Zeitschrift Flensburger Hefte widmete dem "Feldzug gegen Rudolf Steiner" ein ganzes Heft. Neutrale Beobachter dürften die Einlassungen kaum überzeugt haben, denn die meisten Einwendungen zielen auf völlige Nebensächlichkeiten oder bewegen sich auf der Ebene persönlicher Diffamierung; es ging wohl eher darum, den eigenen Anhang zu beruhigen, indem den Kritikern das Menschliche abgesprochen wurde. So schreibt Stefan Leber, Dozent für Waldorfpädagogik und als Vertreter des Bundes der Freien Waldorfschulen bemüht, *Rasse Mensch* verbieten zu lassen, über die Autoren von Waldorf Connection: "Sie fragen nach einer Charakteristik dieses Journalismus. Da fällt mir nur ein Bild ein: Wenn ich in der Nähe meines Hauses spazierengehe, gibt es dort auch andere Spaziergänger. Sie führen ihre Hunde aus. Während mein Blick auf Bäume, Vorgärten, die Blumen, die mir begegnenden Menschen fällt, bewegen sich unten die Hunde, schnüffelnd von Duftmarke zu Duftmarke und jeweils ihre eigene hinterlassend. Sie folgen einer Spur, sie riechen Urin und Kot; Rosenduft und Veilchen interessieren sie nicht. Es besteht ein inniger Zusammenhang zwischen dem Erschnüffeln und der eigenen Ausscheidung. So wird hier Steiner verarbeitet. Die Grandts beispielsweise..." (Flensburger Hefte 63, S. 65). Allein der Tiervergleich belegt deutlich, daß die Anthroposophen bis

der nur dürftig mit juristischen Phrasen getarnten Vollstreckungsphantasien der Anthroposophen und ihrer Handlanger zu. Aber in Bayern gehen die Uhren anders und sobald die "zensierte Fassung" von Erlöser wieder auf den Markt kommt, ist mit den nächsten Prozessen zu rechnen. Schon jetzt belaufen sich die Gesamtkosten günstigstenfalls auf DM 10.000, bei einem ungünstigen Ausgang kann die Summe drei- bis viermal so hoch sein. Dies würde mit ziemlicher Sicherheit das Ende des Verlags bedeuten. Für die Anthroposophen und andere obskurante Vereinigungen wäre das ein weiterer Schritt hin zu einer "freien Gesellschaft", wie sie sie verstehen: frei von Vernunft und Kritik.

Steiner im Original -

Belege für seine rassistischen Vorstellungen

"Diese Schwarzen in Afrika haben die Eigentümlichkeit, daß sie alles Licht und alle Wärme vom Weltenraum aufsaugen. Sie nehmen das auf. Und dieses Licht und diese Wärme im Weltenraum, die kann nicht durch den ganzen Körper hindurchgehen, weil ja der Mensch immer ein Mensch ist, selbst wenn er ein Schwarzer ist. Es geht nicht durch den ganzen Körper durch, sondern hält sich an der Oberfläche der Haut, und da wird die Haut dann selber schwarz. (...) Überall nimmt er Licht und Wärme auf, überall. Das verarbeitet er in sich selber. Da muß etwas sein, was ihm hilft, bei diesem Verarbeiten, das ist namentlich sein Hinterhirn. Beim Neger ist daher das Hinterhirn besonders ausgebildet. Das geht durch das Rückenmark. Und das kann alles das, was da im Menschen drinnen ist an Licht und Wärme, verarbeiten. Daher ist beim Neger namentlich alles das, was im Körper und dem Stoffwechsel zusammenhängt, lebhaft ausgebildet. Er hat, wie man sagt, ein starkes Triebleben, Instinktleben. Der Neger hat also ein starkes Triebleben. Und weil er eigentlich das Sonnige, Licht und Wärme, da an der Körperoberfläche in seiner Haut hat, geht sein ganzer Stoffwechsel so vor sich, wie wenn er in seinem Innern von der Sonne selber gekocht würde. Daher kommt sein Triebleben. Im Neger wird das drinnen fortwährend richtig gekocht, und dasjenige, was dieses Feuer schürt, das ist das Hinterhirn. (...) Und wir Europäer, wir armen Europäer haben das Denkleben, das im Kopf sitzt. (...) Daher ist Europa immer der Ausgangspunkt für alles dasjenige gewesen, was nun das Menschliche so entwickelt, daß das zur gleichen Zeit mit der Außenwelt in Beziehung kommt. (...) Wenn die Neger ... nach dem Westen auswandern, da können sie nicht mehr soviel Licht und Wärme aufnehmen wie in ihrem Afrika. (...) Daher werden sie kupferrot, werden Indianer. Das kommt davon her, weil sie gezwungen sind, etwas von Licht und Wärme zurückzuwerfen. Das glänzt dann kupferrot. Das können sie nicht aushalten. Daher sterben sie als Indianer im Westen aus, sind wie-derum eine untergehende Rasse, sterben an ihrer eigenen Natur, die zu wenig Licht und Wärme bekommt, sterben an dem Irdischen. (...) Die Weißen sind eigentlich diejenigen, die das Menschliche in sich entwickeln. Daher sind sie auf sich selber angewiesen. Wenn sie auswandern, so nehmen sie die Eigentümlichkeiten der anderen Gegenden etwas an, doch sie gehen, nicht als Rasse, sondern mehr als einzelne Menschen zugrunde. (...) Die weiße Rasse ist die zukünftige, ist die am Geiste schaffende Rasse."

Rudolf Steiner, Vortrag am 3.3.1923 in Dornach vor dem Bau des ersten Goetheanums, zit. nach Thomas Höfer: Der Hammer kreist, zur Bewertung problematischer Aussagen Rudolf Steiners, in: Flensburger Hefte 41, Juni 1993, S. 8f.

"Neulich bin ich in Basel in eine Buchhandlung gekommen, da fand ich das neueste Programm dessen, was gedruckt wird: ein Negerroman, wie überhaupt jetzt Neger allmählich in die Zivilisation von Europa hereinkommen! Es werden überall Negertänze aufgeführt, Negertänze gehüpft. Aber wir haben ja sogar schon diesen Negerroman. Er ist urlangweilig, greulich langweilig, aber die Leute verschlingen ihn. Ja, ich bin meinerseits davon überzeugt, wenn wir noch eine Anzahl Negerromane kriegen und geben diese Negerromane den schwangeren Frauen zu lesen, in der ersten Zeit der Schwangerschaft namentlich, wo sie heute ja gerade solche Gelüste manchmal entwickeln können - wir geben diese Negerromane den schwangeren Frauen zu lesen, da braucht gar nicht dafür gesorgt zu werden, daß Neger nach Europa kommen, damit Mulatten entstehen; da entsteht durch rein geistiges Lesen von Negerromanen eine ganze Anzahl von Kindern in Europa, die ganz grau sind, Mulattenhaare haben, die mulattenähnlich aussehen werden."

Rudolf Steiner, GA 348, S. 185

"Die Negerrasse gehört nicht zu Europa, und es ist natürlich nur ein Unfug, daß sie jetzt in Europa eine so große Rolle spielt."

Rudolf Steiner, Vortrag vom 3.3.1923, GA 349, 1980, S. 52f.

"Die schreckliche Kulturbrutalität der Verpflanzung der schwarzen Menschen nach Europa, es ist eine furchtbare Tat, die der Franzose an anderen tut. Sie wirkt in noch schlimmerer Weise auf Frankreich selbst zurück. Auf das Blut, auf die Rasse wirkt das unglaublich stark zurück. Das wird wesentlich die französische Dekadenz fördern. Das französische Volk wird als Rasse wieder zurückgebracht."

Rudolf Steiner, GA 300/2, 1975, S. 282

"Zuletzt würden nur mehr Braun- und Schwarzhaarige da sein können; aber wenn nicht abgeholfen wird, so bleiben sie zugleich dumm. Denn je stärker die Körperkräfte sind, desto weniger stark sind die seelischen Kräfte. Und die Erdenmenschheit würde vor der Gefahr stehen, wenn die Blonden aussterben, daß die ganze Erdenmenschheit eigentlich dumm würde. (...) Die Menschen würden ja, wenn die Blauäugigen und Blondhaarigen aussterben, immer dümmer werden, wenn sie nicht zu einer Art Gescheitheit kommen würden, die unabhängig ist von der Blondheit. Die blonden Haare geben eigentlich Gescheitheit. Geradeso wie sie wenig in das Auge hineinschicken, so bleiben sie im Gehirn mit Nahrungssäften, geben ihrem Gehirn die Gescheitheit. Die Braunhaarigen und Braunäugigen, und die Schwarzhaarigen und Schwarzäugigen, die treiben das, was die Blonden ins Gehirn treiben, in die Augen und Haare hinein. Daher werden sie Materialisten, gehen nur auf dasjenige, was man sehen kann, und es muß das durch geistige Wissenschaft ausgeglichen werden. Man kann also eine Geisteswissenschaft haben in demselben Maße, als die Menschheit mit der Blondheit ihre Gescheitheit verliert. (...) Denn es ist tatsächlich so, daß, je mehr die blonden Rassen aussterben, desto mehr auch die instinktive Weisheit der Menschen stirbt. Die Menschen werden dümmer."

Rudolf Steiner, Über Gesundheit und Krankheit, S. 103



Alle Fotos: Jürgen Lichtenberger

Das Kontinuum der Geschichte aufsprengen!

Walter Benjamins geschichtsphilosophischen Thesen zwischen historischem Materialismus, jüdischer Mythologie und libertärer Geschichtsauffassung

von Lutz Neuber

Die derzeitige Krise der Linken ist nicht zuletzt einer Auffassung von Geschichte geschuldet, die durch die Annahme einer zielgerichteten Entwicklung der menschlichen Gesellschaft gekennzeichnet ist, an deren Ende die Errichtung des Sozialismus/Kommunismus steht. Der Kapitalismus wurde daher als ein notwendiges Vorstadium begriffen, in dessen Schoße sich die Voraussetzungen für die Überwindung jeglicher Ausbeutung quasi gesetzmäßig herausbilden. Das Ergebnis war eine eher abwartende Haltung, der Streit darüber, ob die jeweiligen Bedingungen für die Revolution überhaupt schon reif wären.

Bei der kritischen Überprüfung dieser Auffassungen wird man früher oder später auf Benjamins Thesen *"Über den Begriff der Geschichte"* stoßen. In diesem Aufsatz erteilt Benjamin jener fatalistischen Einstellung gegenüber der Geschichte eine klare Absage.

Bei der Lektüre der Benjaminschen Thesen und stärker noch der Notizen und Vorarbeiten zu diesen fällt - neben der Bezugnahme auf die jüdische Mythologie - die Nähe zu anarchistischen Geschichtsauffassungen auf. Ziel dieses Aufsatzes soll es sein, diesen Zusammenhang näher herauszuarbeiten und die Aktualität der Benjaminschen Geschichtsphilosophie in der heutigen Zeit zu untersuchen.

Einleitung

Walter Benjamin wurde 1896 in Berlin als Kind wohlhabender jüdischer Eltern geboren. Er wuchs unter dem Einfluß der Kultur der deutschen Romantik und der jüdisch-zionistischen Bewegung auf. Die Erschütterungen, die in seiner Generation durch den ersten Weltkrieg erfolgten sowie die Beschäftigung mit den Schriften des französischen Anarchosyndikalisten Georges Sorel sowie des deutschen Anarchisten Gustav Landauer brachten ihn in Kontakt mit libertärem Denken, das zu dieser Zeit in Deutschland den Punkt seiner weitesten Verbreitung erreicht hatte. Später geriet er dann zunehmend unter den Einfluß der kommunistischen Bewegung sowie an der Universität in Frankfurt in Kontakt mit späteren Vertretern der Kritischen Theorie.

Die aus seinem Nachlaß veröffentlichten Thesen "Über den Begriff der Geschichte" standen bei ihrem Erscheinen Anfang der 40er Jahre in krassem Widerspruch zu den beiden dominierenden Varianten der Geschichtsschreibung: dem Historismus wie dem der orthodox-marxistischen Parteien der Arbeiterbewegung.

Benjamin verwarf die bis zur Jahrhundertwende allein dominierende Auffassung der Universalgeschichte des Historismus als pure Aneinanderreihung von geschichtlichen Fakten ohne jeglichen Bezug auf die Probleme der Gegenwart.

Gleichzeitig wandte er sich jedoch auch gegen die vor allem mit der erstarkenden Arbeiterbewegung verbreitende Fortschrittsgläubigkeit, die auf einem stark simplifizierten historischen Materialismus Marxscher Prägung basierte.

Dagegen setzte Benjamin einen kritisch verstandenen historischen Materialismus, durchsetzt von Elementen jüdischer Mythologie und anarchistisch-

libertärem Denken. Unter dem Eindruck des Nationalsozialismus auf dem Höhepunkt seiner Macht einerseits, sowie des kläglichen Versagens der Arbeiterbewegung bis hin zur Selbstaufgabe im Hitler-Stalin-Pakt von 1939 andererseits entwirft Benjamin einen völlig neuen Geschichtsbegriff, der mit dem Fortschrittsglauben bricht und dagegen eine messianische Utopie des aktiven Eingreifens in den Verlauf der Geschichte setzt.

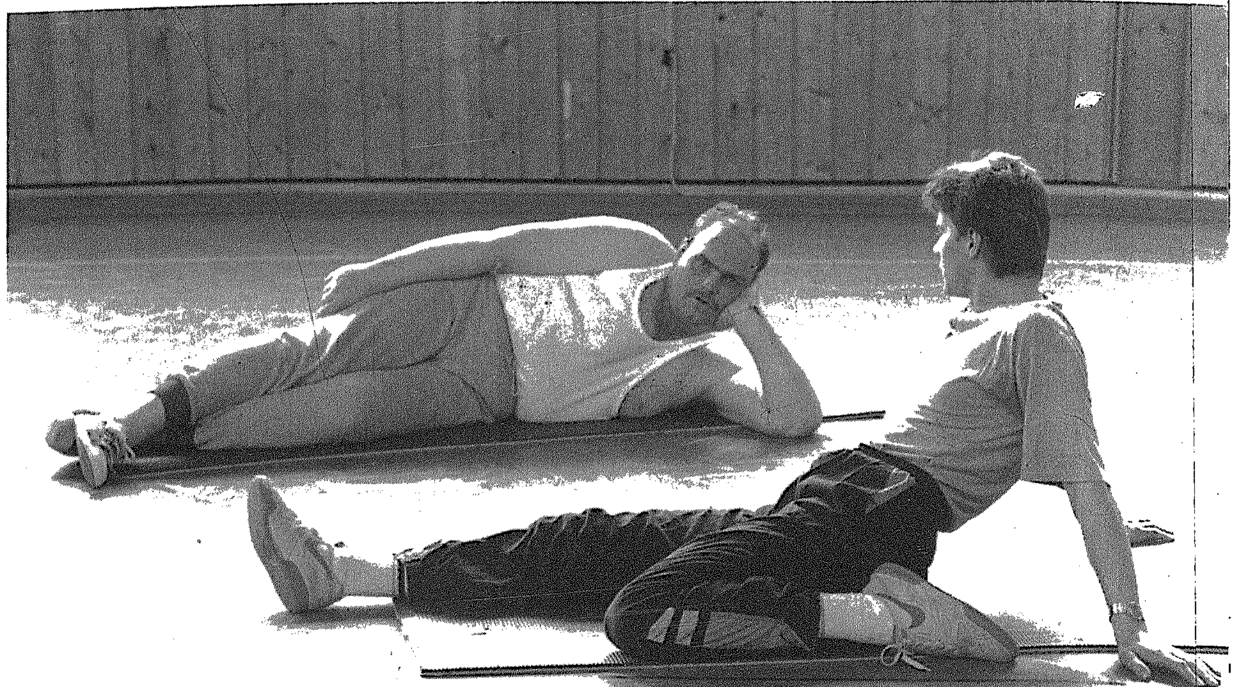
Ausgangspunkt der Benjaminschen Geschichtsauffassung

In seinem Essay "Über den Begriff der Geschichte" versucht Benjamin angesichts der vollständigen Niederlage der internationalen Arbeiterbewegung zu Beginn des zweiten Weltkrieges die einst revolutionäre Kraft des historischen Materialismus wiederzubeleben. Ausgangspunkt ist dabei das Gleichnis des Schachautomaten, an dem eine türkischen Puppe sitzt, die jeden Gegner besiegen kann, solange sie sich eines versteckten Zwerges, eines Meisters des Schachspiels bedient. Die Puppe steht für diejenige Spielart des historischen Materialismus, die zum Zeitpunkt der Niederschrift der Thesen kraftlos geworden war und daher der Unterstützung der Theologie in Gestalt des Zwerges bedürfe. Durch eine Verbindung dieser beiden – scheinbar unvereinbaren – Elemente könne die materialistische Konzeption wieder die Initiative erlangen und "es ohne weiteres mit jedem aufnehmen".

Kritik des Historismus

Benjamin nimmt in seinen geschichtsphilosophischen Thesen auf die eingangs erwähnten zwei Hauptströmungen der Geschichtsschreibung Bezug. Der Historismus, der von dem Prinzip der Geschichtlichkeit des Gegenstandes der historischen Erkenntnis wie auch der Begriffe ausgeht, beschränkte die Rolle der Geschichtswissenschaft auf eine bloße Aneinanderreihung von historischen Fakten. Mit Hilfe des Einfühlungsgedankens sollte versucht werden, die geschichtlichen Ereignisse möglichst adäquat wiederzugeben. Ergebnis war ein verselbständigter historischer Wissenschaftsbetrieb, der mittels dieses "historischen Relativismus" in letzter Konsequenz nur den Stoff für die Geschichtsbücher lieferte, jegliche Rückschlüsse auf die Gegenwart aber bewußt vermied. Gleichzeitig wird vom Historismus die Abgeschlossenheit der geschichtlichen Epochen bzw. Kulturen gegeneinander betont, die in ihrer Summe schließlich die Universalgeschichte der Menschheit bilden.

Benjamin kritisierte dieses Verfahren als eine Geschichtsschreibung der Sieger, da jene es sind, in die sich der Geschichtsschreiber des Historismus einfühlt. Dieses "additive Verfahren" biete lediglich "die Masse der Fakten auf, um die homogene und leere Zeit auszufüllen" und diene nur dazu, die Wirklichkeit zu legitimieren, die Existenz von Herrschaft als das Normale in der menschlichen Gesellschaft darzustellen. Somit entsteht im Laufe der Zeit jener "Triumphzug", in dem die Kulturgüter der vorangegangenen Epochen als "Beute" mitgeführt werden, ohne das Leiden derer zu erwähnen, die letztendlich diese Güter schufen.



Dagegen setzt Benjamin ein "konstruktives Prinzip" (These XVII) der Geschichtsschreibung, des Aufgreifens der Traditionen der Unterdrückten. Diese werden im Augenblicke der Gefahr, ihrer Aktualität, dem Subjekt der Geschichte gewahr, in dem die Zeit zur "Monade" erstarrt und sich dem Betrachter als Abbild einer ganzen Epoche darlegen. Die Aufgabe des Historikers ist es also nicht, verschiedene Ereignisse in ihrem Ablauf zu verfolgen, sondern bestimmte revolutionäre Augenblicke aus "dem homogenen Verlauf der Geschichte herauszusprengen", um die Bedeutung jener Epoche für den Geschichtsverlauf zu *erfahren.*

Mit diesem Verfahren wird nach Benjamin das Geschichtsbild des Historismus "vom historischen Materialismus durchschlagen" (These V). Auch wenn sich Benjamin auf die Seite der historischen Materialisten schlägt, verschont er diesen selbst nicht mit Kritik. Er gebraucht den Begriff des "historischen Materialismus" in verschiedener Weise: Einerseits als die Geschichtsauffassung der Arbeiterklasse, die zum Zeitpunkt der Niederschrift der Thesen längst nicht mehr der ihrer Begründer, Marx und Engels, entsprach. Andererseits will er nicht einfach die vulgärmarxistischen Verdrehungen beseitigen und zum "ursprünglichen" Begriff des historischen Materialismus zurückkehren, sondern diesen mit theologischen Elementen anreichern, um ihn wieder in einen aktuellen Bezug zur *Jetztzeit* zu setzen.

Der historische Materialismus bei Marx

Marx hat den historischen Materialismus als die "Wissenschaft der Geschichte"[1] schlechthin bezeichnet. Die menschliche Geschichte wird als Prozeß der Schöpfung des Menschen durch sich selbst im Durchgang durch das Stadium der Entfremdung betrachtet. In diesem Prozeß spielt die Auseinandersetzung mit der Natur, die Arbeit, eine entscheidende Rolle.

Diese vollzieht sich in einer gesetzmäßigen, durch die Entwicklung der Produktivkräfte bestimmten, Abfolge von Produktionsweisen. Mit der Verbesserung der Produktionsmittel und -methoden, der Entfaltung der Produktivkräfte, geraten diese in Widerspruch mit den gegebenen Produktionsverhältnissen, die die weitere Fortentwicklung hemmen. Dieser Widerspruch wird durch die revolutionäre Umwälzung der Produktionsverhältnisse aufgelöst, eine neue Produktionsweise etabliert sich. In jeder dieser Produktionsweisen existiert eine Grundklasse, die dazu bestimmt ist, Trägerin des gesellschaftlichen Fortschrittes zu sein. Im Kapitalismus ist dies die Arbeiterklasse, der von Marx eine "historische Mission"[2] zugewiesen wird. Der Kapitalismus ist auch die letzte Gesellschaftsordnung, die mit einem antagonistischen Widerspruch behaftet ist, d.h. mit dessen Ablösung durch den Sozialismus, vollzogen durch die Machtergreifung des Proletariats, gibt es keine unüberwindbaren gesellschaftlichen Widersprüche mehr, da keinerlei Klassen als deren Träger mehr existieren. Damit wird auch die Entfremdung des Menschen abgeschafft und das Stadium der Vorgeschichte überwunden. Die eigentliche Geschichte der Menschheit beginnt.

Die Entwicklung der Menschheit ist somit faktisch ein naturwüchsiger Prozeß, der sich zwar im Kampf der verschiedenen menschlichen Klassen untereinander vollzieht, jedoch in seiner Richtung nicht auf Dauer beeinflußt werden kann. Aufgabe der Arbeiterklasse dabei ist es, sich ihrer Rolle als "Totengräber des Kapitalismus" bewußt zu werden und mittels einer Revolution die nächste Stufe des menschlichen Fortschrittes zu erkämpfen.

Dem von Marx inspirierten Teil der Arbeiterbewegung gelang es, im Verlaufe der geschichtlichen Entwicklung in der ersten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts in den meisten Ländern die Vorherrschaft zu erringen. Bereits vor dem ersten Weltkrieg konnten sich in den meisten Parteien Kräfte durchsetzen, die anstelle der Revolution auf ein Konzept des langsamen Hineinwachsens in den Sozialismus setzten.

Mit der Oktoberrevolution in Rußland erfolgte dann die Spaltung in einen kommunistischen und einen sozialdemokratischen Flügel. Ersterer versuchte zu den revolutionären Traditionen Marx' zurückzukehren. Infolge des Ausbleibens der Revolution in den westeuropäischen Ländern erfolgte dann aber eine schrittweise Unterordnung der kommunistischen Parteien unter die KPdSU, die revolutionäre Entwicklungen nur noch dann unterstützte, wenn es in ihr außenpolitisches Konzept paßte und ihre alleinige Führung gewährleistet war.

Das ist die Situation, in der Benjamin seine Kritik der Sozialdemokratie wie auch jener "Politiker (...), die ihre Niederlage mit dem Verrat an der eigenen Sache bekräftigen" (These X), also die der kommunistischen Dritten Internationale, formuliert.

Kritik der Arbeiterparteien

Die zwei oben genannten Kritiken sind im Prinzip nicht voneinander zu trennen, da die kritisierten Tendenzen in den beiden vorherrschenden Strömungen der sich auf Marx berufenden Arbeiterparteien zu verzeichnen waren – wenn auch unterschiedlich stark ausgeprägt.

Die zentrale Kritik Benjamins an den Arbeiterparteien ist die des völlig unkritischen Fortschrittsbegriffes. Mit der Weiterentwicklung der Wissenschaften und damit der Produktivkräfte sowie der Ausdehnung der Industrie wächst sozusagen automatisch die "Massenbasis" der Partei, womit die Voraussetzungen für den Übergang zur klassenlosen Gesellschaft geschaffen werden. Die darin implizierte Zielhaftigkeit der geschichtlichen Entwicklung auf Basis einer quantitativen Anhäufung von Fortschritten wird von Benjamin ebenso verworfen, wie der angenommene Zusammenhang von technischer Entwicklung und zivilisatorischem Fortschritt in Richtung einer freieren Gesellschaft. Damit einher geht eine auf einer "protestantischen Werkmoral" fußende Verherrlichung der Arbeit durch die Arbeiterparteien, die auf der Gegenseite eine Bejahung der hemmungslosen Ausbeutung der Natur impliziert.

Ein weiterer Kritikpunkt Benjamins am "Vulgärmarxismus" ist die des sich dort ausbreitenden Fatalismus, der letztendlich auf dem Vertrauen in den gesetzmäßigen Verlauf der Geschichte, der falschen Gewißheit der Ablösung des Kapitalismus durch den Sozialismus basiert. Die Leninsche "revolutionäre Situation", die dann eintreten sollte, wenn alle objektiven und subjektiven Voraussetzung für eine Ablösung des

Kapitalismus durch den Sozialismus gegeben sind, wurde von den Führern der Arbeiterparteien immer wieder verschoben, so daß sie schließlich "nie kommen wollte". Die revolutionäre Ablösung des Kapitalismus wurde somit zu einer "unendlichen Aufgabe" umdefiniert, die "leere und homogene Zeit in ein Vorzimmer, in dem man mit mehr oder weniger Gelassenheit auf den Eintritt der revolutionären Situation warten konnte"[3], so daß die Arbeiterklasse "in dieser Schule gleich sehr den Haß wie die Opferfähigkeit" verlernte. Nicht mehr die revolutionären Traditionen waren der Maßstab für das Handeln der Arbeiterklasse, sondern das "Idealbild der befreiten Nachkommen"[4]. Frei nach der sattsam bekannten Parole: "die Enkel fechten's besser aus".

Benjamins Geschichtsphilosophie

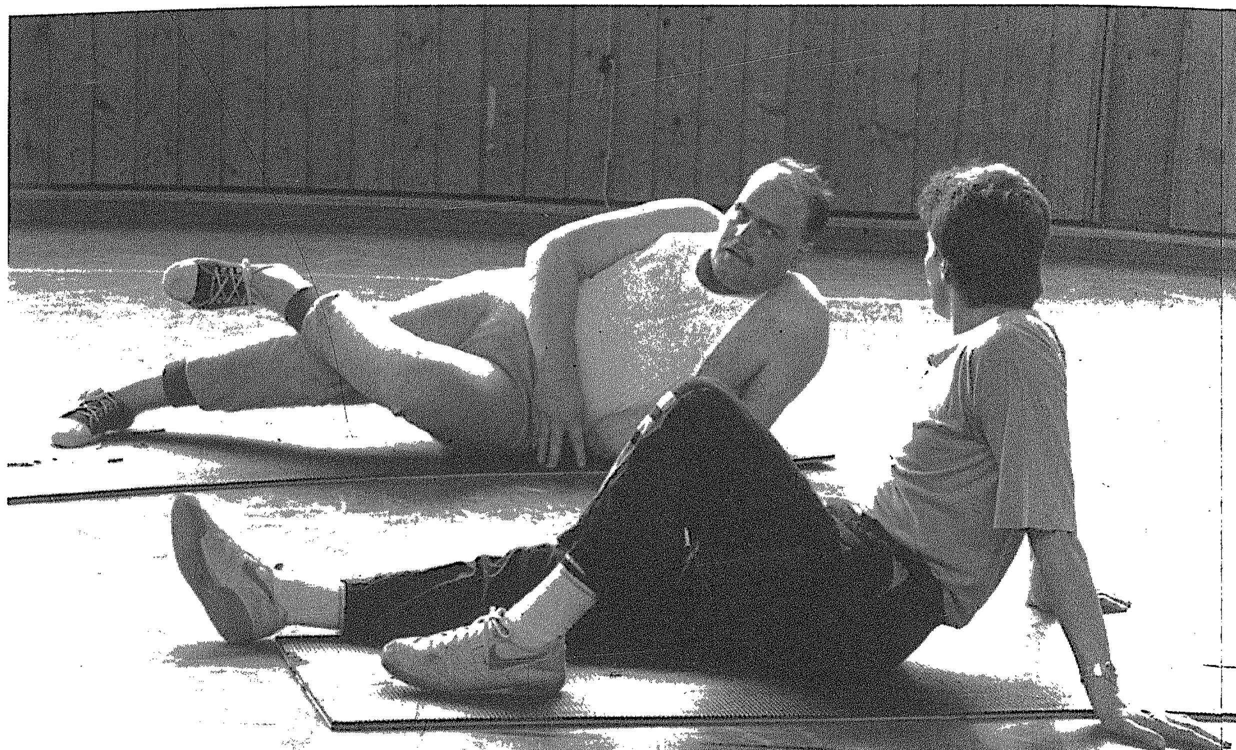
Auf der Grundlage der vorstehenden Kritiken baut Benjamin seine eigene Konzeption des historischen Materialismus auf, die sich von der Marxschen wie von der "vulgärmarxistischen" unterscheidet. Ein Schlüssel zum Verständnis seiner Geschichtsphilosophie ist seine Prägung durch die jüdische Religion.

Jüdischer Messianismus

Das theologische Moment, welches Benjamin in den historischen Materialismus integrieren will, beruht auf einer besonderen Variante der jüdischen Tradition, der sogenannten lurianischen Mystik der 1492 aus Spanien vertriebenen Juden[5]. Diese basiert auf der Idee des "Zimzum", der "Kontraktion Gottes", d.h. des Rückzuges Gottes aus der Welt, durch den ein freier "Urraum" für das Wirken der Menschen geschaffen wurde. Dabei zerstörte das Licht Gottes das Gefäß der eigenen Schöpfung. In einem Prozeß der richtigen Neuzusammensetzung der verstreuten Bruchstücke, dem sogenannten "Tikkun", soll der Urzustand der Schöpfung wiederhergestellt werden. Dieser Vorgang der Restauration schließt mit der Ankunft des Messias ab und bedeutet die Rettung des Werkes Gottes.

In der jüdischen Religion ist also eine Orientierung in Richtung Vergangenheit, d.h. der Wiederherstellung eines paradiesischen Urzustandes zu verzeichnen. Davon zeugt auch das Verbot bei den Juden, die Zukunft zu erforschen sowie der nach "den alten Juden ärgsten Fluch: nicht gedacht soll deiner werden!"[6]

Im Unterschied zu den meisten anderen Religionen ist das Kommen des Messias jedoch nicht unabhängig vom Wirken der Menschen, sondern Ergebnis deren aktiven Handelns und somit de facto nur noch eine "Bestätigung der Selbsterlösung der Menschheit"[7]. Gott selbst ist in der jüdischen Religion der "ewige Aufrührer, Aufrüttler, Mahner"[8], derjenige, der den Menschen jene "schwache messianische Kraft"[9] verleiht, mit deren Hilfe die Ankunft des Retters erwirkt wird. Diese stellt dann auch eine abrupte Unterbrechung des bisherigen Verlaufs menschlicher Geschichte dar: "Es gibt keine Kontinuität zwischen der gegenwärtigen und der messianischen Zeit (...) Mit Erlösung



war eine Revolution in der Geschichte gemeint."[10] Das jüdische Zeitverständnis war daher auch eines dem vorherrschenden leeren, unendlich-linearen, vollkommen verschiedenes. Es basierte auf einem qualitativen, "von dem in ihr durchlebten Inhalt nicht zu trennenden"[11] Zeitbegriff.

Die "zentrale jüdische Glaubensaussage" ist jedoch "die Beteiligung der menschlichen Aktion am Werk der Welterlösung".[12] Darin besteht eine wesentliche Parallele zu einer weiteren Säule der Benjaminschen Geschichtsauffassung: dem libertären Denken.

Libertäre Geschichtsauffassung

Für den Anarchismus kennzeichnend ist die Betonung der Freiheit und der Selbstverantwortung der Individuen, die Ablehnung von Autoritäten und Hierarchien. Stattdessen wird eine Föderation der Gleichen angestrebt, die sich über freie Vereinbarungen miteinander in Gemeinschaften, ohne Zuhilfenahme des Staates zusammenschließen.

In der libertären Auffassung von Geschichte wird daher die besondere Rolle des aktiven Handelns der Unterdrückten hervorgehoben. Eine wie auch immer geartete Gesetzmäßigkeit der Höherentwicklung der Menschheit wird verneint. Im Gegensatz zur Natur, die "eisernen Gesetzmäßigkeiten" unterliegt, ist die gesellschaftliche Entwicklung lediglich Ergebnis von Zweckmäßigkeitsüberlegungen und damit "Sache des Glaubens". Der Ausgang der jeweiligen Entwicklung in einer geschichtlichen Situation ist also grundsätzlich offen und somit allein von "menschlichen Motiven und menschlichem Handeln"[13] abhängig.

Für Gustav Landauer, ein Vertreter jüdisch-libertären Denkens, der auf Benjamin einen großen Einfluß gehabt hat, ist die Befreiung der Menschheit daher auch nicht abhängig von einem bestimmten Entwicklungsstand der Produktivkräfte oder einer bestimmten Produktionsweise als Voraussetzung des Sozialismus. Dessen Voraussetzungen liegen im Grunde stets vor und müssen lediglich entdeckt werden. Dementsprechend spielt auch die Entwicklung der Technik keinerlei fortschrittliche Rolle im Hinblick auf das Ziel einer freien Gesellschaft: "Keinerlei Fortschritt, keinerlei Technik, keinerlei Virtuosität wird uns Heil und Segen bringen."[14] Im Gegenteil, der fortschreitenden Naturbeherrschung stellt Landauer eine Sozialismuskonzeption als "Wiederanschluß an die Natur"[15] gegenüber.

Folgerichtig wird auch der wissenschaftliche Anspruch des Marx'schen historischen Materialismus als *Weltanschauung* kritisiert, wissenschaftliche Methoden für die Gewinnung von geschichtlichen Erkenntnissen werden jedoch nicht abgelehnt. Die Bedeutung der Geschichte liegt dagegen in der Vergegenwärtigung des Vergangenen im Sinne des englischen "to realise, das zugleich verwirklichen und betrachten heißt."[16]

Genauso betrifft die anarchistische Kritik am historischen Materialismus dessen ökonomischen Determinismus. Der Ökonomie wird nur *eine* Rolle, neben dem "Machtprinzip in der Geschichte"[17], der natürlichen Umwelt und psychosozialen Gegebenheiten zugewiesen. Lediglich für die kapitalistische Gesellschaft als solche wird von Rocker die besondere Bedeutung der Wirtschaft anerkannt.

Benjamins "historischer Materialismus"

In seinen Vorarbeiten zu den geschichtsphilosophischen Thesen notiert Benjamin "drei Momente", die in die "Grundlagen der materialistischen Geschichtsauffassung einzusenken (sind): die Diskontinuität der historischen Zeit; die destruktive Kraft der Arbeiterklasse; die Tradition der Unterdrückten."[18]

Im weiteren sollen diese Momente im Benjaminschen Denken untersucht werden.

Die Diskontinuität der historischen Zeit

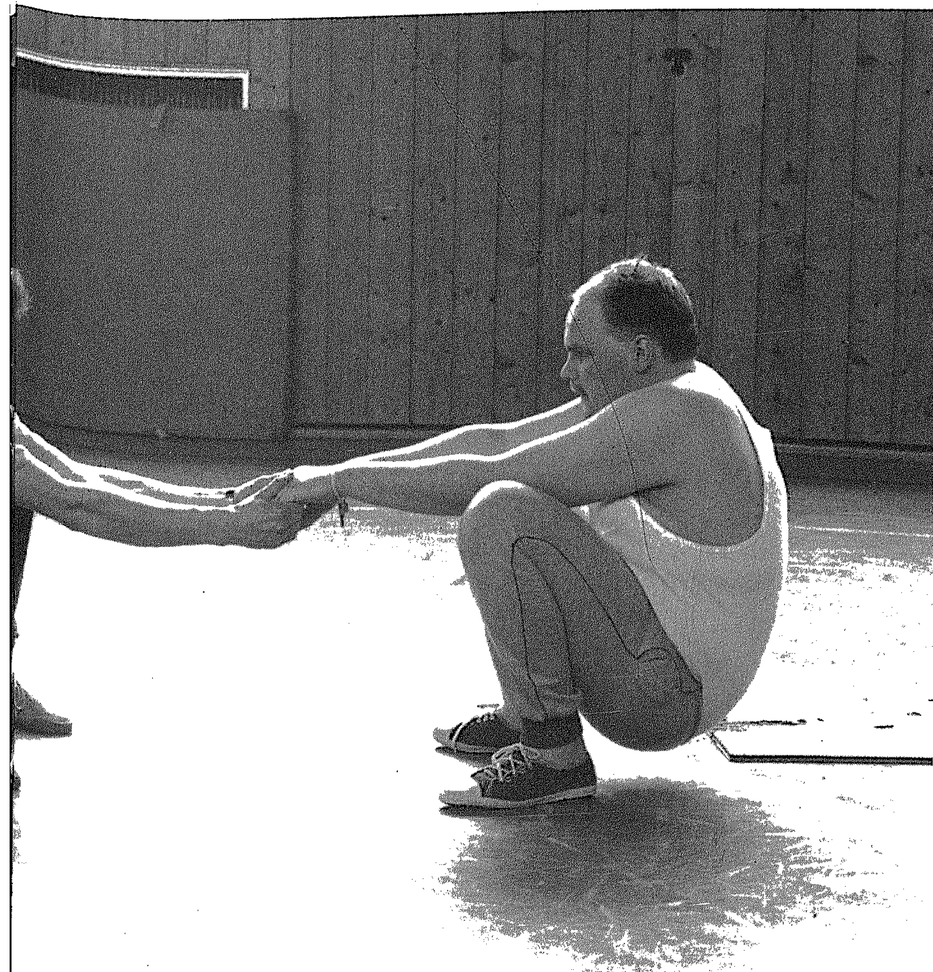
Wie bereits in der Kritik des Historismus angedeutet, unterscheidet sich die Zeitauffassung der alten Juden maßgeblich von der heute in den westlich geprägten Gesellschaften verbreiteten. Im Gegensatz zu letzterer Auffassung der "leeren Unendlichkeit der Zeit" setzt auch Benjamin eine "qualitative zeitliche Unendlichkeit"[19], eine Zeit, in der "jede Sekunde die kleine Pforte darstellt, durch die der Messias treten könne".[20] In dieser Zeitvorstellung ist die Vergangenheit nie abgeschlossen. Ebenso ist die Gegenwart nicht einfach Übergang von der Vergangenheit in die Zukunft, sondern chiliastische Jetztzeit, die "quersteht zum naturgeschichtlichen Kontinuum"[21]. In dieser "anarchistischen Konzeption der Jetztzeiten"[22] ist immer die Möglichkeit der sprunghaften



Veränderung des Verlaufes der Geschichte eingebettet. Die unabgeschlossene Vergangenheit kann jederzeit in die heutige Zeit hereinbrechen, zur Erlösung drängen.

Diese Konzeption steht konträr zu der evolutionistischen Auffassung der geschichtlichen Entwicklung von niederen zu höher entwickelten Gesellschaftsformationen, analog der in der Natur, die letztlich auch vom Marxismus jener Zeit geteilt wurde. Ebenso wie in

der jüdischen religiösen Tradition das Kommen des Messias ein plötzliches, jederzeit mögliches Ereignis darstellt (bzw. analog der libertären Auffassung der potentiell zu jeder Zeit möglichen Revolution), durch das der paradiesische Urzustand wiederhergestellt wird, ist bei Benjamin "die klassenlose Gesellschaft (..) nicht das Endziel des Fortschrittes in der Geschichte sondern dessen so oft mißglückte, endlich bewerkstelligte Unterbrechung."[23] Hier klingt die Zweiteilung der Geschichte in die Vorgeschichte und eigentliche



Geschichte der Menschheit an, wie sie auch bei Marx zu finden ist, jedoch eben nicht als der Endpunkt einer zielgerichteten, gesetzmäßigen Entwicklung.

In diesem Kontext ist auch Benjamins Kritik der Universalgeschichte als der bloßen Summe der Geschichte der einzelnen Kulturen mit ihren jeweiligen Epochen zu sehen. Er setzt dagegen das Landauersche "Prinzip der Schichtung"[24], des Ineinanderschiebens der Völker und Kulturen. Alle Epochen existieren auf Grunde ihrer Unabgeschlossenheit gleichzeitig und drängen bei bestimmten Ereignissen im Laufe der Zeit wieder zur Aktualität, verlangen nach ihrer Rettung. Und erst dann, im Zustande der Erlösung, ist eine abschließende, universelle Betrachtung der Geschichte der Menschheit möglich.

Die Tradition der Unterdrückten und die destruktive Kraft des Proletariats

Ausgehend von dem Gedanken, daß die Vergangenheit nie abgeschlossen ist, gilt es, an die Traditionen der Unterdrückten anzuknüpfen und diese dem "Kontinuum der Unterdrücker" entgegenzusetzen. Der Geschichtsschreiber hat die Aufgabe, einerseits die Leidensgeschichte, andererseits die des immer vorhandenen Protestes sichtbar zu machen: *"Geschichte hat nicht nur die Aufgabe, der Traditionen der Unterdrücker habhaft zu werden, sondern sie auch zu stiften"*.[25] Ihr Ziel sollte es sein, bei den Unterdrückten seiner Zeit Gefühle der Rache, die in ihm schlummernde "schwache messianische Kraft", zu wecken, so daß im Momente des "Aufblitzens der Gefahr" deren unerfüllte Hoffnungen doch noch gerettet werden können. Hier liegt auch der Unterschied zur marxistischen Auffassung, die von der Erlösung "kommender Generationen" ausgeht, wogegen Benjamin auf die Fortsetzung und schließliche Erfüllung der Kämpfe der vergangenen Generation setzt. Sein Geschichtsverständnis ist als im Grunde "rückwärts gewandt" (allerdings *nicht* im Sinne von *rückschrittlich*). Damit korrespondiert auch das Landauer entliehene Motiv des "Sozialismus als Umkehr", sein "Griff zur Notbremse", mit dem der Dauerzustand der Katastrophe beendet werden soll.

Das historische Subjekt, daß die Tradition des Protestes aufgreifen soll, ist das Proletariat als Nachfolger aller unterdrückten Klassen in der Geschichte. Diesem obliegt es, die Geschichte stillzustellen und damit das Kontinuum der Unterdrückung zu zersprengen. Darin liegt die "Funktion der politischen Utopie (des Proletariats): den Sektor des Zerstörungswürdigen abzuleuchten."[26] Hier verleiht Benjamin, ganz in der Tradition Bakunins der Zerstörungskraft eine im Sinne der Beendigung des dauerhaften Ausnahmezustandes, der sich auftürmenden Trümmer der andauernden Katastrophe, eine schöpferische Kraft.

Ausblick

Zusammenfassend bleibt festzustellen, daß der Benjaminsche "historische Materialismus" im Grunde gar keiner ist, da er weder historischen Charakter - im Sinne einer gerichteten Entwicklung in der menschlichen Geschichte - trägt, noch allein materialistisch geprägt ist. Am ehesten ist seine Geschichtsauffassung wohl mit dem Begriff einer messianisch angereicherten "antihistorischen Geschichts-

philosophie"[27] gekennzeichnet.

Eine Ursache für sein Festhalten am Begriff des historischen Materialismus könnte eine Konzession an die mit großer politischer Vorsicht im amerikanischen Exil agierenden Vertreter des Frankfurter Institutes für Sozialforschung, mit denen er in enger Verbindung stand. Darauf deutet auch der offenkundige Unterschied zu den Formulierungen in den Vorarbeiten zu den "Thesen über den Begriff der Geschichte" hin. Dort sind Benjamins Gedanken in einer sehr deutlichen Sprache formuliert, ohne deren Kenntnis die Thesen im Grunde gar nicht interpretierbar sind.

Benjamin betritt mit dem Bemühen der Theologie den unter den "wissenschaftlichen" Sozialisten von jeher verpönten Boden des philosophischen Idealismus. Die Frage bleibt, ob ein solcher Schritt in der praktischen Geschichtsschreibung, denn die revolutionäre Praxis ist ja letztendlich deren Ziel, zulässig ist, oder aber zu neuen Mythen führt, die das Ziel der Erlösung in noch weitere Ferne rücken lassen.

Die Frage läßt sich so ohne weiteres nicht beantworten. Ebenso wie der Materialismus allein genommen dazu führt, die Umkehr immer wieder zu verschieben, da irgendwelche Bedingungen immer noch nicht herangereift seien, kann ein bloßer Idealismus dazu führen, die Umkehr erzwingen zu wollen und diese damit ad absurdum zu führen. Es kommt also darauf an, zwischen diesen beiden Polen eine Vermittlung, eine dialektische Wechselbeziehung, zu finden, um zum Ziel der Geschichtsbetrachtung, der gesellschaftsverändernden Praxis, zurückzukehren.

Ich meine, daß Benjamins "Griff zur Notbremse" heute dringender denn je ist. Spätestens seit Tschernobyl dürfte klargeworden sein, daß eine ungebremste und unkritische Fortschrittsbejahung bei der Entwicklung der Produktivkräfte den Bestand der Menschheit gefährdet. Gleichzeitig vermehren sich weltweit die Anzeichen von Barbarei. In diesem Sinne ist der Benjaminschen Mahnung bezüglich der Kehrseite der Fortschritte bei der Beherrschung der Natur, nämlich der "Rückschritte in der Gesellschaft" (These XI) höchst aktuell.

Es genügt also nicht darauf zu verweisen, daß die materiellen Voraussetzungen für eine Gesellschaft ohne Not, ohne ein durch Entfremdung dominiertes Leben der Menschen, heute längst gegeben sind. Es gilt - im Sinne Benjamins - die verlorenen Traditionen des Protestes wieder aufzugreifen.

Jedoch liegt (nicht nur) der historische Materialismus tief unter den eigenen Trümmern verschüttet. Eine wirklich kritische Theorie, eine, die das gesellschaftliche Ganze meint und nicht nur die Modernisierung des "Immergleichen", existiert – zumindest in der öffentlichen Wahrnehmung - nicht mehr. Wir sollten uns daher nicht scheuen, bei der Suche nach Wegen zur Beendigung des Ausnahmezustandes die Hilfe jenes Zwerges zu bemühen, der "heute klein und häßlich ist und sich ohnehin nicht blicken lassen darf."

Literaturverzeichnis

Angehrn, Emil 1991: Geschichtsphilosophie, Grundkurs Philosophie Bd.15, Stuttgart

Benjamin, Walter 1974: Über den Begriff der Geschichte, in: Gesammelte Werke, Bd.1, T.2, S.691-704, Frankfurt/Main

Benjamin, Walter 1974a: Über den Begriff der Geschichte (Anmerkungen), in: Gesammelte Werke, Bd.1, T.3, S.1223-1266 Frankfurt/Main

Gagnebin, Jeanne-Marie 1978: Zur Geschichtsphilosophie Walter Benjamins, Erlangen

Habermas, Jürgen 1972: Bewußtmachende oder rettende Kritik – die Aktualität Walter Benjamins, in: Unseld, Siegfried: Zur Aktualität Walter Benjamins, Frankfurt/Main

Hug, Heinz 1989: Kropotkin zur Einführung, Hamburg

Landauer, Gustav 1974: Revolution, Berlin

Löwy, Michael 1997: Erlösung und Utopie. Jüdischer Messianismus und libertäres Denken. Berlin

Marx, Karl und Engels, Friedrich 1958: Die deutsche Ideologie. In: MEW 3, Berlin

Rocker, Rudolf 1980: Das Machtprinzip in der Geschichte, Aufsatzsammlung, Bd.1, Frankfurt/Main

Rocker, Rudolf 1980a: Wissenschaft und Geschichtsauffassung, Aufsatzsammlung, Bd.1, Frankfurt/Main

Anmerkungen

1 Marx 1958, S.18
2 Allein dieser Begriff der historischen *Mission* deutet darauf hin, daß auch das Marx'sche Denken von religiösen Elementen beeinflußt ist. Ebenso kann die revolutionäre Beendigung der Vorgeschichte durch den Kommunismus als eine säkularisierte Form des Erlösungsgedankens betrachtet werden.
3 Benjamin 1974a, S.1231f
4 Benjamin 1974a, S.1237
5 Gagnebin 1978, S.16
6 Horkheimer/Adorno, zitiert nach: Angehrn 1991, S.171
7 Löwy 1997, S.108
8 Landauer, zitiert nach: Löwy, 1997, S.185
9 Benjamin 1974, S.694
10 Gershom Scholem, zitiert nach: Löwy 1997, S.28
11 Löwy 1997, S.274
12 Martin Buber, zitiert nach: Löwy 1997, S.72
13 Rocker 1980, S.175
14 Landauer in "Aufruf zum Sozialismus", zitiert nach: Löwy 1997, S.177
15 Landauer 1974, S.122
16 Landauer 1974, S.9
17 Rocker 1980a, S.188
18 Benjamin 1974a, S.1246
19 Benjamin in "Der Begriff der Kunstkritik in der deutschen Romantik" zitiert nach: Löwy 1997, S.135f
20 Benjamin 1974, S.704
21 Habermas 1972, S.189
22 Ebenda, S.207
23 Benjamin 1974a, S.1231
24 Landauer 1974, S.42
25 Benjamin 1974a, S.1246
26 Ebenda, S.1242
27 Vgl. Angehrn 1991, S.125

Nach drei Jahren hat im Juli 1999 die Edition der *Ausgewählten Schriften* Michael Bakunins im Berliner Karin Kramer Verlag ihre Fortsetzung erfahren. Um es gleich vorwegzunehmen: Das lange Warten hat sich vollauf gelohnt.

Mit seiner Darbietung von Bakunins Spätwerk *Staatlichkeit und Anarchie* aus dem Jahre 1873 läßt der Herausgeber *Wolfgang Eckhardt* die bisherigen deutschen Ausgaben des Textes qualitativ weit hinter sich. In seiner knapp 90 Seiten langen Einleitung arbeitet Eckhardt nicht nur systematisch die Entstehungs-, Verbreitungs- und Editionsgeschichte auf, er führt auch kompetent und verständlich in den Inhalt dieser vielleicht wichtigsten Schrift Bakunins ein. Der Bogen der Darstellung umspannt ein gutes Jahrhundert: Er setzt ein bei der Emigrantenkolonie russischer Revolutionäre im Zürich der frühen 1870er Jahre und ihrer Rolle beim Zustandekommen von *Staatlichkeit und Anarchie*, der einzigen Buchpublikation Bakunins zu dessen Lebzeiten. Er führt weiter zu den abenteuerlichen Umständen der illegalen Einfuhr des Textes ins zaristische Rußland und seine elektrisierende Wirkung auf die dortige revolutionäre Jugend, streift die ignorant-hilflose Reaktion von Karl Marx als dem großen Antipoden Bakunins in der internationalen Arbeiterbewegung und findet schließlich seinen Abschluß bei der Wiederentdeckung der Schrift im Rahmen des antiautoritären Aufbruchs in der Bundesrepublik der späten 1960er Jahre. All dies geschieht auf solidester Quellenbasis. Der umfangreiche Anmerkungsapparat läßt erahnen, mit welchem Forschungseifer Eckhardt nicht allein deutschsprachige, sondern vornehmlich auch russische Materialien herangezogen hat, um eine wirkliche Zusammenfassung des internationalen Kenntnisstandes anbieten zu können. Hieran werden sich zukünftige Publikationen zum Thema messen lassen müssen.

Auffallend ist ferner, daß es Eckhardt trotz aller Parteilichkeit und offensichtlicher Sympathie gelingt, ein souveränes Verhältnis zu seinem Untersuchungsgegenstand zu bewahren. Nicht die schematische Heiligsprechung ist sein Anliegen, sondern ein kritisch-differenziertes Herangehen, das allein erst eine Überprüfung der Realitäts- und



Fotos: Herby Sachs/Version

Ein „Spaziergang mit einem brillanten libertären Gesprächspartner"*

Zur Neuausgabe von Bakunins *Staatlichkeit und Anarchie*

von Markus Henning

Gegenwartstauglichkeit von Bakunins Werk ermöglicht.

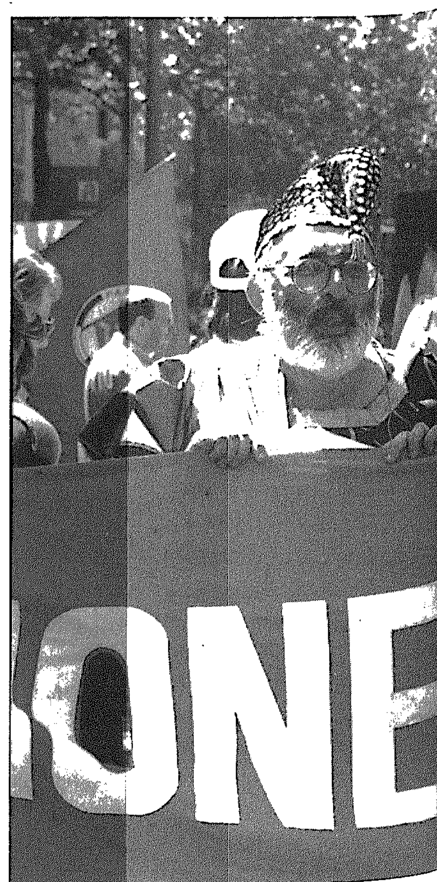
Seine inhaltliche Aufarbeitung von *Staatlichkeit und Anarchie* genügt sich nicht allein darin, den bleibenden Wert des Buches für die anarchistische Theoriebildung zu würdigen, insofern Bakunin hierin detaillierter und geschlossener als in früheren Schriften seine Vorstellung der Anarchie als dem *„Ende der Herren und jeglicher Herrschaft"* (S. 50) ausformulierte. Auch kontroverse Aussagen Bakunins, die in unvermitteltem Gegensatz zu diesem leidenschaftlichen Plädoyer für Freiheit und Selbstbestimmung stehen, werden beleuchtet.

Sehr deutlich übertrifft Eckhardt den bisher vorliegenden Bearbeitungsstand auch bei dem knapp 300 Seiten starken Text von *Staatlichkeit und Anarchie* selbst. Als Quelle seiner Neuherausgabe dient ihm die überarbeitete Version einer ursprünglich vom Ullstein-Verlag verantworteten Übersetzung aus dem russischen Original**, die er in einem neunzigseitigen Anmerkungsapparat mit einem detaillierten Kommentar verbindet. Dessen Grundlage wiederum waren die in der ersten Kramer-Ausgabe (1972) enthaltenen Fußnoten des niederländischen Bakunin-Spezialisten Arthur Lehning, die Eckhardt allerdings erheblich überarbeitet und erweitert hat. Im Ergebnis präsentiert sich *Staatlichkeit und Anarchie* erstmalig in einer Form, welche nicht nur die Schwächen der bisherigen deutschen Ausgaben konsequent aufarbeitet, sondern den über 120 Jahre alten Text auch einem mit heutigen Lesegewohnheiten ausgestatteten Publikum erschließen hilft.

Gerade für ein tieferes Verständnis der methodischen Qualität, mit welcher Bakunin in seinen historischen Analysen und theoretischen Ausführungen zu Werke geht, erweist sich das als sehr hilfreich. Im Gewande eines zwanglos-assoziativen Schreibstils bauen sich hier Argumentationsstränge einer subversiven Geschichtsbetrachtung auf, die in ihrer Radikalität auch im libertären Schrifttum ihresgleichen sucht. In weiten Passagen von *Staatlichkeit und Anarchie* gibt uns Bakunin auf die für ihn typische Art, sprachgewaltig, kraftvoll und fesselnd, eine ganz spezifische Perspektive auf das 19. Jahrhundert mit seinen permanenten Erschütterungen und politischen Umwälzungen. Dabei läßt er den ökonomistischen Determinismus der marxistischen Geschichtsmythologie weit hinter sich, dechiffriert vielmehr politisches Machtstreben und den Expansionsdrang verfestigter Herrschaftsapparate als die treibenden Momente der blutigen Geschichte des europäischen Kontinentes. Gerade daß er so konsequent den dialektischen Zusammenhang von Autoritätshörigkeit, innerstaatlicher Unterdrückung und aggressiv-imperialistischer Kriegstreiberei herausarbeitet, verleiht Bakunins Untersuchungen, etwa am Beispiel der deutschen Reichsgründung von 1871, ihren bleibenden Wert. Auch seine Rückschau auf die Revolution von 1848/49 führt ihn zu Ergebnissen, mit deren anarchistischem Esprit er noch so manche lahme 150-Jahrfeier der jüngsten Tage aufgemischt hätte. Wie schmerzlich vermißte man in den letzten Monaten doch einen Festredner, welcher der offiziellen historischen Zunft einmal Sätze wie diese ins Stammbuch geschrieben hätte:

„Eine Gesellschaft, die einen starken Staat gründen will, will sich notwendig auch der Macht unterwerfen; die revolutionäre Gesellschaft dagegen will die Macht abwerfen. Wie könnte man diese zwei entgegengesetzten und einander ausschließenden Forderungen in Einklang bringen? Sie müssen einander notwendig paralysieren, wie das auch bei den Deutschen geschah, die 1848 weder die Freiheit noch den starken Staat erlangt, sondern ganz im Gegenteil eine schreckliche Niederlage erlitten haben." (S. 315 f.)

Der libertäre Blick auf Vergangenheit und Gegenwart steht bei Bakunin immer in allerengstem Zusammenhang mit seinem leidenschaftlich verfochtenen Projekt einer theoretischen Fundierung und praktischen Organisation der sozialen Revolte im Hier und Jetzt. Dies wird wohl in keiner anderen Schrift des anarchistischen Sozialrevolutionärs so greifbar wie in *Staatlichkeit und Anarchie*, einem wahren Steinbruch revo-



Fotos: Herby Sachs/ Version

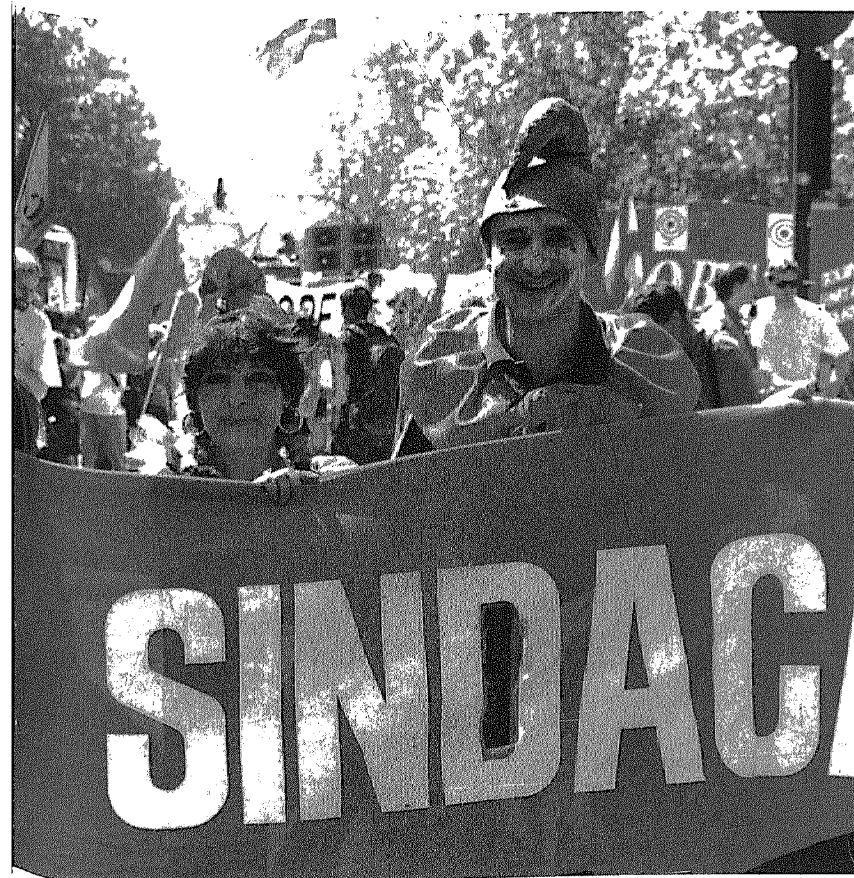
lutionstheoretischer Einsichten, aus dem sich noch so mancher Brocken von aktueller Brisanz herausbrechen ließe. Einem Kaleidoskop der Revolte gleich jagt in lebendig-bunter Folge ein anarchistisches Highlight das andere. Aufgrund der offenen, nur lose zusammengehaltenen Struktur der Schrift gerät die Lektüre zu einer auch emotional mitreissenden Überraschungstour, in deren Verlauf sich immer wieder neue Facetten von Bakunins revolutionärem Denken auftun. Zu den besten gehört sicherlich seine in prophetischer Voraussicht und schon klassischer Formulierung proklamierte Absage an die staatssozialistischen Phantasien marxistischer Provenienz:

„Sie behaupten, daß ein [...] staatliches Joch, eine Diktatur, ein unvermeidliches und vorübergehendes Mittel zur vollständigen Befreiung des Volkes sei: Anarchie oder Freiheit ist das Ziel, Staat oder Diktatur – das Mittel. So ist es also zur Befreiung der Volksmassen erst nötig, sie zu knechten.

[...] Sie versichern, daß allein die Diktatur, natürlich die ihre, die Freiheit des Volkes schaffen kann; wir dagegen behaupten, daß eine Diktatur kein anderes Ziel haben kann als nur das eine, sich zu verewigen, und daß sie in dem Volk, das sie erträgt, nur Sklaverei zeugen und nähren kann; Freiheit kann nur durch Freiheit geschaffen werden, d.h. durch einen allgemeinen Volksaufstand und durch die freie Organisation der Arbeitermassen von unten nach oben." (S. 339)

In seinen Ausführungen über die Aufgaben der revolutionären Bewegung in Rußland übersetzt Bakunin seine theoretischen Vorgaben schließlich in konkrete politische Handlungsvorschläge. Auch hierin gelingt es ihm auf überzeugende Weise, seine leidenschaftliche Begeisterung für die Spontaneität der revoltierenden Volksmassen mit einer ganz nüchternen Analyse der politischen und sozialpsychologischen Situation im zaristischen Rußland zu verbinden und daraus die nächsten praktischen Schritte abzuleiten.

Die Souveränität dieses methodischen Brückenschlages allein wird wohl für Libertäre immer Vorbild und Verpflichtung bleiben.



Unmittelbar an Bakunins Text schließt sich im Anhang der Neuedition das Vorwort von Hansjörg Viesel zur deutschen Erstausgabe von *Staatlichkeit und Anarchie* aus dem Jahre 1972 an (S. 392-440). Auch das ein inhaltlich gelungener Kunstgriff des Herausgebers, mit dem die Lektüre dieser bemerkenswerten Publikation einen in jeder Hinsicht würdigen Abschluß findet. Bei Viesels Text handelt es sich um ein zeithistorisches Dokument von besonderer Brisanz. Als Versuch einer theoretischen Selbstfindung für die am Beginn der siebziger Jahre neu erstehende anarchistische Bewegung konzipiert, schlägt uns hier aus jeder Zeile ein ganz energisches Ringen um revolutionäre Erkenntnis entgegen, in dem der kulturrevolutionäre Enthusiasmus der damaligen Zeit deutlich spürbar wird. Mit dieser Produktivkraft ausgestattet erreichen Viesels Ausführungen, insbesondere bei der Behandlung von Bakunins Revolutionstheorie *„der unsichtbaren Lotsen im Volkssturm"* (S. 417-420), über weite Strecken ein inhaltliches Niveau, das in der deutschsprachigen Anarchismusliteratur seinesgleichen sucht.

Anläßlich eines Besuches von Bakunin in der Zürcher Kolonie russischer Revolutionäre im Sommer 1872 beschrieb eine Bekannte die Wirkung seiner kraftvollen Persönlichkeit wie folgt:

„Bakunin ist nach Locarno zurückgekehrt, aber in Zürich sind die Spuren seines Aufenthaltes noch spürbar; inmitten der russischen Emigration kann man ein Wogen bemerken, als sei ein Dampfer vorbeigefahren." (S. 21)

Wer an die Lektüre von Band 4 der *Ausgewählten Schriften* Michael Bakunins schreitet, sollte darauf gefaßt sein, am Ende ähnlich aufgewühlt zu sein. Der Rezensent will sich nicht nachsagen lassen, den Hinweis auf Risiken und Nebenwirkungen versäumt zu haben...

* Unter diesem Motto legte Max Nettlau einmal dem interessierten Publikum die Lektüre der Bakuninschen Schriften ans Herz (zit. aus der Einleitung, S. 48)

** Die von ihm vorgenommenen Richtigstellungen von z.T. völlig sinnentstellenden Übersetzungsfehlern der 1972er Ullstein-Ausgabe von *Staatlichkeit und Anarchie* weist Eckhardt detailliert auf den S. 532-534 nach.

Michael Bakunin: Staatlichkeit und Anarchie (1873). Herausgegeben und einge-

leitet von Wolfgang Eckhardt. Ausgewählte Schriften Band 4. Karin Kramer Verlag, Berlin 1999. 543 S., DM 55,– ISBN 3-87956-233-4

Bisher sind in der Reihe *Michael Bakunin: Ausgewählte Schriften* im Berliner Karin Kramer Verlag die folgenden Bände erschienen:

Band 1: Gott und der Staat (1871). Einleitung Paul Avrich. 160 S., DM 22,–

Band 2:. „Barrikadenwetter" und „Revolutionshimmel" (1849). Artikel in der „Dresdner Zeitung". Einleitung Boris Nikolaevskij. 192 S., DM 24,–

Band 3: Russische Zustände (1849). Einleitung Boris Nikolaevskij. 144 S., DM 22,–

Weitere Titel der auf zwölf Bände angelegten Reihe sind in Vorbereitung.

Als neueste Publikation ihres Herausgebers ist vor kurzem erschienen:

Wolfgang Eckhardt: Bakunin und Johann Philipp Becker. Eine andere Perspektive auf den Beginn der Auseinandersetzung zwischen Marx und Bakunin in der Ersten Internationale. In: *IWK. Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung*, 35. Jhg., März 1999, Heft 1, S. 66-122.

Arthur Lehning zum 100. Geburtstag

von Johannes Hilmer

Mit Arthur Lehning wird am 23.Oktober ein Mann 100 Jahre alt, der sich - erst in der anarchosyndikalistischen Bewegung, dann als Historiker - zeit seines Lebens für eine Gesellschaft ohne Staat und Kapital eingesetzt hat. Geboren am 23.10.1899 in Utrecht, studiert A. Lehning nach Abitur und Militärdienst 1919 Wirtschaftswissenschaften in Rotterdam und später in Berlin. Im gleichen Jahr liest Lehning, der sich schon früh für Literatur und Philosophie interessiert und 1924 in Paris die moderne Malerei der Expressionisten, Kubisten, Futuristen und Konstruktivisten entdeckt, zum ersten Mal ein Werk des russischen Anarchisten Michail Bakunin. In Berlin hört er Vorlesungen von Werner Sombart und die des ersten Lehrstuhlinhabers für Sozialgeschichte in Deutschland, Gustav Mayer. Hier trifft er den deutschen Anarchosyndikalisten Rudolf Rocker und die aus den Moskauer Gefängnissen entlassenen russischen Anarchisten Alexander Berkman und Emma Goldman und engagiert sich im Komitee für die Verteidigung von in der Sowjetunion verfolgten Anarchisten und Sozialrevolutionären. Ebenfalls in Berlin arbeitet Lehning seit 1922 als Korrespondent des Internationalen Antimilitaristischen Büros (IAMB), einer 1921 in Den Haag gegründeten und im wesentlichen auf Holland beschränkten Organisation zur Bekämpfung von Militarismus und Krieg.

Der Schwerpunkt seiner regen publizistischen Tätigkeit in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen liegt in der Analyse der drohenden Kriegsgefahr. 1924 kritisiert er in seiner Broschüre "Die Sozialdemokratie und der Krieg" die sozialdemokratische Rechtfertigung von Verteidigungskriegen, die er bis auf Karl Marx' Haltung zum deutsch-französischen Krieg 1870/71 zurückverfolgt. Demgegenüber arbeitet Lehning die anarchistische Tradition des Generalstreiks als Reaktion auf den Kriegsausbruch heraus, wie es schon die 1.Internationale Arbeiter-Assoziation in einer Resolution des Brüsseler Kongresses 1868 gefordert hatte.

In den folgenden Jahren präzisierte er diese Strategie gegen den Krieg. Er schlug die Bildung von Fabrikkomitees vor, die die Umstellung der Produktion für die Erfordernisse des Krieges untersuchen und entsprechende Maßnahmen dagegen vorbereiten sollten. Schon in Friedenszeiten sollten die Arbeiter aus Protest gegen die Kriegsproduktion die Arbeit niederlegen, als Beweis ihrer Fähigkeit und Entschlossenheit, bei Kriegsausbruch in den Generalstreik zu treten. Der von Lehning zur Verhinderung des Krieges vorgeschlagene Generalstreik des Proletariats aller kriegführenden Nationen erforderte die Überwindung des "passiven Militarismus" - von ihm definiert als die tatenlose Hinnahme der Aufrüstung durch die Bevölkerung - und sollte die Soziale Revolution einleiten, die mit der Vernichtung von Kapital und Staat auch den Militarismus und die Kriegsursachen beseitigen würde. Die selbständig - ohne Anweisungen irgendwelcher Führer oder Parteien - handelnden Arbeiter hätten mit der Durchführung des Generalstreiks nicht nur den durch blinde Unterwerfung gekennzeichneten Geist des Militarismus überwunden, sondern gleichzeitig jene ethisch-moralische Gesinnung an den Tag gelegt, die "die Menschheit auf eine höhere Stufe der Kultur" hebt und für Lehning ein unentbehrlicher Bestandteil der neuen libertären Gesellschaft ist.

Wiewohl Lehning kein dogmatischer Verfechter der Gewaltlosigkeit war, wurzelte seine antimilitaristische Haltung in jener in Holland sich seit der Jahrhundertwende herausgebildeten Mischung aus religiösem Sozialismus und einem durch Leo Tolstoi geprägten Anarchismus, der mit Bart de Ligt und Clara Meijer-Wichmann eine spezifisch holländische Tradition des gewaltfreien Handelns entwickelte. Lehning war sowohl in der niederländischen wie in der internationalen anarchosyndikalistischen Bewegung tätig. Von 1932 bis 1935 war er mit Augustin Souchy, Alexander Schapiro und Rudolf Rocker Mitglied im Sekretariat der Internationalen Arbeiter-Assoziation (IAA), die Ende 1922 in Berlin als Zusammenschluß der wichtigsten anarchosyndikalistischen Organisationen aus der ganzen Welt gegründet worden war. 1927 bis 1934 redigierte Lehning mit

Albert de Jong, Augustin Souchy und Helmut Rüdiger den Pressedienst der Internationalen Antimilitaristischen Kommission (IAK), die sich aus Vertretern der IAA und des IAMB zusammensetzte. Hier wurden Kriegsursachen und -ziele und die Abrüstungsverhandlungen in Genf diskutiert, Informationen über die antimilitaristische Bewegung gesammelt und an ca. 800 Zeitungen und Zeitschriften weitergereicht.

Im Pressedienst der IAK wurde Ende der zwanziger und Anfang der dreißiger Jahre eine für die anarchistische Theoriebildung bedeutende Diskussion über die Methoden der Verteidigung einer siegreichen Revolution geführt. Lehning und sein Mitstreiter Albert de Jong lehnten für den Fall einer bewaffneten Intervention von außen jede gewaltsame Verteidigung der Revolution - etwa durch den Aufbau revolutionärer Milizen oder eines roten Heeres wie in der Sowjetunion - ab. Stattdessen plädierten sie für gewaltfreie Aktionen wie Streiks, Boykott, Steuerverweigerung, passiven Widerstand und Verweigerung jeder Zusammenarbeit mit den Aggressoren. In der Bildung einer Roten Armee und der damit einhergehenden Zentralisierung und Hierarchisierung sahen de Jong und Lehning die Gefahr eines Wiederaufbaus der gerade abgeschafften Staatsmacht. Auch wenn diese Theorie der gewaltsamen Verteidigung der Revolution mit dem anarchistischen Anliegen, die Ziele in den Mitteln vorwegzunehmen, übereinstimmt, blieben ihre Verfechter innerhalb der IAA in der Minderheit, da die Mehrheit angesichts des Faschismus in Deutschland und Italien die Bewaffnung des Proletariats erwog.

Von Januar 1927 bis Juni 1929 gibt Lehning die Avantgarde-Zeitschrift *i10* (s.FR vom 23.8.1997) heraus, in der alle neuen revolutionären Strömungen in Kunst und Politik zu Wort kommen und die seine Überzeugung widerspiegeln, daß "nur eine Revolutionierung des gesamten Lebens" den Aufbau einer herrschaftsfreien Gesellschaft ermöglicht. Unterstützt wird Lehning dabei von dem für Architektur zuständigen Redakteur J.J.P. Oud, Mitbegründer von "De Stijl" und dem für Film und Foto verantwortlichen Redakteur Laszló Moholy-Nagy. In der viersprachigen - auf niederländisch, deutsch, englisch und französisch erscheinenden - Zeitschrift schreiben die Dadaisten Hans Arp und Kurt Schwitters, der hier seine Sonate in Urlauten erstmals veröffentlicht, ebenso Artikel wie die Marxisten Ernst Bloch und Walter Benjamin, die Architekten Le Corbusier und Gerrit Rietveld, die Anarchisten Max Nettlau, Rudolf Rocker und Bart de Ligt, die Maler Wassily Kandinsky, Piet Mondrian und El Lissitzky, der Schriftsteller Upton Sinclair, die Frauenrechtlerin und Sexualreformerin Helene Stöcker und viele mehr. Lehning fordert in seinen Beiträgen die Freilassung der zum Tode verurteilten amerikanischen Anarchisten Sacco und Vanzetti, kritisiert die Filmzensur in Holland und setzt sich für ein Ende des Abtreibungsverbots sowie eine radikale Reform der sexuellen und gesellschaftlichen Moral in Holland ein. Nach dem Vorbild Franz Pfemferts in der "Aktion" zur Zeit des 1.Weltkrieges versucht Lehning durch den Abdruck offizieller Dokumente und von Zeitungsartikeln die Widersprüche und Lügen der veröffentlichten Meinung aufzuzeigen.

1934 und 1935 legt er, der als Ausländer sich in Holland nicht mehr politisch betätigen darf, seine Funktionen bei der IAK, der IAA und innerhalb des holländischen Anarchosyndikalismus nieder. Sei letztes praktisches Eingreifen führt ihn im Oktober 1936 nach Spanien, wo er als inoffizieller Vertreter der IAA vergeblich versucht, in Gesprächen mit führenden spanischen Anarchisten die Bürokratisierung und Zerschlagung der Sozialen Revolution zu verhindern.

Um die Jahrhundertwende 1935/36 wird er Mitarbeiter des von ihm mitgegründeten "Internationalen Instituts für Soziale Geschichte" (IISG) in Amsterdam. Durch seine Vermittlung erwirbt das IISG die Sammlung des anarchistischen Historikers Max Nettlau.

Seit 1939 baut Lehning in Oxford eine englische Filiale des IISG auf. Nach dem Ende seiner Internierung im Juni 1941 ist er wechselweise in der niederländischen Abteilung der BBC, im britischen Außenministerium und für das US-Kriegsinformationsministerium in London tätig. 1947 erhält er die britische Staatsangehörigkeit.

Im Februar 1952 fährt er nach Indonesien, um in Jarkarta eine Bibliothek für Soziale Geschichte aufzubauen, deren etwa 15.000 Titel Lehning in Reisen durch ganz Europa zusammengekauft hat. Von 1954 bis 1957 lehrt er an der Universität Jarkarta.

Von 1961 bis 1981 gibt er im Auftrag des IISG in sieben Bänden das "Archives Bakounine" heraus, eine nach Themen geordnete Sammlung der wichtigsten Werke Bakunins in der jeweiligen Originalsprache und einer französischen Übersetzung.

Nach dem Ende seines aktiven anarchosyndikalistischen Engagements 1936, das zeitlich mit dem Scheitern der spanischen Revolution bzw. der größten anarchosyndikalistischen Organisation, der spanischen CNT im spanischen Bürgerkrieg zusammenfällt, ist Lehning als Historiker tätig und ficht auf wissenschaftlichen Kongressen, in Vorlesungen und Voträgen auf der ganzen Welt bzw. seinen Veröffentlichungen weiter für das Ziel einer libertären Gesellschaft, für deren Etablierung er nun - statt des Generalstreiks - das Mittel des Zivilen Ungehorsams vorschlägt.

Deutsche Frauen im spanischen Exil Teil I

von Bettina Meier

Als im März 1933 die Nationalsozialisten die Macht übernahmen, setzte eine massenhafte Fluchtbewegung aus Deutschland ein. Nach dem Reichstagsbrand und dem Verbot der KPD erfolgten die ersten Verhaftungswellen. Die Auflösung der Parteien im Sommer 1933, die Zerschlagung der Gewerkschaften und der Erlaß des »Arierparagraphen » stellten weitere Abschnitte dieser Entwicklung dar.[1]

»Der Personenkreis, aus dem sich die Emigration zusammensetzte, war ungeachtet des gemeinsamen Gegners und der von ihm ausgehenden Verfolgung ein recht vielfältiger und keineswegs homogen«.[2] Evelyn Lacina definiert die Person als Emigrant, »die sich aus politischen, weltanschaulichen, rassischen oder religiösen Gründen oder wegen dadurch bedingter wirtschaftlicher Schwierigkeiten gezwungen sah, den Machtbereich des Nationalsozialismus zu verlassen«.[3]

Diese Definition läßt außer acht, daß sich die Emigrationsgründe vielfach überschnitten haben, und es erfolgt eine Gleichsetzung der Emigrationsgründe. »Verfolgung aus weltanschaulichen, rassischen und religiösen Gründen gilt als politisch bedingte Verfolgung und evozierte entsprechenden politischen und politisierenden Widerstand.«[4] Außerdem vernachlässigt diese Definition einen für meine Thematik wichtigen Aspekt, daß besonders Frauen aus emotionaler Gebundenheit mit ihren Lebenspartnern Deutschland verließen, ohne daß sie gezwungen wurden, aus den genannten Verfolgungsgründen ins Exil zu gehen. Zu ihnen gehörte z.B. Klara Richter aus Köln, katholisch, Beruf: Kassiererin. Sie verließ Deutschland 1934 mit ihrem jüdischen Lebenspartner Hugo Cahn. Ihr wurde die deutsche Staatsangehörigkeit aberkannt, da sie »durch ihr Zusammenleben mit dem Juden Cahn und durch ihre Flucht mit ihm ins Ausland bekundet, daß sie sich selbst aus der deutschen Volksgemeinschaft ausschließen wollte (...), auch wenn gegen sie kein Strafverfahren vorlag.«[5] Ebenso folgte Luise Traunwieser, »deutschblütig«, aus Hannover dem jüdischen Arzt Dr. Arnold Heymann im April 1937 nach Spanien.[6]

Weiterhin leidet diese Definition unter »der Vernachlässigung der Dauer des Emigrationsvorgangs: Emigration der dreißiger Jahre erscheint als langfristiger dauerhafter Vorgang. Dies macht die Emigranten anfällig für politische Wandlungen und führt zur ständigen Bewegung, zur Flucht als Dauerzustand.«[7] Eine von ihnen war z.B. Antonie Stemmler, Lehrerin aus Hilterfingen. Seit 1932 gehörte sie der KPD an. 1933 emigrierte sie nach Prag. 1936 wurde sie in Prag verhaftet und verlor das Aufenthaltsrecht. Sie gelangte nach Frankreich und ging 1937 nach Spanien. In Spanien arbeitete sie als Krankenpflegerin bei den Internationalen Brigaden im Sanitätszentrum von Murcia. Nach dem Spanischen Bürgerkrieg emigrierte sie nach Frankreich und kam ins Internierungslager Gurs. 1941 wurde sie an die Gestapo ausgeliefert und dem KZ-Ravensbrück überstellt«.[8]

Die von mir thematisierte Gruppe verließ Deutschland zu einem großen Teil 1933. Von den 163 erfaßten Frauen lebten seit 1933 bis zum Ausbruch des Spanischen Bürgerkrieges 45 Frauen (28 %) in Spanien. 18 Frauen (11%) verteilten sich auf die Emigrationsländer Frankreich, Tschechoslowakei, Dänemark, UdSSR, Holland, Schweiz und das Saarland. Wobei die Länder, je nach Ausweitung des nationalsozialistischen Regimes wechselten. Aufgrund der Quellenlage läßt sich bei den übrigen Frauen kein genaues Emigrationsjahr feststellen. Unbeantwortet bleibt, wieviele Frauen direkt aus Deutschland kamen, um die Spanische Republik zu unterstützen.

Die Gründe für die Emigration

Die Frauen, die ab 1933 Deutschland verließen, kamen aus allen sozialen Schichten und gehörten den unterschiedlichsten Berufsgruppen an.[9] Die Gründe, die sie ins Exil zwangen, waren vielfältig. Es waren politische und/oder rassische, weltanschauliche, emotionale und soziale Gründe. Ein Teil der Frauen, (30, 18%) emigrierte mit ihren Ehemännern oder Lebenspartnern. Eine von ihnen war Jeanne Stern, gebürtige Französin. Sie lebte seit ihrem 18. Lebensjahr in Deutschland und war mit Kurt Stern verheiratet. Ihr Mann kam aus einer deutsch-jüdischen Familie und war Leiter der kommunistischen Studentenfraktion in Berlin. Jeanne Stern ging im Mai 1933 mit ihrem Mann ins Exil nach Paris. Sie selbst wurde 1934 KPD-Mitglied.[10]

Der Antisemitismus der Nationalsozialisten zwang viele Menschen jüdischer Herkunft in die Emigration. Viele von ihnen hätten vielleicht das »Dritte Reich« vollkommen unpolitisch hingenommen, wenn ihnen nicht durch die antisemitische Propaganda und Politik und die im öffentlichen Leben einsetzenden Progrome die Flucht ins Ausland aufgezwungen worden wäre.

Beispielsweise Leonie Sachs, geb. 1908 in Berlin. Sie kam aus einer jüdischen Familie und war Professorin für Spanisch. Ihr Mann arbeitete als Botschaftssekretär der Spanischen Republik in Berlin. 1933 emigrierte sie mit ihrem Mann nach Spanien. Ihr Mann arbeitete als Dozent für deutsche Sprache an der Universität von Madrid. Sie arbeitete im Centro de Estudios Históricos von Madrid. 1937 wird die Familie gezwungen, Spanien



Barcelona, August 1936,Foto: Gerta Taro

aufgrund des Bürgerkriegs zu verlassen. Sie emigrierte nach Frankreich und im August 1937 mit Hilfe des nationalen Flüchtlingskomitees und der Vereinigung jüdischer Frauen in die USA. In Spanien engagierte sich Leonie Sachs in der jüdischen Vereinigung und in der Flüchtlingsorganisation von Madrid.[11] Ebenso emigrierte Hilde Friedmann (Cahn-Lohner), geb. 1909 in Rixdorf (heute Berlin-Neukölln) 1933 mit ihrem Mann Moschek Friedmann auf Anraten der jüdischen Gemeinde von Berlin, nach Spanien, nachdem sie eine Auseinandersetzung mit einem NSDAP-Mitglied hatte und eine Hausdurchsuchung stattfand. In Barcelona arbeitete sie zunächst in der Textilbranche und hatte Kontakt zu Deutschen, die in Barcelona den jüdischen Kulturbund gegründet hatten.[12]

Als »politisch Exilierte« bezeichnet H.-A. Walter alle Personen, »die, gleichgültig welcher Nationalität und Rasse, Deutschland und die später von diesem annektierten Staaten wegen des drohenden oder an die Macht gelangten Faschismus verließen oder deshalb nicht mehr dahin zurückkehren konnten oder wollten, und die im Ausland in irgendeiner politischen, publizistischen oder künstlerischen Form, direkt oder indirekt, gegen den deutschen Faschismus Stellung genommen haben.«[13]

Nach dieser Definition gehört die von mir erfaßte Personengruppe zu den »politisch Exilierten«, da sie durch ihr unterschiedliches Engagement auf der Iberischen Halbinsel direkt und indirekt gegen die deutsche Intervention in Spanien Stellung bezogen haben.

Eine Definition, die sich stärker auf die Gründe für eine politische Emigration bezieht und nicht die Tätigkeiten im Exil berücksichtigt, gibt Peter Steinbach. »Aus politischen Gründen mußte mithin jemand emigrieren, der sich 1) in einem auf Konsequenzen drängenden Gegensatz zum Regime befand und keine Möglichkeit zur Partialübereinstimmung sah, 2) eindeutig politische Ziele besaß, die von außen weiter verfolgt und befördert werden sollten, und 3) sich bewußt war, daß die auf Feindschaftsverhältnissen aufgebaute Politikvorstellung der Nationalsozialisten sich auch ganz individuell auswirken mußte.«[14]

Nach diesen Kriterien erfolgte für die überwiegende Anzahl der Frauen eine Emigration aus politischen Gründen. Besonders, weil ein Teil der Frauen politisch organisiert war.

Die Mehrheit der Frauen gehörte der KPD (16) an, ein Teil der SPD (4) oder anderen linksorientierten Organisationen (10).[15]

Aus politischen Gründen emigrierte z.B. Golda Friedemann, Büroangestellte, später freischaffende Modezeichnerin. Sie war seit 1931 KPD-Mitglied, später trat sie in den »Kampfbund gegen Faschismus« ein. Golda Friedemann arbeitete aktiv in der Straßenzelle der KPD in Hallensee und war 1933 die Leiterin der illegalen Fünfergruppe Hallensee-Eichkamp, welche unter anderem die illegale Zeitschrift »Rote Fahne« vertrieb. Nachdem die Gestapo zwei Hausdurchsuchungen bei ihr durchführte, ging sie 1934 mit ihrem Ehemann Max Friedemann in die Emigration nach Spanien.[16]

Gees Helberg, eine gebürtige Holländerin, lernte auf einem internationalen anarchistischen Jugendtreffen in Leipzig ihren späteren Ehemann Paul Helberg kennen. Nach der Heirat 1930 zog sie nach Deutschland und trat 1932 in die KPD ein. Am 17.6.1933 wurde sie verhaftet und von Juli bis September 1933 war sie in »Schutzhaft«. Sie gelangte illegal über die Grenze bei Aachen, über Lille nach Paris, dann nach Spanien.[17] Marietta (Etta) Federn-Kohlhaas hatte in Berlin Kontakt zur anarchistischen Bewegung und engagierte sich im »Syndikalistischen Frauenbund« (SFB). Sie verließ bereits 1932 Deutschland, da sie Morddrohungen aufgrund ihrer Rathenau-Biographie[18] erhielt. Außerdem hatte sie nach und nach ihre Einnahmequellen verloren, da sich ihre Verleger und Redakteure vom Druck reaktionärer, antisemitischer Kräfte einschüchtern ließen und ihr keine Aufträge mehr erteilten. 1932 emigrierte sie nach Spanien, 49jährig, als Alleinerziehende mit zwei Söhnen.[19]

Olga Ewert aus Königsberg, Bibliothekarin, war seit 1925 KPD-Mitglied. 1933 ging sie im Auftrag der KPD nach Dänemark. Dort war sie Sekretärin in der Emigrationsleitung der KPD. 1937 ging sie nach Spanien.[20]

Die Gründe, die deutsche Frauen in die Emigration zwangen, waren nicht nur vielfältig, sondern es gab viele Überschneidungen. Ein Beispiel dafür ist Lisa Freud, die aus einer jüdischen Familie in Hamburg stammte. Sie studierte Medizin und legte ihre Staats- und Doktorarbeit in Freiburg/Breisgau an der dortigen Universität ab. Anschließend arbeitete sie als Ärztin im Krankenhaus von Bamberg. Sie war Mitglied der KPD. Nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten wurde sie 1933 aus ihrer Tätigkeit als Ärztin entlassen. Sie emigrierte gemeinsam mit C. Coutelle, ihrem späteren Ehemann, in die UdSSR. In einem sowjetischen Krankenhaus spezialisierte sie sich als Laborärztin. 1937 begab sich Lisa Freud mit ihrem Mann C. Coutelle nach Spanien.(...)[21]

Das Exil schützte zwar die Emigranten vor dem direkten Zugriff der Gestapo, aber nicht vor weiteren Schikanen und Verfolgungen, was Hilda Adler und ihr Bruder Arthur erfahren mußten. Hilda Adler emigrierte aus rassischen und politischen Gründen 1933 mit ihrem Bruder nach Spanien. Von Spanien aus zogen sie weiter nach Lissabon. Im Dezember 1933 wurden sie aus Portugal nach Spanien ausgewiesen »wegen Verbreitung des 'Braunbuches' über den Reichstagsbrand und anderen politischen Schriften.«[22] In Madrid versuchten sie ihren Lebensunterhalt zu bestreiten, indem sie antifaschistische Literatur vor und in deutschen Buchhandlungen, Clubs oder Restaurants verkauften. Die deutsche Botschaft intervenierte, so daß ihnen ein Haus- und Verkaufsverbot erteilt wurde.[23]

Die Gruppe DAS in Barcelona

Spanien war das einzige Land Europas, in dem die Anarchisten eine dominierende Kraft in der Arbeiterbewegung waren. Im Gegensatz zur westeuropäischen Arbeiterbewegung fand die Theorie des Anarchismus in Spanien einen fruchtbaren Boden.

Die Gruppe DAS in Barcelona gründete sich wie andere Emigrantengruppen in Stockholm, Amsterdam und Paris, nachdem die Nationalsozialisten 1933 an die Macht kamen. Sie setzte sich aus den von Hitler verfolgten anarchistischen und anarchosyndikalistischen Militanten zusammen. Die Gruppe DAS von Barcelona befand sich seit ihrer Gründung 1933 in einer sehr schwierigen Lage, da die Verfolgung der anarchistischen Bewegung in Spanien einen Aufbau der Gruppe und die Kontaktaufnahme erschwerte. Die spanischen Anarchisten befanden sich in der Illegalität nach den Januar-Dezember Aufständen. Die hohe Anzahl der politischen Gefangenen, besonders nach der Niederschlagung des Bergarbeiteraufstandes 1934 in Asturien, stürzte die Familien in Hunger und Elend.[24] Dazu kam die generelle ökonomische Situation. Schon vor 1933 gab es eine hohe Arbeitslosigkeit in Barcelona. Der Staat zahlte kein Arbeitslosengeld und die CNT hatte kaum finanzielle Mittel, um ihre Mitglieder zu unterstützen. Die wachsende Zahl der Emigranten in Barcelona hatte trotz legaler Einreise Probleme, eine Arbeit zu finden.

Schwierig gestaltete sich auch der Neuanfang für Arthur Lewin und seine Frau Martha (Wüstemann) aus Leipzig, in Barcelona. Arthur Lewin emigrierte 1933 nach Barcelona. In Barcelona arbeitete er für eine Firma, die Firmenschilder und Werbematerial herstellte, als Schriftenzeichner.[25] Ein Jahr nach seiner Emigration folgte ihm seine Frau Martha mit ihrem gemeinsamen Kind. Als Anlaufstelle diente die Wohnung von Helmuth Rüdiger, einem der wichtigsten Theoretiker des deutschen Anarchosyndikalismus und seiner Frau Dorothea Rüdiger. 1933 emigrierten die Rüdigers nach Spanien, beide waren FAUD-Mitglieder, und Dorothea gehörte dem syndikalistischen Frauenbund an. Ihre Schwägerin Irma Götze und ihr Mann Ferdinand Götze folgten ihnen Anfang 1935.[26]

Martha Wüstemann (Lewin) trug zum Lebensunterhalt der Familie bei, indem sie zunächst bei deutsch-jüdischen Familien Wäsche wusch; kurzzeitig konnte sie auch, gedeckt durch ein spanisches Dienstmädchen, als deren Gehilfin bei reichen Spaniern unterkommen. Später fand sie eine Anstellung in der Textilbranche in Barcelona. Ihr Mann ging nach Madrid, nachdem die Firma, in der er beschäftigt war, seinen Lohn kürzte. Er sah seine Familie in Barcelona nur selten und kehrte erst kurz vor Ausbruch des Bürgerkriegs dorthin zurück.[27] Martha Wüstemann (Lewin) erinnert sich an diese Zeit: »Man hatte wirtschaftlich schwer zu kämpfen, jeder mußte auf seine Art durchkommen. Man habe sich Solidarität erwiesen, aber nicht 'schmarotzt.' »[28]

Für die deutschen Anarchisten erwiesen sich nicht nur die sprachlichen Barrieren als schwierig, sondern auch die praktischen Beziehungen zu den Syndikaten. Nach den FAUD-Statuten schlossen sich die arbeitenden Emigranten den entsprechenden Berufssyndikaten der CNT an, aber für die meisten Emigranten war es ein rein formaler Akt, ohne einen praktischen Bezug zu der Organisation.[29]

Aber es gab auch andere, wie Martha Wüstemann (Lewin), die es als ihre Chance sah, sich zu integrieren und Kontakt zu einheimischen Gesinnungsgenossen zu suchen. Sie hatte Kontakt zu »Juventudes Libertarias«, der Jugendorganisation der CNT. Ihre Tochter schulte sie in die katalanische Staatsschule »Esquella Industrial« ein. Sie nahm an den gesellig-politischen Ausflügen der Jugendorganisation der CNT teil. Durch ihre Kontakte war sie bei Ausbruch des Spanischen Bürgerkriegs in die revolutionären Aktivitäten der CNT und ihrer Jugendorganisationen voll integriert.[30]

Doch der größte Teil der Gruppe DAS lebte sein eigenes Leben und im Vordergrund stand die eigene Existenzsicherung. Auch die Herausgabe der Zeitschrift »Die Internationale«, Anarchosyndikalistisches Organ, herausgegeben vom Sekretariat der I.A.A, konnte nicht darüber hinwegtäuschen, daß es an gemeinsamen politischen Aufgaben mangelte und fast alle DAS Mitglieder isoliert voneinander ihr Leben bestritten. Erschwerend kam das Fehlen einer Zusammenarbeit zwischen CNT und der Gruppe DAS hinzu.[31]

H. Rüdiger schreibt in einem Brief an R. Rocker und Mollie Steimer: »Unser einer fühlt sich hier oft als 'unerwünschter Ausländer' (...) Tragisch ist, daß man selbst als Flüchtling von der spanischen Bewegung als Organisation nicht die geringste mate-

rielle Hilfe oder auch nur Beistand bei der Schaffung von Arbeitsmöglichkeiten erhalten kann. In diesem Punkt besteht 100% Desinteresse.«[32]

Auch als im August 1934 eine Versammlung gegen den deutschen Faschismus stattfand, zeigten die spanischen Genossen keinerlei Interesse für die Veranstaltung.[33]

Zusammenfassend ergibt sich folgendes Bild über den sozialen Zusammenhalt der Mitglieder der Gruppe DAS: »Recht und schlecht existierte also die Gruppe DAS bis zum Ausbruch des Bürgerkriegs, ein Zentrum der Kommunikation und doch zerrissen durch persönliche Streitereien und endlos-fruchtlose Diskussionen über die spanischen Vorgänge, die sie nicht beeinflussen konnten, und die Schreckensnachrichten über die Verfolgung der Gesinnungsgenossen in Deutschland, bei denen sie ebenso ohnmächtige Zuschauer blieben.«[34]

Die anderen politischen Gruppierungen

Bereits im Sommer 1933 gab es zumindest in Barcelona einen kleinen linken Zirkel. Am 1. Juni 1933 erschien die Zeitschrift »Der Antifaschist«. Diese Zeitschrift erschien 14-tägig in spanischer und deutscher Sprache. Parteipolitisch war die Zeitschrift nicht festgelegt, obwohl die Tendenz zu kommunistischen und linkssozialistischen Positionen erkennbar war. Die Themen in dieser Zeitschrift behandelten überwiegend das »Dritte Reich«, die Aktivitäten der Nationalsozialisten im Ausland und beschäftigten sich mit der auslandsdeutschen Kolonie in Spanien.[35] Der Herausgeber war Ludwig Stautz.[36] Die Emigranten, die politisch organisiert waren und über die entsprechenden Kontakte verfügten, wurden von den spanischen Parteien, Gewerkschaften und Verbänden unterstützt.

Vor Ausbruch des Bürgerkriegs 1936 lebten etwa 40 bis 60 deutsche Kommunisten in Barcelona. Kleinere Gruppen von Kommunisten gab es auch in Madrid, wahrscheinlich auch in anderen größeren Städten.[37]

Die deutschen Kommunisten lebten in einem eher unauffälligen Emigrantenmilieu. Dies hing damit zusammen, daß bis zum Beginn des Spanischen Bürgerkriegs die spanische KP (PCE) völlig unbedeutend war. Im Gegensatz zu Deutschland fehlte der spanischen kommunistischen Partei eine Massenbasis. Sie war zwar Teil der kommunistischen Komintern und ähnlich im organisatorischen Aufbau gegliedert, aber sie hatte keinen nennenswerten politischen Einfluß bis zum Ausbruch des Spanischen Bürgerkriegs, auch wenn die Komintern zum Aufbau der kommunistischen Partei Spaniens Mitglieder der KPD nach Spanien schickte. Zum Beispiel sollte die Publizistin Magarete Buber-Neumann aus Potsdam im Februar 1933 unter dem Decknamen Else Henk für die Komintern in Madrid tätig sein.[38]

Die Zusammensetzung der Kommunisten war heterogen und bildete in Barcelona ein relativ geschlossenes Milieu mit eigenen Strukturen von Beziehungen und einer gleichfalls charakteristischen Subkultur.[39] Die kommunistischen Emigranten setzten sich aus Kommunisten zusammen, die offen zu ihrer Parteizugehörigkeit standen und die, soweit es das Umfeld ermöglichte, politisch aktiv waren. Eine Gruppe von organisierten Kommunisten bildete das 1935 gegründete »Thälmann-Befreiungskomitee«.[40] Dieses Komitee organisierte Demonstrationen vor der deutschen Botschaft in Madrid und Barcelona.[41] Zur KP-Gruppe Barcelona gehörte auch Golda Friedemann, die, wie bereits erwähnt, aus rassischen und politischen Gründen 1934 nach Barcelona emigrierte. Sie beteiligte sich aktiv an den Vorbereitungen für die Volksolympiade.[42]

Die Volksolympiade war als Gegenveranstaltung für die Olympischen Spiele 1936 in Berlin geplant.

Es gab aber auch Kommunisten, die ihre Parteizugehörigkeit nicht zugaben und konspirativ arbeiteten, indem sie Kundschafter für die Komintern oder andere kommunistische Stellen waren. Es waren Spitzel, die das Emigrantenmilieu observieren sollten.[43]

Bis zum Ausbruch des Spanischen Bürgerkriegs hatten sie eine unbedeutende Rolle.

Im Verlauf des Spanischen Bürgerkriegs etablierten sie sich aufgrund ihrer Sprach- u. Landeskenntnisse zu



Katalonien/Aragonien 1936,Foto: Gerta Taro

Funktionseliten. Zu einem der bedeutendsten NKWD-Agenten wurde Alfred Herz. Alfred Herz emigrierte von Amsterdam 1934 nach Barcelona. In Barcelona hatte er wahrscheinlich eine Buchhandlung für deutsche und ausländische Literatur, die ihm ermöglichte, Kontakt zu den verschiedenen Emigrantenmilieus aufzubauen. Aufgrund seines Wissens erlangte er die Funktion eines Polizeichefs, Vernehmungs- und Folterspezialisten. Er war verantwortlich für die Verfolgungen aller nicht »linientreuen« Kommunisten vom Herbst 1936 bis zum Sommer 1937. Ihm oblag die Aufgabe, Trotzkisten, Anarchisten, Sozialdemokraten und »abtrünnige« Kommunisten auszuschalten. Bei dieser Aufgabe war ihm seine Frau Käthe Herz behilflich. Sie arbeitete mit ihrem Mann zusammen bei der Verfolgung von Deutschen, die auf der »Schwarzen Liste« standen. Auch Gertrud Schildbach avancierte zur NKVD-Agentin.[44]

Ein Teil der Emigranten gehörte den deutschen Splitterparteien wie der Sozialistischen Arbeiterpartei und der kommunistischen Opposition an, oder es waren Trotzkisten. Beispielsweise Auguste Marx. Sie war Mitglied der sozialistischen Arbeiterjugend und der SAP.[45] Eva Sittig-Laufer war Mitglied der KPO.[46] Die Mitglieder dieser Splittergruppen organisierten sich in der spanischen POUM, wie z.B. die beiden oben genannten Frauen.

Schließlich gab es noch Emigran-

ten, die der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) angehörten und nach der Machtübernahme der NSDAP ebenfalls ins Exil gezwungen wurden. Eine von ihnen war die Journalistin Ilse Wolf de Reviera. Sie emigrierte 1935 nach Spanien. Die spanische Schwesterpartei PSOE hatte ihre eigentliche Machtbasis in dem von ihr kontrollierten Gewerkschaftsverband UGT. Die internen Streitigkeiten zwischen PSOE und UGT führten zu einer tiefen Spaltung und Handlungsunfähigkeit bei Ausbruch des Bürgerkriegs. Historische und national bedingte Unterschiede lassen einen Vergleich kaum zu. Die PSOE war nicht nur viel jünger als die SPD, sie hatte auch niemals eine annähernde Anhängerschaft wie die Deutsche Sozialdemokratische Partei Deutschlands.[47]

Es ist anzunehmen, daß die historisch nationalen Unterschiede der PSOE und SPD, das Desinteresse der Exil-SPD und die internen Konflikte zwischen PSOE und UGT den Aufbau bzw. die Existenz eines sozialdemokratischen Emigrantenmilieus verhinderten.

Fotos wurden aus dem Buch: Irme Schaber: Gerta Garbo – Fotreporterin im spanischen Bürgerkrieg, Jonas Verlag, Marburg 1994 entnommen.

Anmerkungen:

1 Vgl. Mühlen : Spanien war ihre Hoffnung, S. 35-36.
2 Ebenda, S. 36.
3 Lacina, Evelyn: Emigration 1933-1945. Sozialhistorische Darstellung der deutschsprachigen Emigration und einige ihrer Asylländer aufgrund ausgewählter zeitgenössischer Selbstzeugnisse, Stuttgart 1982, S. 26.
4 Steinbach, Peter: Widerstand im Widerstreit. Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus in der Erinnerung der Deutschen, Paderborn, München, Wien, Zürich 1994, S. 126.
5 Schreiben der Gestapoleitstelle Düsseldorf vom 3.12.1937, zur Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit; HStAD: RW58-47767.
6 Schreiben der Gestapoleitstelle Düsseldorf vom 8.6.1939, zur Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit; ebenda: RW58-64581.
7 Steinbach: Widerstand im Widerstreit, S. 126.
8 Undatierter Lebenslauf von Antonie Stemmler; Privatarchiv: Kormes.
9 Vgl. Kurzbiographien im Anhang.
10 Vgl. Lataster-Czisch: Eigentlich rede ich nicht gern über mich, S. 228 ff.
11 Vgl. Biographisches Handbuch der deutschsprachigen Emigration, Bd. 2, S. 1007.
12 Undatierter Lebenslauf von Hilde Friedmann (Cahn-Lohner); Privatarchiv: Kormes.
13 Walter, Hans-Albert: Deutsche Exilliteratur, Bd. 1, Darmstadt 1972, S. 199.
14 Steinbach: Widerstand im Widerstreit, S. 127.
15 Vgl. Kurzbiographien im Anhang.
16 Abschrift des Lebenslaufes von Golda Friedemann vom 26.5.1972, Berlin; SAMPO-BArch: NL 72/176. — Kader-Akte; ebenda: I 2/3/86 Bl. 164.
17 Vgl. Degen, Hans-Jürgen / Haug, Wolfgang / Linse,Ulrich / Nelles, Dieter: Kurzbiographien von deutschen bzw. deutschsprachigen Anarchisten und Sympathisanten im Spanischen Bürgerkrieg 1936 (Mskr.).
18 Walther Rathenau, geb. 29.9.1867 in Berlin Anfang 1922 wurde er Reichsaußenminister und schloß im April 1922 den Rapollo-Vertrag mit Sowejtrußland. Als sogenannter »Erfüllungspolitiker« wurde er von der Deutschnationalen Volkspartei angegriffen, und schließlich von jungen rechtsradikalen Offizieren am 24.6.1922 in Berlin erschossen, vgl. Das große Universal-Lexikon in vier Bänden, München 1964, Bd. 3, S. 671.
19 Vgl. Kröger, Marianne: »Ich nehme an, dass ich und meine Arbeit Ihnen nicht ganz unbekannt sein dürften« - Lebenswerk und Lebenslauf der österreichischen-jüdischen Schriftstellerin Etta Federn-Kohlhaas 1883-1951 (Mskr.).
20 Undatierter Lebenslauf von Olga Ewert; SAMPO-BArch: EA 1306 Bl. 1-2.
21 Undatierter Lebenslauf von Lisa Freud; Privatarchiv: Kormes.
22 Vgl. Schlenstedt: Exil und antifaschistischer Kampf in Spanien, S. 191.
23 »Die Zahlenangaben liegen zwischen 2000 und 3000 für Barcelona und für ganz Spanien ungefähr bei 4000 Personen.«, zit nach Mühlen: Fluchtweg Spanien-Portugal, S. 59.
24 Ebenda, S. 62. — Ders.: Spanien war ihre Hoffnung, S. 42.
25 Vgl. ebenda.
26 Vgl. Schuhmann / Auweder: Triumph und Scheitern des Anarchismus im Spanischen Bürgerkrieg, S. 131.
27 Vgl. Linse, Ulrich: Die Gruppe Deutsche Anarcho-Syndikalisten (DAS) in Spanien (Mskr.), S. 3.
28 Vgl. Degen / Haug / Linse / Nelles: Kurzbiographien von deutschen bzw. deutschsprachigen Anarchisten (Mskr.). Ferdinand Götze war Delegierter der FAUD für Leipzig beim 18. Kongreß der FAUD 1932 in Erfurt, vgl. ebenda. — Sowie undatiertes Schreiben über aktive einflußreiche DAS-Mitglieder; AHN: Seccion P.S. Barcelona, carpeta 13.
29 Vgl. Linse: Die Gruppe Deutsche Anarcho-Syndikalisten (DAS) in Spanien (Mskr.), S. 3.
30 Vgl. Alino (Wüstemann, Lewin): Als Frau in der Spanischen Revolution, S. 35.
31 Vgl. Linse: Die Gruppe Deutsche Anarcho-Syndikalisten (DAS) in Spanien (Mskr.), S. 8.
32 Zit. nach ebenda, S. 10.
33 Vgl. ebenda.
34 Ebenda, S. 12-13.
35 Vgl. Mühlen: Fluchtweg Spanien-Portugal, S. 60. — »Es regt sich auch hier«, in: Der Antifaschist Nr.6 vom 16.7.1933. — »Für den Antifaschist«, in: Der Antifaschist Nr. 5 vom 31.7.1933.
36 »Ludwig Stautz lebte schon seit 1930 in Barcelona, vorher lebte er in Mailand, wurde aber 'wegen kommunistischer Umtriebe' abgeschoben«, zit. nach Mühlen: Spanien war ihre Hoffnung, S. 60.
37 Vgl. ebenda, S. 61.
38 Vgl. Biographisches Handbuch der deutschsprachigen Emigration, Bd. 1, S. 101.
39 Vgl. Mühlen: Fluchtweg-Spanien-Portugal, S. 61.
40 Ernst Thälmann, geb. 16.4.1886 in Hamburg. 1924 war er kommunistisches Mitglied im Reichstag. 1925 war er Vorsitzender der KPD. Ab 1933 befand er sich im KZ-Buchenwald, wo er am 28.8.1944 ermordet wurde, vgl. Das große Universial-Lexikon Bd. 4, S. 353.
41 Vgl. Mühlen: Fluchtweg Spanien-Portugal, S. 61.
42 Lebenslauf von Golda Friedemann,vom 26.5.1972; SAMPO-BArch: NL 72/176.
43 Vgl. Mühlen: Spanien war ihre Hoffnung, S. 171.
44 Die Bedeutung, die Alfred Herz für das Schicksal vieler Emigranten hatte, wird ausführlich behandelt ebenda, S. 168-177.
45 Vgl. Degen / Haug / Linse / Nelles: Kurzbiographien von deutschen bzw. deutschsprachiger Anarchisten (Mskr).
46 Vgl. Sittig-Laufer: An den Fronten des Spanischen Bürgerkriegs, S. 30-31.
47 Vgl. Mühlen: Spanien war ihre Hoffnung, S. 112, in dieser Studie werden die verschiedenen deutschen Parteien und die Verbindungen zu den spanischen Schwesternparteien detailliert dargestellt.

Ernst Federns Versuche zur Psychoanalyse des Terrors

Dieses Buch ist von außerordentlicher Bedeutung, denn es enthält wertvolle Erstveröffentlichungen im Hinblick auf das System der nationalsozialistischen Konzentrationslager und, generell, zum Versuch einer Psychologie der extremen staatlichen Gewalt, die durchaus vom üblichen Verständnis dieser Dinge abweichen. Es ist dem Kölner Pädagogen und Publizisten Roland Kaufhold zu verdanken, daß hier erstmals die frühen psychologischen Studien Ernst Federns zur Funktionsweise des absoluten Terrors des nationalsozialistischen Lagersystems aus der Sicht eines Betroffenen und zugleich Wissenschaftlers in einem Band zusammengetragen worden, für die es weder unmittelbar nach dem Kriegsende noch in späteren Jahrzehnten ausreichend Beachtung gab.

Ernst Federn war als politischer Gefangener, der trotzkistisch orientiert war - die Kategorie des jüdischen Häftlings kam später hinzu - sieben Jahre lang in den Konzentrationslagern Dachau (1938) und Buchenwald (von 1938 bis zur Befreiung) inhaftiert, nachdem er - in der Zeit des Austrofaschismus - bereits ein Jahr lang in österreichischen Gefängnissen hatte zubrin-gen müssen. In Buchenwald ist er gefoltert worden, in der gleichen Art, die Jean Améry beschrieben hat. Wie man acht Jahre unter solchen extremen Bedingungen nicht nur überleben kann, sondern auch als Persönlichkeit überstehen kann, zeigt der österreichische Psychoanalytiker und Sozialtherapeut Ernst Federn in seinen Studien und Auftritten als Zeitzeuge: Er hat sich in eine Doppelrolle begeben, indem er die passive, die unerträgliche Seite als vogelfreies Opfer der Nationalsozialisten, das jederzeit der absoluten Willkür ausgesetzt war und dessen Überleben als jüdischer politischer Gefangener unablässig bedroht war, mit der aktiven Seite des wissenschaftlich-rationalen Beobachters und Analytikers der ihn umgebenden Zustände relativieren konnte. Diese Überlebensstrategie, in der die Verschiebung von Leid zur nüchternen Sachlichkeit, zur Beschäftigung mit Wissenschaft, oder aber mit Kunst oder Literatur oder unerschütterlichen politischen oder religiösen Überzeugungen, in denen die Hoffnung an ein sinnvolles Leben nach der Zeit der Quälerei und der Todesangst entscheidend ist, jemanden rettet, indem es ihn innerlich teilweise aus der Unerträglichkeit der Situation herausbringt und einen Bruchteil von individueller Autonomie wiederherstellt, finden wir ja bei manchen Überlebenden von Arbeits- und Konzentrationslagern, in denen - gemessen an den Zuständen in den Vernichtungslagern - bessere Überlebensbedin gungen geherrscht hatten. Dies trifft auch auf Buchenwald zu. So ist es Ernst Federn bis heute gelungen, die vernunftgeprägte Annäherung an den erlebten und erlittenen Terror beizubehalten und sich nicht von der emotionalen Wucht seiner Erfahrungen überrollen zu lassen; was für manche der KZ-Überlebenden noch stets überlebenswichtig ist. Das wiederum bedeutet für Nachgeborene ein doppeltes Lernen: die Reaktionen der Überlebenden intellektuell und emotionell zu erfassen, und, wie im Falle von Ernst Federn, sich darüber hinaus mit seiner intellektuellen Analyse des NS-Terrors auseinanderzusetzen.

Die wiederum ist ein kostbares Zeugnis. Wären seine Studien früher veröffentlicht worden, hätten beispielsweise viele Jahre der Mythologisierung der Zustände im Konzentrationslager Buchenwald vermieden werden können. Denn Federn war als Trotzkist immer ein Außenseiter, was im KZ Buchenwald von besonderer Bedeutung und besonderem Risiko war, denn dort hatten ab 1939 deutsche kommunistische Häftlinge als sog. „Funktionshäftlinge", autorisiert von der SS, die Häftlingsselbstverwaltung übernommen. Gemäß dem „Teile und herrsche"-Prinzip der Nationalsozialisten fiel ihnen somit die Machtposition zu, die Arbeitseinteilung, den Transport zu Außenkommandos und die Deportationen in Vernichtungslager entscheidend mitbestimmen zu können. Daß dabei durch die kommunistischen Funktionäre die eigenen, als zuverlässig und bedeutend angesehenen Parteimitglieder bevorteilt wurden, während die Anhänger der Linksopposition oder Einzelgänger solchen Arbeitskommandos zugeteilt wurden, in denen ein Überleben eher unwahrscheinlich war, war eine Folge davon. Ohne dies hier als Außenstehende nachträglich verurteilen zu wollen, muß konstatiert werden, daß diese Tatsache dennoch insbesondere für die Überlebenden, die damals keine orthodoxen Kommunisten und dadurch benachteiligt waren, einen nach wie vor schockierenden Sachverhalt darstellt, über den sie nicht hinwegkommen. Dies gilt auch für Ernst Federn. In dem Film „Überleben im Terror - Ernst Federns Geschichte" (1992) von Wilhelm Rösing und Marita Barthel-Rösing geht er - ebenso wie in seinen Schriften -



ausführlich auf seine diesbezüglichen Erfahrungen ein.

Seine Schriften sind jedoch nicht nur wegen der Dekonstruktion des Solidaritätsmythos unter den politischen Gefangenen unrezipiert geblieben. Indem Federn Aussagen zur Psychopathologie des Völkermords und der Analyse des menschlichen Verhaltens in Extremsituationen machte, entnationalisierte er dies gleichzeitig. So betont er in seinen Studien mehrmals, daß im NS-Regime unter ganz konkreten Rahmenbedingungen psychische Mechanismen wirksam werden konnten, die keinesfalls nur als typisch deutsch betrachtet und somit leichthin abgetan werden dürften, sondern gerade in der universellen Gültigkeit ihre konkrete Gefahr bergen würden.

> *„Aber selbst wenn man zugibt, daß die Regression in den Sadismus eine allgemein menschliche Erscheinung ist, wird man doch entgegenhalten, daß Massenverbrechen, wie sie in den deutschen K.Z.s begangen wurden, eine Ausnahme in der menschlichen Entwicklung bilden. Wie gesagt, kann das nur in Bezug auf das Ausmaß, nicht auf das Wesen der Verbrechen behauptet werden. In jedem Volk waren und sind genügend Sadisten und Verbrecher vorhanden, die solche Gewalttaten erst einmal beginnen können, um dann im Laufe der Entwicklung immer weitere Kreise der Gesellschaft in ihre Verbrechen einzubeziehen und mitschuldig zu machen (...) Daß in Deutschland die Verbrecher zur Regierung kamen, ist nicht neu in der Geschichte." (S. 69)*

Dieser wissenschaftliche Universalismus befremdete die Nachkriegswelt außerhalb Deutschlands und erschien ihnen zu deutschfreundlich. So blieb vieles von ihm unveröffentlicht, obwohl es der Forschung etwa über den Alltag in Konzentrationslagern der ersten und zweiten Kategorie (nicht der Vernichtungslager, in denen er nicht war) aufschlußreiche Informationen hätte geben können. Federn schrieb etwa schon 1946 über die Errichtung von Bordellen in den Lagern. Durch seine psychologischen Beobachtungen entdämonisierte er den Nationalsozialismus, indem er die Psychologie des Gewalttäters, des Folterers entwickelte. Dazu ein weiteres Beispiel:

> *„Ich glaube allgemein zu dem Schluß kommen zu können, daß wenn durch Befehl und Straflosigkeit ein Individuum die Möglichkeit erhält, seine atavistischen Triebe und Pubertätsphantasien verwirklichen zu können, so wird der eine früher, der andere später, der eine mehr, der andere weniger, diesen Wünschen nachgeben und in frühere Altersstufen regredieren. (...) Man kann genau beobachten, wie allmählich das Ich von Stufe zu Stufe herabgleitet, wie aus dem beherrschten Erwachsenen langsam das grausame Kind wird. Und da das Gewissen und jede Angst vor Strafe ausgeschaltet wird, gleitet das Ich schnell hinab zu jener kindlichen Sphäre, in der man den Fliegen die Beine ausreißt, grausame Indianerbücher liest und von sadistischen Orgien phantasiert. Nun werden diese Phantasien verwirklicht, und die atavistischen Triebe finden ihre volle Befriedigung." (S. 68)*

Durch welche äußeren Mechanismen und Strukturen es dem NS-Regime gelungen war, in den Individuen die Möglichkeit zur Verwirklichung ihrer Triebe und Kindheitsphantasien freizusetzen, beschreibt Ernst Federn ebenso eingehend wie die andere Seite, wie das Erleben des Terrors aus der Perspektive des Gefangenen vor sich geht und welche innerpsychischen Reaktionen zumeist hierauf erfolgen.

Um zu verstehen, wie rasch sich etwa in Ruanda die Hutu-Bevölkerung zu Massenmördern an ihren Tutsi-Nachbarn entwickeln konnten, oder wie unglaublich schnell und tiefgehend der Haßausbruch, oder psychoanalytisch ausgedrückt: die Regression in den Sadismus, im früheren Jugoslawien möglich wurde, sind die Studien von Ernst Federn über Mechanismen des Terrors nach wie vor unverzichtbar. Auch was heute als neue Erkenntnisse der Traumaforschung gilt, hat er zum Teil schon vorweggenommen.

Zusätzlich zu diesen wichtigen Schriften enthält das Buch Erinnerungen Ernst Federns an ehemalige ermordete Mithäftlinge in Buchenwald, nämlich den österreichischen Kabarettisten Fritz Grünbaum sowie den sozialistischen österreichischen Politiker Robert Danneberg. Auch der Freundschaft mit Bruno Bettelheim, den Ernst Federn in Buchenwald kennengelernt hatte, ist ein Aufsatz gewidmet. Roland Kaufhold hat ferner im Anhang den erhalten gebliebenen Briefwechsel zwischen Bettelheim und Federn dokumentiert und kommentiert. Ergänzt werden die Aufsätze von Ernst Federn durch Beiträge des österreichischen Federn-Biographen Bernhard Kuschey sowie des Filmemacherpaares Wilhelm Rösung und Marita Barthel-Rösing.

Marianne Kröger

Roland Kaufhold (Hrsg.): Ernst Federn - Versuche zur Psychologie des Terrors. Material zum Leben und Werk von Ernst Federn. Psychosozial-Verlag, Gießen 1999

Mtl. Dauerspenden für die Verbreitung anarchistischen Gedankenguts – SF-Unterstützer- und Unterstützerinnenkreis:

N.H., Nürnberg 25.-; M.R., Frankfurt 25.-; T.S., Detmold 5.-; A.R., Paderborn 10.-; F.-J. M., Dortmund 10.-; V.S., Groß-Umstadt 20.-; U.S., Thedinghausen 15.-; R.G., Anröchte 15.-; I.W., Aschaffenburg 60.-; B.P., Harsum 50.-; R.M., Schweiz, 25.-;D.R., Bremen 50.-;

Gesamtstand (Februar 1999: 310.-)

Einmalige Spenden für den Pressefonds (Anzeigen, Werbung etc.) des Schwarzen Fadens:

F.T., Baden-Baden 10.-; G.H., Stuttgart 10.-; F.F., Detmold 10.-; B.B., Augsburg 20.K.D, Hamburg 20.-; A.B., Berlin 10.-; M.N., A-Wien 10.-;M.P., B-Brüssel 5.-; E.G., Berlin 10.-; J.M., Leipzig 10.-; P.P., F-Strasbourg 10.-; F.B., CH-Zürich 10.-; F.B., Brandenburg 5.-; V.S., Berlin 10.-; M.F., Ingolstadt 10.-; E.M., I-Milano 10.-; H.P., Helsinki 6.-; K.M., Helsinki 3.-; A.R., Berlin 41.-;N.W., Düsseldorf 5.-;D.R, Berlin 5.-;S.A., Magdeburg 10.-; B.u.P., GB-Windsor, 20.- V.W., (nicht der Konzern!) Wolfsburg 5.-; F.u.M., Mannheim 10.-; K.-M. S., Chemnitz 10.-; U.H.-U., Eulenberg 3.-; R.-A. T., Hameln 4.- ; I.I., Liechtenstein 10.-; I.A., Eselshütte 3.-;E.P., B-Eupen 10.-;T.T. u. T, Entenhausen 10.-; W.H., Tübingen 5.-; T.u.I., Bayreuth 10.-; M.R., Schweiz, 25.-; R.D., Luckenwalde 5.-; C.B., Wetzlar 5.-; B.S., Bremen 5.-; M.M., Mausheim 3.-; S.Z., Schneeberg 4.-; R.W., Wolfsburg 5.-; K.C., Katzwinkel 3.-;C.D., Barcelona 10.-; E.A., Wasserburg 3.-; A.-D.O., Frankfurt 4,50;O.K., Freiburg 10.-; A.K., Darmstadt 5.-; M.R. u. A.K., Wilhelmshaven 10.-; V.Z., L-Echternach 5.-;W.u.F., Hann.Münden 5.-;A.B., Bernau 4.-;B.L., Leverkusen 7.-;S.M. u. H.W., Windhoek 10.-; I.N., Grafenau 3.-;E.A., Merseburg 3.-;E.M.A., Greifswald 4.-;P.E., Kairo 10.-;E.O., Hannover 3.-; I.B., Freiburg 5.-;S.B.-Z., Pankow 6.-; G.F., Hamburg 50.- Max Laufer-Stiftung, Zürich 975.-; A.-E.B. Nordschleswig 10.-;M.H., Altötting 4.-; E.O., Freudenstadt 20.-; E.B., Saarbrücken 10.- H.W., Porta Westfalica 20.-;A.-A. R., Adlersteige 6.-; I.W., Grafenau 6.-; B.-M.W., München 5.-; H.u.G., Hexenagger 4.-; T.u.S., Köln 5.-; E.F., Erfurt 3.-; H.E., Marburg 4.-; E.-J..A., Jena 3.-; S.P., Oranienbaum 10.-; E.K., Kassel 3.-;S.G., Prizren 10.-;K.Z., Dachau 7.-; P.U., Göttingen 4.-; S.F., Finsterwalde 6.-;A.C., Colmar 10.-;G.A. Schwedt 5.-; E.B., Hof 7.-; P.A., Athen 10.-D.D., Peenemünde 8.-; A.R., Bonn 10.-; T.R., Würzburg 7.-; E.B., Güstrow 6.-;K.K., Moritzburg 7.-; M.L. Vogelsberg 7.-;M.M., Wiedensahl 3.-; N.M., Lehnin, 10.-;F.L., Kaiserslautern 7.-;W.S., Münster 5.-;T.A., Grafenau, 8.-; T.P., Locarno 10.-;J.H., Salt Lake City 10.-; W.I.M, Heinsberg 10.-; D.J., Traunstein 3.-; A.W. Garching, 4.-;N.W., Emden 3.-; B.R., Bamberg 5.-; U.T.A., Naumburg, 5.-; D.S., Darmstadt 6.-;B.A., Ludwigshafen 10.-; B.L. Bad Ems 4.-; F.A., Heidelberg 3.-; ;.E., A-Wien 10.-; M.S., Koblenz 7.-; V.N., Eberswalde 5.-; A.C., Passau 5.-; P.S., Damaskus 10.-; L.H., Vogelsberg 7.-; M.C., Starenheim 8.-; N.Z., Finkenhaus 5.-;

Preisfrage: wieviele verstorbene historische Gestalten treten hier anstelle von anonymen Spendern auf? Wer es errät gewinnt das Buch: Michael Seligmann: Aufstand der Räte, 800S. zur bayerischen Räterepublik in 2 Bänden, TROTZDEM-VERLAG 1999 (Buchhandelspreis: 78.-DM). Auflösung aus Heft 2/99: 28! Keine richtige Lösung: Gewinn bleibt im Jackpot.

Gesamt: 1715.-
Herzlichen Dank,
an die SpenderInnen!

Wir danken
den Vielen, die sich inzwischen für das Förder-ABO über 50.-DM entscheiden!
und wir danken
nicht zuletzt unseren SachspenderInnen, die uns dieses Mal u.a. Durchhaltevermögen in Form von Beuteltee, Kaffe--pulver, und Kartoffelbrei aus der Packung (iihh, schon den selbstgemachten würgen wir nur schwer runter!) zuschickten, dazu Modeschmuck (der ungefähr genauso schwer zu Geld zu machen ist wie der SF, oder was will uns der edle Spender damit sagen? Vielleicht: »nicht alles was glänzt ist auch wirklich Gold«) und mehr Spürsinn in Form eines Krimis übersandten. Interessant aber das Buch über den Herero-Aufstand gegen den deutschen Kolonialismus, auch wenn mensch es gegen den Strich lesen muss, da aus deutscher Perspektive geschrieben.

Jochen Knoblauch (Hg.): SF-Register

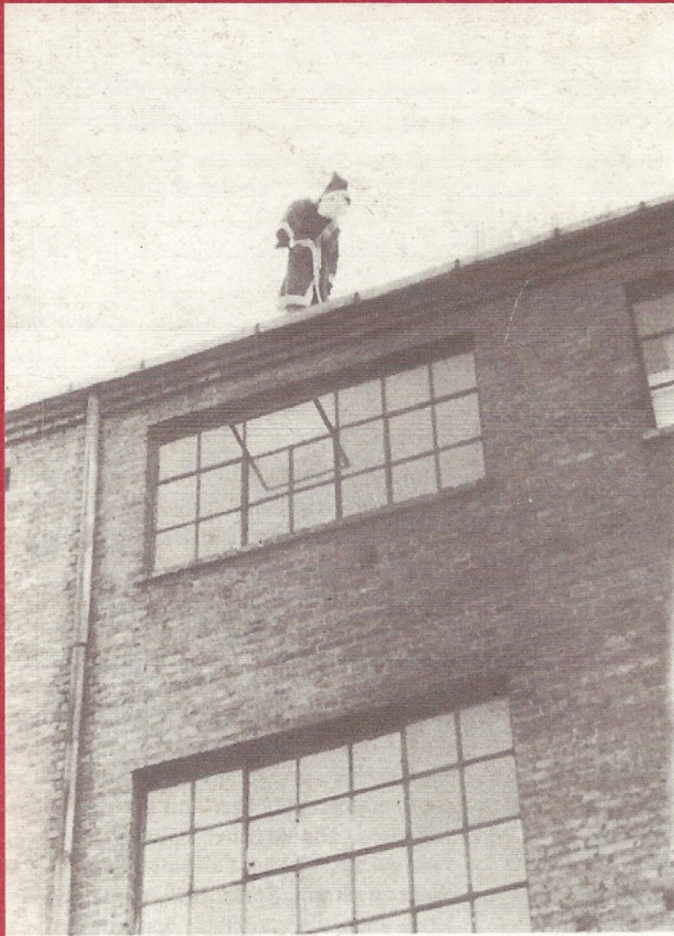
Aufgenommen wurden alle Beiträge von Nr.0-Nr.50, incl. Sondernummern. 10.-DM; auch als DOS-Diskette (Word-Datei) erhältlich. Das Register, das demnächst auf der CD-ROM der Edition ID/Amsterdam enthalten sein wird, ist für Internet-Benutzer auch unter unserer Homepage zu finden: ***http://www.comenius-antiquariat.com/anares***

JUST FOR FUN



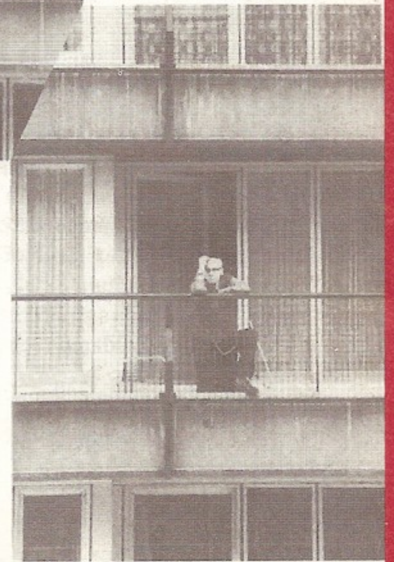
Internet

Wer sich unsere Homepages nicht merken kann und nur als Suchwort "Trotzdem-Verlag" eingibt, findet momentan 137 Suchergebnisse, von denen allerdings zehn nichts mit uns zu tun haben. Wer dasselbe mit Schwarzer Faden versucht landet bei über 856.000 Ergebnissen, von denen nur die wenigsten etwas mit uns zu tun haben; wer deshalb den Zusatz "Vierteljahresschrift" eingibt, wird mit 30 Suchergebnissen genauer bedient.

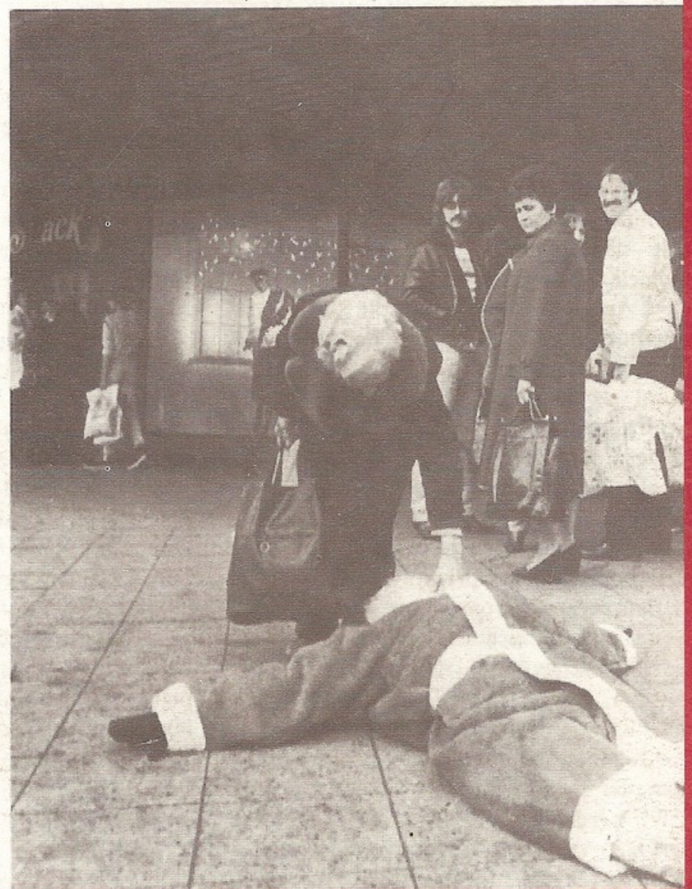




FLUG
****
PLATT
****







Postvertriebsstück * E 9860 * Entgelt bezahlt *
ISSN 0722-8988
Trotzdem ★ Verlag, PF 1159, 71117 Grafenau